Bundesgesetzblatt

Teil II

1954	Ausgegeben zu Bonn am 10. Juni 1954	Nr. 9

Tag	Inhalt:	Seite
8. 6. 54	**Gesetz über den Freundschafts- und Handelsvertrag vom 21. April 1953 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich des Jemen**	573
8. 6. 54	**Gesetz über das Internationale Zuckerabkommen**	577
25. 5. 54	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge	619

Gesetz über den Freundschafts- und Handelsvertrag vom 21. April 1953 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich des Jemen.

Vom 8. Juni 1954.

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel I

Dem in Wiesbaden am 21. April 1953 unterzeichneten Freundschafts- und Handelsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich des Jemen wird zugestimmt.

Artikel II

(1) Der Vertrag wird nachstehend mit Gesetzeskraft veröffentlicht.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag gemäß seinem Artikel 10 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Artikel III

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, wenn das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel IV

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 8. Juni 1954.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Bundeskanzler
und Bundesminister des Auswärtigen
Adenauer

Der Bundesminister für Wirtschaft
Ludwig Erhard

Freundschafts- und Handelsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich des Jemen

Der Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland und Seine Majestät der Imâm Ahmad bin Jahjâ Hamîd-ad-dîn, König des Jemen, haben, von dem Wunsche geleitet, die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich des Jemen enger zu knüpfen und den gegenseitigen Handels- und Wirtschaftsverkehr zu fördern, beschlossen, einen Freundschafts- und Handelsvertrag abzuschließen. Sie haben zu diesem Zweck bevollmächtigt:

Der Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
als seinen Beauftragten
den Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft
Herrn Dr. Ludger Westrick,

Seine Majestät der König des Jemen
den Premierminister des Jemen
Seine Königliche Hoheit
Prinz Saif-al-Islâm al-Hasan,

die nach Austausch ihrer in Ordnung befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Artikel 1

(1) Jeder der beiden Hohen Vertragschließenden Teile erkennt dem anderen Teil gegenüber die diesem zustehenden territorialen und politischen Rechte an.

(2) Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich des Jemen soll unverletzlicher Friede und aufrichtige und dauernde Freundschaft herrschen. Die beiden Hohen Vertragschließenden Teile werden die beiderseits bestehenden guten Beziehungen in jeder Weise fördern.

Artikel 2

Die gegenseitige Freiheit des Handels und der Schiffahrt soll im Rahmen der Bestimmungen dieses Vertrages und gemäß allen anderen Vereinbarungen herrschen, welche die Regierungen der Hohen Vertragschließenden Teile miteinander eingehen, um den gegenseitigen Handels- und Schiffahrtsverkehr im beiderseitigen Interesse zu fördern.

Artikel 3

Soweit die Regierungen der beiden Hohen Vertragschließenden Teile es wünschen, können sie sich über besondere Kontingente für einige oder alle Waren des gegenseitigen Warenverkehrs verständigen.

Artikel 4

Der Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist auf Wunsch des Königreichs des Jemen bereit, ihre Dienste zur Verfügung zu stellen, damit deutsche Fachleute, insbesondere Ärzte und Ingenieure, ihre Erfahrungen dem Königreich des Jemen nutzbar machen.

Artikel 5

Sobald die Regierungen der beiden Hohen Vertragschließenden Teile diplomatische und konsularische Vertreter austauschen, werden diese unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit dieselben Amtsbefugnisse und dieselben Rechte, Vergünstigungen, Vorrechte und Befreiungen haben, die den diplomatischen und konsularischen Vertretern desselben Ranges des meistbegünstigten Landes zustehen oder zustehen werden.

Artikel 6

(1) Die Staatsangehörigen des einen der Hohen Vertragschließenden Teile werden im Lande des anderen Teiles auf dem Gebiete des Handels, der Schiffahrt, des Land- und Luftverkehrs sowie hinsichtlich der Abgaben, Gebühren und Zölle nach Maßgabe der im Lande geltenden Bestimmungen, Gesetze und Anordnungen behandelt.

(2) Sie genießen hinsichtlich ihrer Person und ihrer Güter die gleiche Behandlung wie die Angehörigen des meistbegünstigten Landes, vorausgesetzt, daß sie die im Lande geltenden Gesetze, Bestimmungen und Anordnungen beachten.

(3) Desgleichen werden die Schiffe des einen der Hohen Vertragschließenden Teile und ihre Ladungen in den Häfen des anderen Teiles in jeder Hinsicht die gleiche Behandlung genießen wie die Schiffe des meistbegünstigten Landes und ihre Ladungen.

Artikel 7

Jeder der Hohen Vertragschließenden Teile kann die Meistbegünstigung auf Grund der Bestimmungen dieses Vertrages nur insoweit beanspruchen, als er selbst im Verhältnis zu dem anderen Hohen Vertragschließenden Teile die gleichen Rechte einräumt. Ferner sind die Bestimmungen über Meistbegünstigung nicht anwendbar auf

(a) Maßnahmen, die der Erfüllung zwischenstaatlicher Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit dienen,

(b) Vergünstigungen, die sich aus einer Verbindung mehrerer Staaten auf dem Gebiete der Wirtschaft, des Verkehrs, des Zoll- und Zahlungswesens oder der Verteidigung ergeben, der nur einer der Hohen Vertragschließenden Teile angehört oder angehören wird,

(c) Sonderrechte und Sondervergünstigungen, die das Königreich des Jemen einem Mitgliedstaat der Arabischen Liga gewährt oder gewähren wird,

(d) Vorrechte, die gegenwärtig oder zukünftig einer der Hohen Vertragschließenden Teile zur Erleichterung des Grenzverkehrs einem Nachbarlande gewährt oder gewähren wird.

Artikel 8

Dieser Vertrag gilt auch für das Land Berlin, sobald die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Königreichs des Jemen eine entsprechende Erklärung abgibt.

Artikel 9

Dieser Vertrag ist in deutscher und in arabischer Sprache je in doppelter Urschrift ausgefertigt, wobei der Wortlaut in beiden Sprachen verbindlich ist. Er soll möglichst bald ratifiziert und im Anschluß daran sollen die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden. Im Falle von Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung eines Ausdrucks wird dessen Bedeutung aus dem Zusammenhang unter Berücksichtigung der Texte beider Sprachen festgestellt.

Artikel 10

Dieser Vertrag tritt am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft und gilt für die Dauer von fünf Jahren. Er gilt stillschweigend für den gleichen Zeitraum weiter, sofern nicht einer der Hohen Vertragschließenden Teile ihn sechs Monate vorher kündigt. Wünschen die Hohen Vertragschließenden Teile darüber hinaus eine weitere Verlängerung der Vertragsdauer, so werden ihre Regierungen diese weitere Verlängerung rechtzeitig durch Notenaustausch vereinbaren.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wiesbaden am einundzwanzigsten April eintausendneunhundertdreiundfünfzig, das ist am 7. Scha'bân des Jahres 1372 der Hidschra.

Für die
Bundesrepublik Deutschland
gezeichnet:
Westrick

Für das
Königreich des Jemen
gezeichnet:
Prinz Saif-al-Islâm al-Hasan

بسم الله الرحمن الرحيم

معاهدة صداقة وتجارة بين الجمهورية الالمانية الاتحادية و المملكة المتوكلية اليمنية

ان حضرة صاحب الجلالة الامام احمد بن يحيى حميد الدين ملك المملكة المتوكلية اليمنية من جهة وحضرة صاحب الفخامة الهر تيودور هويس رئيس الجمهورية الاتحادية الالمانية من جهة اخرى رغبة منهما في توطيد العلاقات بين المملكة المتوكلية اليمنية والجمهورية الاتحادية الالمانية وفى تنمية التبادل التجاري والاقتصادي بين بلديهما حسب الامكان قررا عقد معاهدة صداقة وتجارة .

ولذلك عين حضرة صاحب الجلالة الامام احمد بن يحيى حميد الدين ملك المملكة المتوكلية اليمنية حضرة صاحب السمو الملكي الامير سيف الاسلام الحسن رئيس وزرآ الحكومة المتوكلية اليمنية مندوباً عنه وعين حضرة صاحب الفخامة الهر تيودور هويس رئيس الجمهورية الاتحادية الالمانية الدكتور لودفير وستريك وكيل وزارة الاقتصاد بصفته مندوباً عنه الّذين بعد تبادل وثايق اعتمادهما المطابقة للاصول المرعية اتفقا على ما يلي .

المادة الاولى

ا — يعترف كل من الطرفين المتعاقدين الساميين بما للطرف الاخرمن الحقوق المحلية والسياسية .

ب — يسود بين الجمهورية الاتحادية الالمانية والمملكة المتوكلية اليمنية السلم وعدم التعدي والصداقة الخالصة الدائمة وستمى من كل الوجوه حسن العلاقات بين الطرفين .

المادة الثانية

تسود حرية متبادلة للتجارة وللملاحة فى حدود احكام هذه المعاهدة وبمقتضى ما تتخذه حكومتا الطرفين المتعاقدين الساميين من كل الاتفاقات بينهما الصالحة لتنمية التبادل التجاري والاقتصادي لمصلحتهما من كل الوجوه .

المادة الثالثة

عند ما ترغب حكومتا الطرفين المتعاقدين الساميين يمكنهما الاتفاق على تحديد حصص خاصة ببعض السلع او بجميع السلع المتبادلة .

المادة الرابعة

حكومة الجمهورية الاتحادية الالمانية حاضرة اذا رغبت المملكة المتوكلية اليمنية في ان تساعدها الاستفادة من خبرة اخصائيين المانيين وعلى الخصوص الاطبا والمهندسين .

المادة الخامسة

عند ان تتبادل حكومتا الطرفين المتعاقدين الساميين الممثلين الدبلوماسيين والقنصليين يتمتع هولاء الممثلون على شرط المعاملة بالمثل بجمع الصلاحيات والحقوق والامتيازات والحصانات والاعفآءات التى منحت او ستمنح لممثلين دبلوماسيين وقنصليين لدولة اكثر رعايه وهم فى رتبة متماثلة .

المادة السادسة

١ — يعامل رعايا كل واحد من الطرفين المتعاقدين الساميين في بلاد الطرف آلاخر في الامور التجارية وشون الملاحة والنقل في البر والجو وفي كل ما يتعلق بالضرائب والرسوم الجمركية بحسب الاحكام ولقوانين والانظمة المحلية ويعاملون في ارواحهم وممتلكاتهم معاملة رعايا الدولة الاكثر رعاية على ان يراعوا الاحكام والقوانين والانظمة المحلية .

٢ — في الوقت نفسه تعامل سفن كل واحد من الطرفين المتعاقدين الساميين وشحنات هذه السفن في موانى الطرف الاخر من كل الوجوه معاملة سفن وشحنات الدولة الا كثر رعاية .

المادة السابعة

لا يحق لكل من الطرفين المتعاقدين الساميين ان يطلب مبدا الدولة الا كثر رعاية بموجب احكام هذه المعاهدة الا بمدى ما يمنحه للطرف آلاخر من نفس الحقوق ولا تطبق هذه الاحكام على ما يلي .

١ — التدابير المتعلقة باداء التزامات دولية للمحافظة على السلم والامن .

٢ — الميزات الناتجة عن ائتلاف عدة دول في امور الاقتصاد او النقل او الجمارك او الدفع المتبادل او الدفاع الذي ارتبط به او سيرتبط به واحد فقط من الطرفين المتعاقدين الساميين .

٣ — الحقوق الخاصة والامتيازات التى منحتها او ستمنحها المملكة المتوكلية اليمنية لدولة من دول الجامعة العربية .

٤ — الامتيازات التى منحها او سيمنحها احد الطرفين المتعاقدين الساميين لبلد مجاور له تسهيلا للنقل او المراصلات او تجارة الحدود .

المادة الثامنة

ستطبق هذه المعاهدة ايضا على غرب برلين عند ان تبلغ حكومة الجمهورية الاتحادية الالمانية المملكة المتوكلية اليمنية في بيان مناسب .

المادة التاسعة

حررت هذه المعاهدة باللغتين الالمانية والعربية من نسختين لكل لغة ويعتبر النصان الالماني والعربي على السواء وتصدق المعاهدة باسرع وقت ممكن وبعد ذلك تتبادل وثائق التصديق باسرع وقت ممكن وفي حالة الاختلاف على تفسير كلمة سوف يكون التفسير بما يطابق معنى الجملة فى اللغتين .

المادة العاشرة

يعمل بهذه المعاهدة من تاريخ التبادل لوثائق التصديق وتظل معمولا بها لمدة خمس سنوات وتتجدد من تلقاء نفسها لمثل هذه المدة ما لم يعلم احد الطرفين المتعاقدين الساميين الطرف الاخر ايقاف العمل بها قبل ذلك بستة اشهر واذا رغب حكومتا الطرفين المتعاقدين الساميين بعد ذلك فى تجديد آخر لمدة المعاهدة اتفقا على ذلك فى حينه بكتب متبادلة .

حررت في فيسبادن يوم ٧ شعبان ١٣٧٢ و ٢١ ابريل ١٩٥٣ .

عن حضرة صاحب الجلالة ملك المملكة المتوكلية اليمنية

سيف الاسلام الحسن

عن الجمهورية الاتحادية الالمانية

Westrick

Gesetz über das Internationale Zuckerabkommen.

Vom 8. Juni 1954.

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel I

Dem am 1. Oktober 1953 in London geschlossenen und von der Bundesrepublik Deutschland am 30. Oktober 1953 unterzeichneten Internationalen Zuckerabkommen wird zugestimmt.

Artikel II

(1) Das Abkommen wird nachstehend mit Gesetzeskraft veröffentlicht.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen gemäß seinem Artikel 41 Abs. 5 und 6 für die Bundesrepublik in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Artikel III

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, wenn das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel IV

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 8. Juni 1954.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Bundeskanzler
und Bundesminister des Auswärtigen
Adenauer

Der Bundesminister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten
Lübke

International Sugar Agreement

The Governments party to this Agreement have agreed as follows:—

CHAPTER I

General Objectives

Article 1

The objectives of this Agreement are to assure supplies of sugar to importing countries and markets for sugar to exporting countries at equitable and stable prices; to increase the consumption of sugar throughout the world; and to maintain the purchasing power in world markets of countries or areas whose economies are largely dependent upon the production or export of sugar by providing adequate returns to producers and making it possible to maintain fair standards of labour conditions and wages.

CHAPTER II

Definitions

Article 2

For the purposes of this Agreement: —

(1) "Ton" means a metric ton of 1,000 kilograms.

(2) "Quota Year" means calendar year, that is, the period from January 1 to December 31, both inclusive.

(3) "Sugar" means sugar in any of its recognized commercial forms derived from sugar cane or sugar beet, including edible and fancy molasses, syrups and any other form of liquid sugar used for human consumption, except final molasses and low-grade types of non-centrifugal sugar produced by primitive methods.

Amounts of sugar specified in this Agreement are in terms of raw value, net weight, excluding the container. Except as provided in Article 16, the raw value of any amount of sugar means its equivalent in terms of raw sugar testing 96 sugar degrees by the polariscope.

(4) "Net imports" means total imports of sugar after deducting total exports of sugar.

Accord International sur le Sucre

Les Gouvernements parties au présent Accord sont convenus de ce qui suit:

CHAPITRE I

Objectifs généraux

Article 1

Le présent Accord a pour objet d'assurer des approvisionnements en sucre aux pays importateurs et des débouchés pour le sucre aux pays exportateurs à des prix équitables et stables, d'accroître la consommation de sucre dans le monde, et de maintenir le pouvoir d'achat sur les marchés mondiaux des pays ou régions dont l'économie dépend, en grande partie, de la production ou de l'exportation du sucre, en assurant un revenu satisfaisant aux producteurs et en rendant possible le maintien de conditions équitables de travail et de rémunération.

CHAPITRE II

Définitions

Article 2

Aux fins du présent Accord:

1. "Tonne" désigne la tonne métrique de 1.000 kilogrammes.

2. "Année contingentaire" signifie année civile, c'est-à-dire la période du 1er janvier inclus au 31 décembre inclus.

3. "Sucre" désigne le sucre sous toutes ses formes commerciales reconnues, dérivées de la betterave à sucre ou de la canne à sucre, y compris les mélasses comestibles et mélasses fantaisie, les sirops et toute autre forme de sucre liquide utilisés pour la consommation humaine, à l'exception des mélasses d'arrière-produit ("final molasses") et des types de qualité inférieure de sucre non centrifugé produit par des méthodes primitives.

Les quantités de sucre indiquées dans le présent Accord sont exprimées en sucre brut, poids net, tare déduite. Sauf pour les cas prévus à l'article 16, la valeur en sucre brut d'une quantité quelconque de sucre désigne l'équivalent de celle-ci en sucre brut titrant 96 degrés de sucre au polarimètre.

4. "Importations nettes" désigne la totalité des importations de sucre après déduction de la totalité des exportations.

(Übersetzung)

Internationales Zuckerabkommen

Die an diesem Abkommen beteiligten Regierungen sind wie folgt übereingekommen:

KAPITEL I

Allgemeine Ziele

Artikel 1

Der Zweck dieses Abkommens ist:

die Zuckerversorgung von Importländern und den Zuckerabsatz von Exportländern zu angemessenen und stabilen Preisen sicherzustellen;

den Zuckerverbrauch in der ganzen Welt zu erhöhen;

die Kaufkraft derjenigen Länder und Gebiete auf den Weltmärkten zu erhalten, deren Wirtschaft weitgehend von der Erzeugung oder dem Export von Zucker abhängt, indem dem Erzeuger angemessene Einnahmen ermöglicht und die Aufrechterhaltung fairer Arbeitsbedingungen und Löhne gewährleistet werden.

KAPITEL II

Begriffsbestimmungen

Artikel 2

Im Sinne dieses Abkommens bedeuten:

1. „Tonne" eine metrische Tonne zu 1000 kg;

2. „Quotenjahr" das Kalenderjahr, d. h. den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember unter Einschluß dieser beiden Tage;

3. „Zucker" Zucker in allen seinen anerkannten handelsüblichen Formen, erzeugt aus Zuckerrohr oder Zuckerrüben, unter Einschluß von Speisemelassen und Speisemelassen aus Barbados, Sirupen und allen anderen Arten flüssigen Zuckers, die dem menschlichen Verbrauch dienen, unter Ausschluß von Endmelassen und minderwertigen Arten von Nicht-Zentrifugalzucker, der auf primitive Weise erzeugt wurde.

Die in diesem Abkommen angeführten Zuckermengen beziehen sich auf Rohwert, Nettogewicht, unter Ausschluß der Behälter. Mit Ausnahme von Artikel 16 bezieht sich der Rohwert einer jeden Zuckermenge auf Rohzucker, der am Polarimeter 96° Zucker zeigt;

4. „Netto-Importe" die gesamten Zuckerimporte nach Abzug der gesamten Zuckerexporte;

(5) "Net exports" means total exports of sugar (excluding sugar supplied as ships' stores for ships victualling at domestic ports) after deducting total imports of sugar.

(6) "Free market" means the total of net imports of the world market except those excluded under any provisions of this Agreement.

(7) "Basic export tonnages" means the quantities of sugar specified in Article 14 (1).

(8) "Initial export quota" means the quantity of sugar allotted for any quota year under Article 18 to each country listed in Article 14 (1).

(9) "Export quota in effect" means the initial export quota as modified by such adjustment as may be made from time to time.

(10) "Stocks of Sugar," for the purposes of Article 13, means either:—

(1) All sugar in the country concerned either in factories, refineries, warehouses, or in the course of internal transportation for destinations within the country, but excluding bonded foreign sugar (which term shall be regarded as also covering sugar "en admission temporaire") and excluding sugar in factories, refineries and warehouses or in the course of internal transportation for destinations within the country, which is solely for distribution for internal consumption and on which such excise or other consumption duties as exist in the country concerned have been paid; or

(2) All sugar in the country concerned either in factories, refineries, warehouses, or in the course of internal transportation for destinations within the country, but excluding bonded foreign sugar (which term shall be regarded as also covering sugar "en admission temporaire") and excluding sugar in factories, refineries and warehouses or in the course of internal transportation for destinations within the country which is solely for distribution for internal consumption;

according to the notification made to the Council by each Participating Government under Article 13.

(11) "The Council" means the International Sugar Council established under Article 27.

(12) "The Executive Committee" means the Committee established under Article 37.

5. "Exportations nettes" désigne la totalité des exportations de sucre (à l'exception du sucre fourni comme approvisionnement de bord aux navires se ravitaillant dans les ports) après déduction de la totalité des importations.

6. "Marché libre" signifie la totalité des importations nettes mondiales, à l'exception de celles qui sont exclues en vertu d'une disposition du présent Accord.

7. "Tonnage de base d'exportation" désigne les quantités de sucre visées au paragraphe 1 de l'article 14.

8. "Contingent initial d'exportation" désigne la quantité de sucre attribuée pour une année contingentaire, en vertu de l'article 18, à chaque pays énuméré au paragraphe 1 de l'article 14.

9. "Contingent effectif d'exportation" désigne le contingent initial d'exportation éventuellement modifié par les ajustements qui peuvent être apportés de temps à autre.

10. "Stocks de sucre," aux fins de l'article 13, signifie soit:

(1) Tout sucre du pays intéressé se trouvant dans des usines, des raffineries, des dépôts, ou en cours de transport intérieur pour des destinations à l'intérieur du pays, mais à l'exception du sucre étranger entreposé (cette expression est considérée comme comprenant également le sucre en admission temporaire) et du sucre se trouvant dans des usines, des raffineries, des dépôts ou en cours de transport intérieur pour des destinations à l'intérieur du pays, uniquement destiné à la distribution pour la consommation intérieure et sur lequel ont été payés les droits d'accise ou autres droits de consommation en vigueur dans le pays intéressé; soit:

(2) Tout sucre du pays intéressé se trouvant dans des usines, des raffineries, des dépôts, ou en cours de transport intérieur pour des destinations à l'intérieur du pays, mais à l'exception du sucre étranger entreposé (cette expression est considérée comme comprenant également le sucre en admission temporaire) et du sucre se trouvant dans des usines, des raffineries, des dépôts ou en cours de transport intérieur pour des destinations à l'intérieur du pays, uniquement destiné à la distribution pour la consommation intérieure;

selon les termes de la notification adressée au Conseil en vertu de l'article 13 par chaque Gouvernement participant.

11. "Le Conseil" désigne le Conseil International du Sucre institué en vertu de l'article 27.

12. "Le Comité exécutif" désigne le Comité institué en vertu de l'article 37.

5. „Netto-Exporte" die gesamten Zuckerexporte (mit Ausnahme von Zucker, der als Proviant für Schiffe zur Versorgung im Heimathafen geliefert wird) nach Abzug der gesamten Zuckerimporte;

6. „Freier Markt" die Gesamtheit der Netto-Importe des Weltmarktes mit Ausnahme derjenigen, die gemäß einer Bestimmung dieses Abkommens ausgeschlossen sind;

7. „Export-Grundmengen" die in Artikel 14 (1) spezifizierten Zuckermengen;

8. „Export-Ausgangsquoten" die einem jeden in Artikel 14 (1) aufgeführten Land für ein Quotenjahr gemäß Artikel 18 zugewiesene Zuckermenge;

9. „Effektive Exportquote" die in gewissen Zeitabständen geänderte Export-Ausgangsquote;

10. „Zuckerbestände" im Sinne des Artikels 13 entweder

(1) den gesamten Zucker in dem betreffenden Land, der sich entweder in Fabriken, Raffinerien, Lagerhäusern oder auf dem internen Transport nach Bestimmungsorten innerhalb des Landes befindet; ausgeschlossen ist ausländischer Zucker unter Zollverschluß (dieser Begriff gilt auch für Zucker, der zum Zollvormerkverkehr zugelassen ist) und Zucker in Fabriken, Raffinerien und Lagerhäusern oder auf dem internen Transport nach Bestimmungsorten innerhalb des Landes, der ausschließlich zur Verteilung für den Inlandsverbrauch bestimmt ist und für den diejenigen Waren- oder anderen Verbrauchsteuern entrichtet wurden, die in dem betreffenden Land bestehen; oder

(2) den gesamten Zucker in dem betreffenden Land, der sich entweder in Fabriken, Raffinerien, Lagerhäusern oder auf dem internen Transport nach Bestimmungsorten innerhalb des Landes befindet; ausgeschlossen ist ausländischer Zucker unter Zollverschluß (dieser Begriff gilt auch für Zucker, der zum Zollvormerkverkehr zugelassen ist) und Zucker in Fabriken, Raffinerien und Lagerhäusern oder auf dem internen Transport nach Bestimmungsorten innerhalb des Landes, der ausschließlich zur Verteilung für den Inlandsverbrauch bestimmt ist,

gemäß der von jeder beteiligten Regierung nach Artikel 13 an den Rat gemachten Meldung;

11. „Der Rat" den gemäß Artikel 27 gebildeten Internationalen Zuckerrat;

12. „Der Exekutiv-Ausschuß" den gemäß Artikel 37 gebildeten Ausschuß;

(13) "Importing Country" means one of the countries listed in Article 33, or any country which is a net importer of sugar, as the context requires.

(14) "Exporting Country" means one of the countries listed in Article 34, or any country which is a net exporter of sugar, as the context requires.

CHAPTER III

General Undertakings by Participating Governments

1. Subsidies

Article 3

(1) The Participating Governments recognize that subsidies on sugar may so operate as to impair the maintenance of equitable and stable prices in the free market and so endanger the proper functioning of this Agreement.

(2) If any Participating Government grants or maintains any subsidy, including any form of income or price support, which operates directly or indirectly to increase exports of sugar from, or to reduce imports of sugar into its territory, it shall during each quota year notify the Council in writing of the extent and nature of the subsidization, of the estimated effect of the subsidization on the quantity of sugar exported from or imported into its territory and of the circumstances making the subsidization necessary.

(3) In any case in which a Participating Government considers that serious prejudice to its interests under this Agreement is caused or threatened by such subsidization, the Participating Government granting the subsidy shall, upon request, discuss with the other Participating Government or Governments concerned, or with the Council, the possibility of limiting the subsidization. In any case in which the matter is brought before the Council, the Council may examine the case with the Governments concerned and make such recommandations as it deems appropriate.

2. Programmes of Economic Adjustment

Article 4

Each participating Government agrees to adopt such measures as it believes will be adequate to fulfil its obligations under this Agreement with a view to the achievement of the general objectives set forth in Article 1 and as will ensure as much progress as

13. "Pays importateur" désigne soit un des pays énumérés à l'article 33, soit un pays quelconque importateur net de sucre, selon le contexte.

14. "Pays exportateur" désigne soit un des pays énumérés à l'article 34, soit un pays quelconque exportateur net de sucre, selon le contexte.

CHAPITRE III

Engagements généraux des Pays participants

1. Subventions

Article 3

1. Les Gouvernements participants reconnaissent que les subventions appliquées au sucre peuvent avoir pour effet de compromettre le maintien de prix équitables et stables sur le marché libre et menacer ainsi le bon fonctionnement du présent Accord.

2. Si un Gouvernement participant accorde ou maintient une subvention quelconque, y compris toute forme de protection des revenus ou de soutien de prix, qui a directement ou indirectement pour effet d'accroître les exportations de sucre de son territoire ou de réduire les importations de sucre dans son territoire, il fait connaître par écrit au Conseil, au cours de chaque année contingentaire, l'importance et la nature de la subvention, les effets qu'il est permis d'en escompter sur les quantités de sucre exportées de, ou importées dans, son territoire, ainsi que les circonstances qui rendent la subvention nécessaire.

3. Lorsqu'un Gouvernement participant estime que cette subvention cause ou menace de causer un préjudice sérieux à ses intérêts dans le présent Accord, le Gouvernement participant qui accorde la subvention doit, si demande lui en est faite, examiner avec le ou les Gouvernements participants intéressés, ou avec le Conseil, la possibilité de limiter la subvention. Lorsque le Conseil est saisi d'un tel cas, il peut l'examiner avec les Gouvernements intéressés et faire telles recommandations qu'il juge appropriées.

2. Programmes d'aménagement économique

Article 4

Chaque Gouvernement participant accepte de prendre les mesures qu'il estime appropriées à l'exécution des obligations contractées aux termes du présent Accord en s'efforçant d'atteindre les objectifs généraux définis à l'article 1er et d'assurer pendant la

13. „Importland" eines der in Artikel 33 aufgeführten Länder oder ein Land, das Nettoimporteur von Zucker ist, jeweils nach dem Zusammenhang;

14. „Exportland" eines der in Artikel 34 aufgeführten Länder oder ein Land, das Nettoexporteur von Zucker ist, jeweils nach dem Zusammenhang.

KAPITEL III

Allgemeine Verpflichtungen der beteiligten Regierungen

1. Subventionen

Artikel 3

(1) Die beteiligten Regierungen erkennen an, daß Subventionen beim Zucker sich so auswirken können, daß die Aufrechterhaltung angemessener und stabiler Preise auf dem freien Markt und damit die einwandfreie Durchführung dieses Abkommens gefährdet werden.

(2) Wenn eine beteiligte Regierung Subventionen — einschließlich irgendeiner Form der Einkommens- oder Preisstützung — gewährt oder aufrechterhält, die sich direkt oder indirekt dahingehend auswirken, daß die Zuckerexporte aus ihrem Gebiet gesteigert oder Zuckerimporte in ihr Gebiet eingeschränkt werden, hat sie den Rat im Laufe eines jeden Quotenjahres schriftlich über Umfang und Art der Subventionierung, deren geschätzte Auswirkung auf die aus ihrem Gebiet ausgeführte oder in ihr Gebiet eingeführte Zuckermenge und über die Umstände, die die Subventionierung erforderlich machen, in Kenntnis zu setzen.

(3) In jedem Falle, bei dem eine beteiligte Regierung der Auffassung ist, daß eine ernstliche Beeinträchtigung ihrer Interessen im Rahmen dieses Abkommens durch eine solche Subventionierung verursacht wird oder droht, hat die beteiligte Regierung, die die Subvention gewährt, auf Verlangen mit der betreffenden anderen beteiligten Regierung bzw. solchen Regierungen oder dem Rat die Möglichkeit einer Einschränkung der Subventionierung zu erörtern. Wird die Angelegenheit dem Rat vorgetragen, so kann dieser den Fall mit den betreffenden Regierungen prüfen und die ihm zweckmäßig erscheinenden Empfehlungen erlassen.

2. Programme wirtschaftlicher Anpassung

Artikel 4

Jede beteiligte Regierung erklärt sich damit einverstanden, diejenigen Maßnahmen zu treffen, die nach ihrer Auffassung geeignet sind, ihre Verpflichtungen nach diesem Abkommen im Hinblick auf die Erreichung der in Artikel 1 aufgestellten allgemeinen

practicable within the duration of this Agreement towards the solution of the commodity problem involved.

durée de l'Accord le plus grand progrès possible vers la solution des problèmes relatifs au produit de base en cause.

Ziele zu erfüllen, und dazu beizutragen, daß während der Laufzeit des Abkommens größtmögliche Fortschritte bei der Lösung des betreffenden Problems gewährleistet werden.

3. Promotion of Increased Consumption of Sugar

Article 5

With the object of making sugar more freely available to consumers, each Participating Government agrees to take such action as it deems appropriate to reduce disproportionate burdens on sugar, including those resulting from:—

(i) private and public controls, including monopoly;

(ii) fiscal and tax policies.

3. Mesures destinées à favoriser l'accroissement de la consommation du sucre

Article 5

En vue de rendre le sucre plus aisément disponible pour les consommateurs, chaque Gouvernement participant convient de prendre les mesures qu'il estime appropriées pour réduire les charges disproportionnées qui pèsent sur le sucre, notamment celles qui résultent:

(i) de contrôles publics et privés, en particulier de monopoles;

(ii) des politiques financière et fiscale.

3. Förderung erhöhten Zuckerverbrauchs

Artikel 5

Um Zucker den Verbrauchern freier zugänglich zu machen, erklärt sich jede beteiligte Regierung damit einverstanden, diejenigen Maßnahmen zu treffen, die sie für zweckmäßig hält, um unverhältnismäßig hohe Belastungen des Zuckers einzuschränken; hierin sind die Belastungen eingeschlossen, die sich aus

(i) privaten und öffentlichen Kontrollen einschließlich Monopolen und

(ii) der Finanz- und Steuerpolitik

ergeben.

4. Maintenance of Fair Labour Standards

Article 6

The participating Governments declare that, in order to avoid the depression of living standards and the introduction of unfair competitive conditions in world trade, they will seek the maintenance of fair labour standards in the sugar industry.

4. Maintien de conditions de travail équitables

Article 6

Les Gouvernements participants déclarent qu'en vue d'éviter l'abaissement des niveaux de vie et l'introduction de pratiques de concurrence déloyale dans le commerce mondial, ils chercheront à maintenir des normes de travail équitables dans l'industrie sucrière.

4. Aufrechterhaltung angemessener Arbeitsbedingungen

Artikel 6

Um eine Herabsetzung des Lebensstandards und das Aufkommen unlauteren Wettbewerbs im Welthandel zu verhindern, erklären die beteiligten Regierungen, daß sie die Aufrechterhaltung angemessener Arbeitsbedingungen in der Zuckerindustrie anstreben werden.

CHAPTER IV

Special Obligations of the Participating Governments of Countries which import Sugar

Article 7

(1)—(i) The Government of each participating importing country and the Government of each participating exporting country which imports sugar for re-export agrees that, to prevent non-participating countries from gaining advantage at the expense of participating countries, it will not permit the import from non-participating countries as a group during any quota year of a total quantity larger than was imported from those countries as a group during any one the three calendar years preceding the year in which the Agreement entered into force, i. e., 1951, 1952, 1953; provided that the said total quantity shall not include imports purchased by a participating country from non-participating countries at any time when such country cannot meet its requirements from participating countries at prices not exceeding the maximum established in Article 20, and has so notified the Council.

CHAPITRE IV

Obligations spéciales des Gouvernements des Pays participants qui importent du Sucre

Article 7

1.—(i) Le Gouvernement de chaque pays importateur participant et le Gouvernement de chaque pays exportateur participant qui importe du sucre pour la réexportation conviennent, afin de ne pas favoriser les pays non-participants au détriment des pays participants, de ne pas permettre qu'il soit importé des pays non-participants pris dans leur ensemble, au cours d'une année contingentaire, une quantité totale de sucre plus importante que celle qui a été importée de ces pays pris dans leur ensemble pendant l'une des trois années civiles qui ont précédé l'année au cours de laquelle le présent Accord est entré en vigueur, soit 1951, 1952, 1953; sous réserve que ladite quantité totale ne comprenne pas les importations réalisées par un pays participant en provenance de pays non-participants à un moment où ledit pays n'aurait pas pu se procurer les quantités correspondant à ses besoins dans les pays participants à des prix ne dépassant pas le maximum établi à l'article 20, si le pays a notifié ce fait au Conseil.

KAPITEL IV

Sonderverpflichtungen der beteiligten Regierungen der Zuckerimportländer

Artikel 7

(1) (i) Die Regierung eines jeden beteiligten Importlandes und die Regierung eines jeden beteiligten Exportlandes, das Zucker für den Re-Export importiert, erklärt sich damit einverstanden, daß sie zwecks Verhinderung von Vorteilen nichtbeteiligter Länder auf Kosten beteiligter Länder aus nichtbeteiligten Ländern in ihrer Gesamtheit in keinem Quotenjahr den Import einer größeren Menge zulassen wird als aus diesen Ländern insgesamt in einem der drei Kalenderjahre eingeführt wurde, die dem Jahr des Inkrafttretens des Abkommens voraufgingen, d. h. 1951, 1952, 1953; hierbei ist Voraussetzung, daß die betreffende Gesamtmenge diejenigen Importe nicht einschließt, die ein beteiligtes Land von nichtbeteiligten Ländern zu einem Zeitpunkt kauft, in dem dieses Land seinen Bedarf aus beteiligten Ländern nicht zu Preisen befriedigen kann, die nicht über die in Artikel 20 festgesetzte Höchstgrenze hinausgehen, und daß die Regierung den Rat entsprechend unterrichtet hat.

(ii) The years referred to in sub-paragraph (i) of this paragraph may be varied by a determination of the Council on the application of any Participating Government which considers that there are special reasons for such variation.

(2)—(i) If any Participating Government considers that the obligation it has assumed under paragraph (1) of this Article is operating in such a way that its country's re-export trade in refined sugar or trade in sugar-containing products is suffering damage therefrom, or is in imminent danger of being damaged, it may request the Council to take action to safeguard the trade in question, and the Council shall forthwith consider any such request and shall take such action, which may include the modification of the aforesaid obligation, as it deems necessary for that purpose. If the Council fails to deal with a request made to it under this sub-paragraph within 15 days of its receipt, the Government making the request shall be deemed to have been released from its obligation under paragraph (1) of this Article to the extent necessary to safeguard the said trade.

(ii) If in a particular transaction in the usual course of trade the delay resulting from the procedure provided for in sub-paragraph (i) of this paragraph might result in damage to a country's re-export trade in sugar, the Government concerned shall be released from the obligation in paragraph (1) of this Article in respect of that particular transaction.

(3)—(i) If any Participating Government considers that it cannot carry out the obligation in paragraph (1) of this Article, it agrees to furnish the Council with all relevant facts and to inform the Council of the measures which it would propose to take, and the Council shall within 15 days examine the matter and may, in respect of such Government, modify the obligation laid down in paragraph (1).

(ii) If the Government of any participating exporting country considers that the interests of its country are being damaged by the operation of paragraph (1) of this Article, it may furnish the Council with all relevant facts and inform the Council of the measures which it would wish to have taken by the Government of the other participating country concerned, and the Council may, in agreement with the latter Government, modify the obligation laid down in paragraph (1).

(4) The Government of each participating country which imports sugar agrees that as soon as practicable after its ratification of, acceptance of, or accession to this Agreement, it will notify the Council of the maximum quantities which could be imported from non-participating countries under paragraph (1) of this Article.

(ii) Les années mentionnées à l'alinéa (i) ci-dessus peuvent être modifiées par une décision du Conseil, à la demande d'un Gouvernement participant qui estime que des raisons spéciales nécessitent un tel changement.

2.—(i) Si un Gouvernement participant estime que l'exécution des obligations assumées par lui en vertu du paragraphe 1 du présent article porte préjudice, ou risque de porter préjudice, dans l'immédiat à son commerce de réexportation de sucre raffiné ou à son commerce de produits à base de sucre, il peut demander au Conseil de prendre des mesures en vue de sauvegarder le commerce en question. Le Conseil examine cette demande sans délai, et prend les mesures qu'il estime nécessaires à cet effet, y compris éventuellement la modification desdites obligations. Si le Conseil s'abstient d'examiner une demande faite en vertu du présent alinéa dans un délai de 15 jours après réception de celle-ci, le Gouvernement qui a présenté la demande est considéré comme relevé, dans la mesure nécessaire à la sauvegarde dudit commerce, des obligations définies au paragraphe 1 du présent article.

(ii) Si, à l'occasion d'une transaction particulière dans le cadre des échanges habituels, le délai résultant de l'application de la procédure définie à l'alinéa (i) ci-dessus a pour effet de porter préjudice au commerce de réexportation de sucre d'un pays, le Gouvernement intéressé sera dégagé des obligations définies au paragraphe 1 du présent article, à l'égard de la transaction en question.

3.—(i) Si un Gouvernement participant estime ne pas pouvoir exécuter les obligations du paragraphe 1 du présent article, il doit indiquer au Conseil tous les faits pertinents et informer celui-ci des mesures qu'il se propose de prendre; le Conseil examine cette question dans la quinzaine, et il peut modifier à l'égard de ce Gouvernement les obligations spécifiées au paragraphe 1.

(ii) Si le Gouvernement d'un pays participant exportateur estime que les intérêts de son pays sont lésés par l'application des dispositions du paragraphe 1 du présent article, il peut indiquer au Conseil tous les faits pertinents et informer celui-ci des mesures qu'il souhaiterait voir prendre par le Gouvernement de l'autre pays participant intéressé; le Conseil peut, d'accord avec ce dernier Gouvernement, modifier les obligations spécifiées au paragraphe 1.

4. Le Gouvernement de chaque pays participant qui importe du sucre accepte de notifier au Conseil, aussitôt que possible après sa ratification ou son acceptation du présent Accord, ou son adhésion à ce dernier, les quantités maxima qu'il aura le droit d'importer de pays non-participants en vertu du paragraphe 1 du présent article.

(ii) Die in Unterabsatz (i) dieses Absatzes angeführten Jahre können auf Antrag einer beteiligten Regierung, wenn sie glaubt, daß besondere Gründe dafür vorliegen, durch Entscheidung des Rates abgewandelt werden.

(2) (i) Wenn eine beteiligte Regierung glaubt, daß sich die nach Absatz (1) dieses Artikels übernommene Verpflichtung dahingehend auswirkt, daß der Re-Exporthandel mit raffiniertem Zucker oder der Handel mit zuckerhaltigen Waren dieses Landes dadurch Schaden erleidet oder unmittelbar in Gefahr ist, Schaden zu erleiden, kann sie den Rat ersuchen, Maßnahmen zu treffen, den fraglichen Handel zu schützen. Der Rat hat einen solchen Antrag umgehend zu prüfen und Maßnahmen zu ergreifen, die die Abwandlung der vorgenannten Verpflichtung in der von ihm für erforderlich gehaltenen Form in sich schließen können. Wenn der Rat verabsäumt, den gemäß diesem Unterabsatz gestellten Antrag innerhalb von 15 Tagen nach Erhalt zu behandeln, wird die den Antrag stellende Regierung von ihrer Verpflichtung gemäß Absatz (1) dieses Artikels, soweit es zur Sicherstellung des besagten Handels erforderlich ist, als entbunden betrachtet.

(ii) Wenn bei einem Einzelgeschäft im üblichen Handelsverkehr die Verzögerung, die sich aus dem in Unterabsatz (i) dieses Absatzes vorgesehenen Verfahren ergibt, zur Schädigung des Zucker-Re-Exporthandels eines Landes führen könnte, ist die betreffende Regierung bezüglich dieses Einzelgeschäftes von ihrer Verpflichtung gemäß Absatz (1) dieses Artikels entbunden.

(3) (i) Wenn eine beteiligte Regierung glaubt, die in Absatz (1) dieses Artikels angeführte Verpflichtung nicht erfüllen zu können, erklärt sie sich bereit, dem Rat alles diesbezügliche Tatsachenmaterial vorzulegen und ihm von den Maßnahmen Kenntnis zu geben, die sie zu ergreifen beabsichtigt. Der Rat hat die Angelegenheit innerhalb von 15 Tagen zu prüfen; er kann die in Absatz (1) festgelegte Verpflichtung in bezug auf eine solche Regierung abwandeln.

(ii) Wenn die Regierung eines beteiligten Exportlandes der Auffassung ist, daß die Interessen ihres Landes durch die Durchführung von Absatz (1) dieses Artikels beeinträchtigt werden, kann sie dem Rat alles diesbezügliche Tatsachenmaterial vorlegen und ihn über die Maßnahmen unterrichten, die sie von der Regierung des anderen beteiligten Landes ergriffen sehen möchte. Der Rat kann dann in Übereinstimmung mit der letzteren Regierung die in Absatz (1) niedergelegte Verpflichtung abwandeln.

(4) Die Regierung jedes beteiligten Landes, das Zucker importiert, erklärt sich einverstanden, dem Rat so bald wie möglich nach Ratifizierung oder Annahme dieses Abkommens oder Beitritt zu ihm die Höchstmengen zu melden, die aus nichtbeteiligten Ländern nach Absatz (1) dieses Artikels importiert werden könnten.

(5) In order to enable the Council to make the redistributions provided for in Article 19 (1) (ii), the Government of each participating country which imports sugar agrees to notify the Council, within a period fixed by the Council which shall not exceed eight months from the beginning of the quota year, of the quantity of sugar which it expects will be imported from non-participating countries in that quota year; provided that the Council may vary the aforesaid period in the case of any such country.

5. En vue de permettre au Conseil d'effectuer les redistributions prévues au paragraphe 1 (ii) de l'article 19, le Gouvernement de tout pays participant qui importe du sucre s'engage à notifier au Conseil, dans un délai fixé par celui-ci mais ne dépassant pas 8 mois après le début de l'année contingentaire, ses estimations des quantités de sucre qui seront importées des pays non-participants pendant ladite année contingentaire; étant entendu que le Conseil peut modifier ce délai à l'égard de l'un de ces pays.

(5) Um dem Rat die in Artikel 19 (1) (ii) vorgesehene Weiterverteilung zu ermöglichen, erklärt sich die Regierung eines jeden beteiligten Zucker importierenden Landes einverstanden, dem Rat innerhalb einer von diesem festgesetzten Frist von nicht mehr als acht Monaten nach Beginn eines jeden Quotenjahres zu melden, mit welcher Zucker-Importmenge aus nichtbeteiligten Ländern sie in diesem Quotenjahr rechnet, es sei denn, der Rat wandelt die vorgenannte Frist für ein solches Land ab.

CHAPTER V

Special Obligations of Governments of Participating Exporting Countries

Article 8

(1) The Government of each participating exporting country agrees that exports from its country to the free market will be so regulated that net exports to that market will not exceed the quantities which such country may export each quota year in accordance with the export quotas established for it under the provisions of this Agreement.

(2) The Government of each participating exporting country with a basic export tonnage in excess of 75,000 tons agrees not to permit the export during the first eight months of any quota year of more than 80 per cent. of its initial export quota; provided that the Council may increase this percentage if it deems such increase to be justified by market conditions.

Article 9

The Government of each participating exporting country agrees that it will take all practicable action to ensure that the demands of participating countries which import sugar are met at all times. To this end, if the Council should determine that the state of demand is such that, notwithstanding the provisions of this Agreement, participating countries which import sugar are threatened with difficulties in meeting their requirements, it shall recommend to participating exporting countries measures designed to give effective priority to those requirements. The Government of each participating exporting country agrees that, on equal terms of sale, priority in the supply of available sugar, in accordance with the recommendations of the Council, will be given to participating countries which import sugar.

Article 10

The Government of each participating exporting country agrees to adjust the production of sugar in its country during the term of this Agreement and in so far as practicable in each

CHAPITRE V

Obligations particulières des Gouvernements des Pays exportateurs participants

Article 8

1. Le Gouvernement de chaque pays exportateur participant convient de réglementer ses exportations sur le marché libre de manière que ses exportations nettes sur ledit marché n'excèdent pas les quantités qu'il est en droit d'exporter chaque année contingentaire par application des contingents d'exportation qui lui ont été attribués en vertu des dispositions du présent Accord.

2. Le Gouvernement de chaque pays exportateur participant dont le tonnage de base d'exportation dépasse 75.000 tonnes convient de ne pas autoriser l'exportation de plus de 80% de son contingent initial d'exportation pendant les huit premiers mois de toute année contingentaire; étant entendu que le Conseil peut augmenter ce pourcentage s'il estime que la situation du marché le justifie.

Article 9

Le Gouvernement de chaque pays exportateur participant convient de prendre toutes les mesures possibles en vue de satisfaire à tout moment les demandes des pays participants qui importent du sucre. A cette fin, si le Conseil décide que la situation de la demande est telle que, nonobstant les dispositions du présent Accord, les pays participants qui importent du sucre sont menacés d'avoir des difficultés pour couvrir leurs besoins, il recommande aux pays exportateurs participants l'adoption de mesures ayant pour objet de couvrir ces besoins par priorité. Le Gouvernement de chaque pays exportateur participant convient d'accorder, à conditions égales de vente et conformément aux recommandations du Conseil, une priorité pour la fourniture du sucre disponible aux pays participants qui importent du sucre.

Article 10

Le Gouvernement de chaque pays exportateur participant convient d'ajuster sa production de sucre pendant la durée du présent Accord, et, dans la mesure du possible, pendant chaque

KAPITEL V

Sonderverpflichtungen der Regierungen der beteiligten Exportländer

Artikel 8

(1) Die Regierung eines jeden beteiligten Exportlandes erklärt sich einverstanden, die Exporte ihres Landes auf den freien Markt so zu regulieren, daß die Nettoexporte auf diesen Markt die Mengen nicht übersteigen, die dieses Land in einem jeden Quotenjahr in Übereinstimmung mit den gemäß den Bestimmungen dieses Abkommens festgelegten Exportquoten ausführen darf.

(2) Die Regierung eines jeden beteiligten Exportlandes mit einer Export-Grundmenge von mehr als 75 000 t erklärt sich einverstanden, innerhalb der ersten acht Monate eines Quotenjahres nicht mehr als 80 Prozent Export ihrer Export-Ausgangsquote zuzulassen, es sei denn, der Rat erhöht diesen Prozentsatz, wenn er eine derartige Erhöhung durch die Marktverhältnisse für gerechtfertigt hält.

Artikel 9

Die Regierung eines jeden beteiligten Exportlandes erklärt sich einverstanden, alle durchführbaren Maßnahmen zu treffen, um die Nachfrage aller beteiligten Zucker importierenden Länder jederzeit zu befriedigen. Sollte der Rat auf Grund der bestehenden Nachfrage zu der Entscheidung gelangen, daß die beteiligten Zucker importierenden Länder trotz der Bestimmungen dieses Abkommens von Schwierigkeiten in der Deckung ihres Bedarfs bedroht sind, so hat er den beteiligten Exportländern geeignete Maßnahmen zu empfehlen, um diesen Bedarf mit Vorrang zu decken. Die Regierung eines jeden beteiligten Exportlandes erklärt sich einverstanden, in Übereinstimmung mit den Empfehlungen des Rats der Zuckerversorgung der beteiligten Zucker importierenden Länder bei gleichen Verkaufsbedingungen den Vorrang zu geben.

Artikel 10

Die Regierung eines jeden beteiligten Exportlandes erklärt sich einverstanden, die Zuckererzeugung ihres Landes während der Dauer dieses Abkommens und soweit wie durchführbar

quota year or such term (by regulation of the manufacture of sugar or, when this is not possible, by regulation of acreage or plantings) so that the production does not exceed such amount of sugar as may be needed to provide for domestic consumption, exports permitted under this Agreement, and maximum stocks specified in Article 13.

année contingentaire (en réglementant la fabrication du sucre ou, quand ce n'est pas possible, en réglementant les superficies cultivées ou les plantations) de manière que cette production n'excède pas la quantité de sucre nécessaire pour pourvoir à la consommation intérieure, aux exportations permises en vertu du présent Accord et à la constitution des stocks maxima spécifiés à l'article 13.

in jedem Quotenjahr so zu regulieren, daß die Erzeugung diejenige Zuckermenge nicht übersteigt, die für den Inlandskonsum, die im Rahmen dieses Abkommens zulässigen Exporte und die in Artikel 13 festgelegten Höchstbestände erforderlich ist. (Dies soll durch Regulierung der Zuckererzeugung oder, wenn dies nicht möglich ist, durch Regulierung der Anbauflächen oder Pflanzungen erfolgen.)

Article 11

The Government of each participating exporting country agrees to advise the Council as soon as possible of such part of its country's initial export quota and export quota in effect as it expects will not be used and on receipt of such advice, the Council shall take action in accordance with Article 19 (1) (i).

Article 11

Le Gouvernement de chaque pays exportateur participant convient de notifier au Conseil aussitôt que possible la fraction de son contingent initial d'exportation ou de son contingent effectif d'exportation qui, selon ses prévisions, ne sera pas utilisée; au reçu de cet avis, le Conseil prend les mesures définies au paragraphe 1 (i) de l'article 19.

Artikel 11

Die Regierung eines jeden beteiligten Exportlandes erklärt sich einverstanden, dem Rat so bald wie möglich über den Teil der Export-Ausgangsquote und der effektiven Exportquote ihres Landes Meldung zu erstatten, den sie voraussichtlich nicht ausnutzen wird. Der Rat verfährt bei Empfang einer solchen Meldung in Übereinstimmung mit Artikel 19 (1) (i).

Article 12

If the Government of a participating exporting country fails to give notice, within a period determined for the duration of this Agreement by the Council in agreement with that Government, but in any case not exceeding 8 months from the date on which initial export quotas were allocated, of such part of the initial export quota of its country as it expects will not be used, the initial export quota of that country for the following quota year shall be reduced by the difference between the actual exports and the initial export quota or latest export quota in effect, whichever is the less. The Council may decide not to impose this penalty if it is satisfied that a Government failed to give notice because its country's intended exports fell short by reason of *force majeure* or other circumstances beyond its control occurring after the date for notice established in accordance with this Article.

Article 12

Si le Gouvernement d'un pays exportateur participant s'abstient de notifier, dans un délai fixé par le Conseil après entente avec ce Gouvernement pour la durée du présent Accord, sans que ce délai ne puisse toutefois excéder huit mois à partir de la date d'attribution des contingents initiaux d'exportation, la fraction du contingent initial d'exportation de son pays qui, selon ses prévisions, ne sera pas utilisée, le contingent initial d'exportation de ce pays pour l'année contingentaire suivante est réduit de la différence entre les exportations réelles et le contingent initial d'exportation, ou le plus récent contingent effectif d'exportation lorsque ce dernier est moins élevé. Le Conseil peut décider de ne pas imposer cette sanction s'il acquiert la conviction qu'un Gouvernement s'est abstenu de faire la notification parce que les exportations prévues se sont trouvées réduites pour cause de force majeure ou en raison d'autres circonstances indépendantes de la volonté dudit Gouvernement et survenues après l'expiration du délai de notification déterminé par application du présent article.

Artikel 12

Wenn die Regierung eines beteiligten Exportlandes versäumt, innerhalb eines für die Dauer dieses Abkommens vom Rat im Einvernehmen mit dieser Regierung festgelegten Zeitraumes — diese Frist darf jedoch von dem Zeitpunkt an, zu dem die Export-Ausgangsquoten zugewiesen wurden, keinesfalls 8 Monate überschreiten —, Meldung darüber zu machen, welchen Teil der Export-Ausgangsquote ihres Landes sie voraussichtlich nicht ausnutzen wird, so wird die Export-Ausgangsquote dieses Landes für das folgende Quotenjahr um die Differenz zwischen den tatsächlichen Exporten und der Export-Ausgangsquote oder der letzten effektiven Exportquote, je nachdem, welche geringer ist, gekürzt. Der Rat kann beschließen, diese Buße nicht aufzuerlegen, wenn er sich überzeugt hat, daß eine Regierung die Meldung unterließ, weil die beabsichtigten Exporte ihres Landes infolge höherer Gewalt oder anderer Umstände, für die sie nicht verantwortlich ist, und die nach der in Übereinstimmung mit diesem Artikel festgelegten Meldefrist eintraten, geringer ausfielen.

CHAPTER VI

Stocks

Article 13

(1) The Governments of participating exporting countries undertake so to regulate production in their countries that the stocks in their respective countries shall not exceed for each country on a fixed date each year immediately preceding the start of the new crop, such date to be agreed with the Council, an amount equal to 20 per cent. of its annual production.

(2) Nevertheless, the Council may, if it considers that such action is justified by special circumstances, authorize the holding of stocks in any country in excess of 20 per cent. of its production.

CHAPITRE VI

Stocks

Article 13

1. Les Gouvernements des pays exportateurs participants s'engagent à réglementer la production de telle manière que les stocks existant dans leurs pays respectifs n'excèdent pas pour chaque pays une quantité égale à 20 % de sa production annuelle à une date fixée chaque année en accord avec le Conseil et précédant immédiatement le début de la nouvelle récolte.

2. Néanmoins, le Conseil peut, s'il estime une telle mesure justifiée par des circonstances spéciales, autoriser le maintien dans un pays de stocks dépassant 20 % de la production.

KAPITEL VI

Bestände

Artikel 13

(1) Die Regierungen der beteiligten Exportländer verpflichten sich, die Erzeugung in ihren Ländern so zu regulieren, daß die Bestände in ihren jeweiligen Ländern zu einem bestimmten mit dem Rat zu vereinbarenden Zeitpunkt eines jeden Jahres unmittelbar vor dem Beginn der neuen Ernte eine Menge nicht übersteigen, die 20 Prozent der Jahreserzeugung des betreffenden Landes entspricht.

(2) Dessen ungeachtet kann der Rat ein Land ermächtigen, Bestände von mehr als 20 Prozent seiner Erzeugung zu halten, wenn er glaubt, daß eine derartige Maßnahme durch besondere Umstände gerechtfertigt ist.

(3) The Government of each participating country listed in Article 14 (1) agrees:—

(i) that stocks equal to an amount of not less than 10 per cent. of its country's basic export tonnage shall be held in its country at a fixed date each year immediately preceding the start of the new crop, such date to be agreed with the Council, unless drought, flood or other adverse conditions prevent the holding of such stocks; and

(ii) that such stocks shall be earmarked to fil increased requirements of the free market and used for no other purpose without the consent of the Council, and shall be immediately available for export to that market when called for by the Council.

(4) The Council may increase the amount of the minimum stocks to be carried under paragraph (3) of this Article up to 15 per cent.

(5) The Government of each participating country, in which stocks are held under the provisions of paragraph (3) as they may be modified by the provisions of paragraph (4) of this Article, agrees that unless otherwise authorized by the Council, stocks held under those provisions shall be used neither for meeting priorities under Article 14 B, nor for meeting increases in quotas in effect under Article 22 while such quotas are lower than its country's basic export tonnage, unless the stocks so used can be replaced before the beginning of its country's crop in the ensuing quota year.

(6) For the purposes of this Agreement the Cuban Stabilization Reserve shall not be considered part of the stocks available for the free market nor shall it be included in the computation of stocks under paragraph (1) of this Article. The Cuban Government, however, agrees to consider making such reserve available for the free market on the request of the Council if the Council considers that market conditions make such action advisable.

(7) The Government of each participating exporting country agrees that, so far as possible, it will not permit the disposal of stocks held under this Article, following its withdrawal from this Agreement or following the expiration of this Agreement, in such a manner as to create undue disturbance in the free market for sugar.

(8) Not later than three months after the date of signature of this Agreement the Government of each participating country shall inform the

3. Le Gouvernement de chaque pays participant énuméré au paragraphe 1 de l'article 14 accepte:

(i) que des stocks correspondant à une quantité au moins égale à 10 % du tonnage de base d'exportation de son pays soient maintenus dans son pays à une date fixée chaque année en accord avec le Conseil et précédant immédiatement la nouvelle récolte, à moins que la sécheresse, des inondations ou d'autres circonstances défavorables n'empêchent de maintenir ces stocks; et

(ii) que ces stocks soient tenus spécialement en réserve pour faire face à un accroissement des besoins du marché libre, qu'ils ne soient utilisés à aucune autre fin sans le consentement du Conseil et qu'ils soient immédiatement disponibles pour l'exportation sur ce marché lorsque le Conseil en fait la demande.

4. Le Conseil peut porter jusqu'à 15 % le montant du stock minimum prévu au paragraphe 3 du présent article.

5. Le Gouvernement de chaque pays participant où des stocks sont maintenus en vertu des dispositions du paragraphe 3, éventuellement modifiées en vertu des dispositions du paragraphe 4 du présent article, accepte que, sauf autorisation différente du Conseil, les stocks maintenus conformément auxdites dispositions ne soient utilisés pour faire face ni aux priorités établies en vertu de l'article 14 B, ni à l'accroissement des contingents effectifs qui résultent de l'application de l'article 22 lorsque ces contingents sont inférieurs au tonnage de base d'exportation de son pays, à moins que les stocks ainsi utilisés ne puissent être remplacés avant le début de la récolte à faire dans ce pays au cours de l'année contingentaire suivante.

6. Aux fins du présent Accord, la Réserve de Stabilisation Cubaine n'est ni considérée comme partie des stocks disponibles pour le marché libre ni comprise dans le calcul des stocks prévus au paragraphe 1 du présent article. Le Gouvernement cubain convient toutefois d'envisager de rendre cette Réserve disponible pour le marché libre, à la requête du Conseil, si celui-ci estime que la situation du marché rend opportune une telle mesure.

7. Le Gouvernement de chaque pays exportateur participant est d'accord pour ne pas permettre, dans la mesure du possible, l'utilisation, à la suite de son retrait du présent Accord ou de l'expiration de celui-ci, des stocks détenus en vertu du présent article d'une manière telle que le marché libre du sucre en soit exagérément désorganisé.

8. Trois mois au plus tard après la signature du présent Accord, le Gouvernement de chaque pays participant fera connaître au Conseil celle

(3) Die Regierung eines jeden in Artikel 14 (1) aufgeführten beteiligten Landes verpflichtet sich,

(i) daß Bestände von mindestens 10 Prozent der Exportgrundmenge ihres Landes zu einem bestimmten mit dem Rat zu vereinbarenden Zeitpunkt eines jeden Jahres unmittelbar vor Beginn der neuen Ernte in ihrem Land gehalten werden, es sei denn, Dürre, Überschwemmungen oder andere widrige Umstände verhindern die Haltung solcher Bestände; und

(ii) daß diese Bestände ausdrücklich dafür vorgesehen werden, einen erhöhten Bedarf des freien Marktes zu befriedigen; sie dürfen ohne Zustimmung des Rats nicht für andere Zwecke verwendet werden und müssen unverzüglich für den Export auf diesen Markt bereitstehen, wenn der Rat dies verlangt.

(4) Der Rat kann die Höhe der gemäß Absatz (3) dieses Artikels zu haltenden Mindestbestände auf 15 Prozent heraufsetzen.

(5) Die Regierung eines jeden beteiligten Landes, in dem nach den Bestimmungen des Absatzes (3) Bestände gehalten werden — die auf Grund der Bestimmungen des Absatzes (4) geändert werden können —, erklärt sich einverstanden, daß sie, sofern sie nicht vom Rat anderslautend ermächtigt wird, die nach diesen Bestimmungen zu haltenden Bestände weder für die Befriedigung des Vorrangsbedarfs gemäß Artikel 14 B noch zur Deckung von Erhöhungen effektiver Quoten nach Artikel 22 verwendet, solange diese Quoten niedriger sind als die Export-Grundmenge ihres Landes, es sei denn, die so verwendeten Bestände können vor Beginn der Ernte ihres Landes im nachfolgenden Quotenjahr ersetzt werden.

(6) Im Sinne dieses Abkommens wird die kubanische Stabilisierungsreserve nicht als Teil der für den freien Markt verfügbaren Bestände angesehen und nicht in die Berechnung der Bestände gemäß Absatz (1) dieses Artikels einbezogen. Die kubanische Regierung erklärt sich jedoch einverstanden, auf Ersuchen des Rates die Freigabe dieser Reserve für den freien Markt zu erwägen, wenn dieser der Auffassung ist, daß die Marktverhältnisse eine derartige Maßnahme ratsam erscheinen lassen.

(7) Die Regierung eines jeden beteiligten Exportlandes erklärt sich einverstanden, daß sie nach Rücktritt von diesem Abkommen oder nach seinem Ablauf so weit wie möglich die Auflösung der nach diesem Artikel zu haltenden Bestände nicht zulassen wird, falls dies eine übermäßige Störung des freien Zuckermarktes hervorrufen würde.

(8) Spätetens drei Monate nach Unterzeichnung dieses Abkommens hat die Regierung eines jeden beteiligten Landes den Rat davon zu unter-

Council which of the two definitions of "stocks of sugar" in Article 2 it accepts as applicable to its country.

CHAPTER VII

Regulation of Exports

Article 14

A.—Basic Export Tonnages

(1) For each of the quota years during which this Agreement is in force the exporting countries or areas named below shall have the following basic export tonnages for the free market:—

	(in thousands of tons)
Belgium (including Belgian Congo)	50
Brazil	175
China (Taiwan)	600
Colombia	5
Cuba	2,250
Czechoslovakia	275
Denmark	70
Dominican Republic	600
France (and the countries France represents internationally)	20
Germany, Eastern	150
Haiti	45
Hungary	40
Indonesia	250
Mexico	75
Netherlands (including Surinam)	40*
Peru	280
Philippines	25
Poland	220
U.S.S.R.	200
Yugoslavia	20

* The Kingdom of the Netherlands undertake not to export over the years 1954, 1955 and 1956, taken as a whole, a greater amount of sugar than they import during the same period.

(2) The export quotas of the Czechoslovak Republic and the People's Republic of Poland do not include their exports of sugar to the U.S.S.R. and these exports are outside this Agreement. The U.S.S.R. export quota is therefore calculated without taking into account imports of sugar from the above-mentioned countries.

(3) The present Agreement does not apply to movements of sugar between France and the countries which France represents internationally, and the Associated States of Cambodia, Laos and Vietnam.

(4) Costa Rica, Ecuador and Nicaragua, to which no basic export tonnages have been allotted under this Article, may each export to the free market up to 5,000 tons raw value a year.

des deux définitions concernant les stocks de sucre données à l'article 2 qu'il accepte comme applicable à son pays.

CHAPITRE VII

Réglementation des Exportations

Article 14

A.—Tonnages de base d'exportation

1. Pour chacune des années contingentaires au cours desquelles le présent Accord est en vigueur, il est alloué aux pays ou territoires exportateurs énumérés ci-dessous les tonnages de base d'exportation suivants pour le marché libre:

	(en milliers de tonnes)
Belgique (y compris le Congo Belge)	50
Brésil	175
Chine (Taiwan)	600
Colombie	5
Cuba	2.250
Tchécoslovaquie	275
Danemark	70
République Dominicaine	600
France (et les pays dont la France assure la représentation internationale)	20
Allemagne orientale	150
Haïti	45
Hongrie	40
Indonésie	250
Mexique	75
Pays-Bas (y compris la Guyane hollandaise)	40*
Pérou	280
Philippines	25
Pologne	220
U.R.S.S.	200
Yougoslavie	20

* (Le Royaume des Pays-Bas s'engage à ne pas exporter au cours des années 1954, 1955 et 1956, prises dans leur ensemble, une quantité de sucre supérieure à celle qu'il importera pendant la même période.)

2. Les contingents d'exportation de la République Tchécoslovaque et de la République Populaire de Pologne ne comprennent pas les exportations de sucre de ces pays vers l'U.R.S.S.; et ces exportations restent en dehors du présent Accord. Le contingent d'exportation de l'U.R.S.S. a été établi par conséquent sans tenir compte des importations de sucre en provenance des pays mentionnés ci-dessus.

3. Le présent Accord ne s'applique pas aux échanges de sucre entre la France et les pays dont la France assure la représentation internationale, et les Etats Associés du Cambodge, du Laos et du Vietnam.

4. Costa-Rica, l'Equateur et le Nicaragua, auxquels aucun tonnage de base d'exportation n'a été attribué aux termes du présent article, peuvent exporter chacun sur le marché libre une quantité annuelle maximum de 5.000 tonnes de sucre.

richten, welche der zwei Begriffsbestimmungen für „Zuckerbestände" in Artikel 2 sie für ihr Land als anwendbar annimmt.

KAPITEL VII

Regulierung der Exporte

Artikel 14

A. Export-Grundmengen

(1) Für jedes der Quotenjahre, während derer dieses Abkommen in Kraft ist, erhalten die nachstehend genannten Exportländer oder -gebiete folgende Export-Grundmengen für den freien Markt:

	(in tausend Tonnen)
Belgien (einschließlich Belgisch-Kongo)	50
Brasilien	175
China (Taiwan)	600
Kolumbien	5
Kuba	2250
Tschechoslowakei	275
Dänemark	70
Dominikanische Republik	600
Frankreich (und die Länder, die Frankreich international vertritt)	20
Deutschland (Ost)	150
Haiti	45
Ungarn	40
Indonesien	250
Mexiko	75
Niederlande (einschließlich Surinam)	40*)
Peru	280
Philippinen	25
Polen	220
U.d.S.S.R.	200
Jugoslawien	20

*) Das Königreich der Niederlande verpflichtet sich, während der die Jahre 1954, 1955, 1956 umfassenden Zeitspanne keine größere Zuckermenge zu exportieren, als es im gleichen Zeitraum importiert.

(2) Die Exportquoten der Tschechoslowakischen Republik und der Volksrepublik Polen enthalten nicht ihre Zuckerexporte nach der U.d.S.S.R; diese Exporte fallen nicht unter das Abkommen. Die Exportquote der U.d.S.S.R. ist demzufolge ohne Berücksichtigung der Zuckerimporte aus den vorerwähnten Ländern berechnet.

(3) Dieses Abkommen bezieht sich nicht auf Zuckerbewegungen zwischen Frankreich und den Ländern, die Frankreich international vertritt, sowie den assoziierten Staaten Kambodscha, Laos und Vietnam.

(4) Costa Rica, Ecuador und Nicaragua, denen im Rahmen dieses Artikels keine Export-Grundmengen zugewiesen wurden, dürfen je bis zu 5000 t Rohwert jährlich auf den freien Markt exportieren.

(5) This Agreement does not ignore, and does not have the purpose of nullifying Indonesia's aspiration as a Sovereign State for its rehabilitation to its historical position as a sugar exporting country to the extent that may be practicable within the possibilities of the free market.

(6) India shall have the status of an exporting country but has not requested that an export quota be allotted to her.

B. — Priorities on Shortfalls and on Increased Free Market Requirements

(7) In determining export quotas in effect the following priorities shall be applied in accordance with the provisions of paragraph (8) of this Article: —

(a) The first 50,000 tons will be allotted to Cuba.

(b) The next 15,000 tons will be allotted to Poland.

(c) The next 5,000 tons will be allotted to Haiti in the first and second year, this being increased to 10,000 tons in the third year.

(d) The next 25,000 tons will be allotted to Czechoslovakia.

(e) The next 10,000 tons will be allotted to Hungary.

(8)—(i) In redistributions resulting from the provisions of Articles 19 (1) (i) and 19 (2), the Council shall give effect to the priorities listed in paragraph (7) of this Article.

(ii) In distributions resulting from the provisions of Articles 18, 19 (1) (ii) and 22, the Council shall not give effect to the said priorities until the exporting countries listed in paragraph (1) of this Article have been offered export quotas equal to the total of their basic export tonnages, subject to any reductions applied under Articles 12 and 21 (3) and thereafter shall give effect to the said priorities only in so far as the said priorities have not already been brought into effect in accordance with sub-paragraph (i) of this paragraph.

(iii) Reductions resulting from the application of the provisions of Article 21 shall be applied *pro rata* to the basic export tonnages until the export quotas in effect have been reduced to the total of the basic export tonnages plus the total of the priorities allotted due to increases in free market requirements for that year, after which the priorities shall be deducted in the reverse order and thereafter reductions shall be applied again *pro rata* to basic export tonnages.

5. Le présent Accord ne méconnaît pas et ne se propose pas de neutraliser les aspirations de l'Indonésie, en tant qu'Etat Souverain, à rétablir sa position historique de pays exportateur de sucre dans la mesure compatible avec les possibilités du marché libre.

6. L'Inde a le statut d'un pays exportateur, mais n'a pas demandé l'attribution d'un contingent d'exportation.

B.—Priorités en cas de déficits ('shortfalls') et en cas d'accroissement des besoins du marché libre

7. Lors de la détermination des contingents effectifs d'exportation, les priorités suivantes seront appliquées conformément aux dispositions du paragraphe 8 du présent article:

(a) Les premières 50.000 tonnes seront attribuées à Cuba.

(b) Les 15.000 tonnes suivantes seront attribuées à la Pologne.

(c) Les 5.000 tonnes suivantes seront attribuées à Haïti en ce qui concerne la première et la deuxième année; cette quantité sera portée à 10.000 tonnes en ce qui concerne la troisième année.

(d) Les 25.000 tonnes suivantes seront attribuées à la Tchécoslavaquie.

(e) Les 10.000 tonnes suivantes seront attribuées à la Hongrie.

8.—(i) En procédant aux redistributions résultant des dispositions des paragraphes 1 (i) et 2 de l'article 19, le Conseil applique les priorités énumérées au paragraphe 7 du présent article.

(ii) En procédant aux répartitions résultant des dispositions de l'article 18, du paragraphe 1 (ii) de l'article 19 et de l'article 22, le Conseil n'applique pas lesdites priorités tant qu'il n'a pas été offert aux pays exportateurs énumérés au paragraphe 1 du présent article des contingents d'exportation égaux au total de leurs tonnages de base d'exportation, sauf à tenir compte des réductions appliquées en vertu de l'article 12 et du paragraphe 3 de l'article 21; et par la suite il n'applique lesdites priorités que dans la mesure où elles n'ont pas été appliquées déjà conformément aux dispositions de l'alinéa (i) ci-dessus.

(iii) Les réductions effectuées selon les dispositions de l'article 21 sont appliquées proportionnellement aux tonnages de base d'exportation jusqu'à ce que les contingents effectifs d'exportation aient été réduits au total des tonnages de base d'exportation augmentés du total des priorités attribuées en raison de l'accroissement des besoins du marché libre pour ladite année; après quoi les priorités sont déduites dans l'ordre inverse et les réductions sont ensuite appliquées à nouveau proportionnellement aux tonnages de base d'exportation.

(5) Dieses Abkommen läßt Indonesiens Bemühen als souveräner Staat, seine historische Stellung als Zuckerexportland in einem den Möglichkeiten des freien Marktes entsprechenden Umfang wiederherzustellen, nicht außer acht und bezweckt auch nicht, dieses Bemühen zunichte zu machen.

(6) Indien erhält den Status eines Exportlandes, hat aber die Zuweisung einer Exportquote nicht beantragt.

B. Prioritäten bei Angebotsverknappung und Mehrbedarf des freien Marktes

(7) Bei Festsetzung der effektiven Exportquoten finden in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Absatzes (8) dieses Artikels folgende Prioritäten Anwendung:

(a) Die ersten 50 000 t werden Kuba zugewiesen.

(b) Die nächsten 15 000 t werden Polen zugewiesen.

(c) Die nächsten 5000 t werden Haiti im ersten und zweiten Jahr zugewiesen und erhöhen sich im dritten Jahr auf 10 000 t.

(d) Die nächsten 25 000 t werden der Tschechoslowakei zugewiesen.

(e) Die nächsten 10 000 t werden Ungarn zugewiesen.

(8) (i) Bei der Weiterverteilung, die sich aus den Bestimmungen der Absätze (1) (i) und (2) von Artikel 19 ergibt, setzt der Rat die in Absatz (7) dieses Artikels festgelegten Prioritäten in Kraft.

(ii) Bei der Verteilung, die sich aus den Bestimmungen der Artikel 18, 19 (1) (ii) und 22 ergibt, setzt der Rat die besagten Prioritäten erst in Kraft, nachdem den in Absatz (1) dieses Artikels aufgeführten Exportländern Exportquoten angeboten worden sind, die der Gesamtheit ihrer Export-Grundmengen entsprechen, vorbehaltlich von Kürzungen gemäß den Artikeln 12 und 21 (3). Danach setzt er die besagten Prioritäten nur insoweit in Kraft, als sie nicht in Übereinstimmung mit Unterabsatz (i) dieses Absatzes bereits in Kraft gesetzt wurden.

(iii) Kürzungen, die sich aus der Anwendung der Bestimmungen des Artikels 21 ergeben, werden anteilmäßig zu den Export-Grundmengen vorgenommen, bis die effektiven Exportquoten auf die Gesamtheit der Export-Grundmengen, zuzüglich der Gesamtheit der Prioritäten, gekürzt sind, die auf Grund von Bedarfserhöhungen des freien Marktes für das betreffende Jahr zugewiesen wurden. Danach werden die Prioritäten in umgekehrter Reihenfolge abgezogen, und sodann werden Kürzungen wiederum anteilmäßig zu den Export-Grundmengen vorgenommen.

Article 15

This Agreement does not apply to movements of sugar between the Belgo-Luxembourg Economic Union (including the Belgian Congo), France and the countries which France represents internationally, the Federal Republic of Germany, and the Kingdom of the Netherlands (including Surinam).

These countries undertake to restrict the movements referred to in this Article to a net amount of 175,000 tons of sugar per year.

Article 16

(1) The Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland (on behalf of the British West Indies and British Guiana, Mauritius and Fiji), the Government of the Commonwealth of Australia and the Government of the Union of South Africa undertake that net exports of sugar by the exporting territories covered by the Commonwealth Sugar Agreement of 1951 (excluding local movements of sugar between adjoining Commonwealth territories, or islands, in such quantities as can be authenticated by custom) shall not together exceed the following total quantities:—

(i) in the calendar years 1954 and 1955 — 2,413,793 tons (2,375,000 English long tons) tel quel per year;

(ii) in the calendar year 1956— 2,490,018 tons (2,450,000 English long tons) tel quel.

Subject to contractual obligations assumed by the Governments concerned under the Commonwealth Sugar Agreement of 1951, the quantitative limits for the calendar years 1954, 1955 and 1956 specified above shall not be varied and the provisions of all other articles of this Agreement shall be construed accordingly.

(2) These limitations have the effect of leaving available to the free market a share in the sugar markets of Commonwealth countries. The Governments aforementioned would, however, regard themselves as released from their obligation thus to limit exports of Commonwealth sugar if a Government or Governments of a participating exporting country or of participating countries having a basic export tonnage or tonnages under Article 14 (1) should enter into a special trading arrangement with an importing country of the Commonwealth which would guarantee the exporting country a specified portion of the market of that Commonwealth country.

(3) The Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland with the concurrence of the Government of the Commonwealth of Australia and the Government of the Union of South Africa, undertakes to

Article 15

Le présent Accord ne s'applique pas aux échanges de sucre entre l'Union économique Belgo-Luxembourgeoise (y compris le Congo Belge), la France et les pays dont la France assure la représentation internationale, la République Fédérale d'Allemagne et le Royaume des Pays-Bas (y compris la Guyane hollandaise).

Ces pays s'engagent à limiter les échanges visés dans le présent article à un montant net de 175.000 tonnes de sucre par an.

Article 16

1. Le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord (au nom des Indes occidentales britanniques et de la Guyane britannique, des Iles Maurice et Fidji), le Gouvernement du Commonwealth d'Australie et le Gouvernement de l'Union Sud-Africaine s'engagent à ce que la totalité des exportations nettes de sucre des territoires exportateurs auxquels s'applique l'Accord du Commonwealth de 1951 sur le Sucre (à l'exception des échanges locaux de sucre entre des territoires contigus ou des îles avoisinantes du Commonwealth portant sur les quantités que l'usage aurait pu consacrer) ne dépasse pas les quantités totales suivantes:

(i) pour les années civiles 1954 et 1955—2.413.793 tonnes (2.375.000 tonnes longues anglaises) du sucre tel quel par an;

(ii) pour l'année civile 1956—2.490.018 tonnes (2.450.000 tonnes longues anglaises) de sucre tel quel.

Sous réserve des obligations contractuelles prises par les Gouvernements intéressés en vertu de l'Accord du Commonwealth de 1951 sur le Sucre, les limites quantitatives spécifiées ci-dessus pour les années civiles 1954, 1955 et 1956 ne peuvent pas être modifiées et les dispositions de tous les autres articles du présent Accord doivent être interprétées en conséquence.

2. Ces limitations ont pour effet de mettre à la disposition du marché libre une fraction des marchés sucriers des pays du Commonwealth. Les Gouvernements précités pourraient néanmoins se considérer comme relevés de leurs obligations de limiter ainsi les exportations de sucre du Commonwealth si un ou plusieurs Gouvernements d'un ou plusieurs pays exportateurs participants ayant un tonnage de base d'exportation aux termes du parapraphe 1 de l'article 14 concluaient une entente spéciale de commerce avec un pays importateur du Commonwealth qui garantirait au pays exportateur une fraction déterminée du marché de ce pays du Commonwealth.

3. Le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, en accord avec le Gouvernement du Commonwealth d'Australie et le Gouvernement de l'Union Sud-Africaine, s'engage à faire parvenir au Con-

Artikel 15

Dieses Abkommen bezieht sich nicht auf Zuckerbewegungen zwischen der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion (einschließlich Belgisch-Kongos), Frankreich und den Ländern, die Frankreich international vertritt, der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande (einschließlich Surinams).

Diese Länder verpflichten sich, den in diesem Artikel erwähnten Austausch auf eine Nettomenge von 175 000 t Zucker pro Jahr zu beschränken.

Artikel 16

(1) Die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland (im Auftrag von Britisch-Westindien und Britisch-Guyana, Mauritius und den Fidschi-Inseln), die Regierung des Commonwealth Australien und die Regierung der Südafrikanischen Union verpflichten sich, die Netto-Zuckerexporte der vom Commonwealth-Zuckerabkommen von 1951 erfaßten Exportgebiete (ausschließlich örtlicher Zuckerbewegungen zwischen benachbarten Commonwealth-Gebieten oder -Inseln in nachweislich üblichen Mengen) so zu regeln, daß sie im ganzen folgende Gesamtmengen nicht übersteigen:

(i) in den Kalenderjahren 1954 und 1955 — 2413793 t (2375000 englische Langtonnen) telquel pro Jahr;

(ii) im Kalenderjahr 1956 — 2490018 t (2450000 englische Langtonnen) telquel.

Vorbehaltlich der vertraglichen Verpflichtungen, die von den betreffenden Regierungen im Rahmen des Commonwealth-Zuckerabkommens von 1951 übernommen wurden, dürfen die oben festgelegten mengenmäßigen Beschränkungen für die Kalenderjahre 1954, 1955 und 1956 nicht geändert werden, und alle anderen Artikel dieses Abkommens sind entsprechend auszulegen.

(2) Diese Beschränkungen bewirken die Überlassung eines Teils der Zuckermärkte der Commonwealth-Länder an den freien Markt. Die vorerwähnten Regierungen würden sich jedoch von ihrer Verpflichtung zur Beschränkung der Exporte von Commonwealth-Zucker als entbunden betrachten, wenn die Regierung eines beteiligten Exportlandes mit einer Export-Grundmenge nach Artikel 14 (1) allein oder zusammen mit anderen solchen Regierungen eine besondere Handelsabmachung mit einem Importland des Commonwealth treffen sollte, die dem Exportland einen bestimmten Anteil des Marktes dieses Commonwealth-Landes garantieren würde.

(3) Die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland verpflichtet sich, im Einvernehmen mit der Regierung des Commonwealth Australien und der Regierung der Südafrikanischen Union dem Rat

provide the Council sixty days in advance of the beginning of each quota year with an estimate of total net exports from the exporting territories covered by the Commonwealth Sugar Agreement in such year and to inform the Council promptly of any changes in such estimate during that year. The information supplied to the Council by the United Kingdom pursuant to this undertaking shall be held to discharge fully the obligations in Articles 11 and 12 so far as the aforementioned territories are concerned.

(4) The provisions of paragraphs (3) and (4) of Article 13 shall not apply to the exporting territories covered by the Commonwealth Sugar Agreement.

(5) Nothing in this Article shall be held to prevent any participating country exporting to the free market from exporting sugar to any country within the British Commonwealth nor, within the quantitative limits set out above, to prevent any Commonwealth country from exporting sugar to the free market.

Article 17

Exports of sugar to the United States of America for consumption therein shall not be considered exports to the free market and shall not be charged against the export quotas established under this Agreement.

Article 18

(1) Before the beginning of each quota year the Council shall cause an estimate to be made of the net import requirements of the free market during such year for sugar from exporting countries listed in Article 14 (1). In the preparation of this estimate, there shall be taken into account among other factors the total amount of sugar which the Council is notified could be imported from non-participating countries under the provisions of Article 7 (4).

(2) At least 30 days before the beginning of each quota year the Council shall consider the estimate of the net import requirements of the free market prepared in accordance with paragraph (1) of this Article. If the Council adopts that estimate, it shall forthwith assign an initial export quota for the free market for such year to each of the exporting countries listed in Article 14 (1) by distributing that estimate among the exporting countries *pro rata* to their basic export tonnages, subject to the provisions of Article 14 B, to such penalties as may be imposed in accordance with the provisions of Article 12 and to such reductions as may be made under Article 21 (3).

seil 60 jours avant le début de chaque année contingentaire une estimation des exportations totales nettes des territoires exportateurs auxquels s'applique l'Accord du Commonwealth sur le Sucre pour ladite année, et à informer sans délai le Conseil de toutes les modifications que pourrait subir cette estimation dans le courant de l'année. La communication de ces renseignements au Conseil par le Royaume-Uni conformément à cet engagement est considérée comme constituant une décharge pleine et entière des obligations prévues aux articles 11 et 12 en ce qui concerne les territoires mentionnés cidessus.

4. Les dispositions des paragraphes 3 et 4 de l'article 13 ne s'appliquent pas aux territoires exportateurs couverts par l'Accord du Commonwealth sur le Sucre.

5. Aucune disposition du présent article n'est considérée comme empêchant un pays participant qui exporte sur le marché libre d'exporter du sucre à destination d'un pays du Commonwealth britannique, ni, dans les limites quantitatives définies ci-dessus, comme empêchant un pays du Commonwealth d'exporter du sucre sur le marché libre.

Article 17

Les exportations de sucre à destination des Etats-Unis d'Amérique pour la consommation intérieure ne sont pas considérées comme exportations sur le marché libre, et ne sont pas imputées sur les contingents d'exportation fixés en vertu du présent Accord.

Article 18

1. Avant le début de chaque année contingentaire, le Conseil fait procéder à une estimation des besoins d'importations nettes du marché libre pour ladite année en sucre provenant des pays exportateurs énumérés au paragraphe 1 de l'article 14. Dans la préparation de cette estimation, il est tenu compte, entre autres, de la quantité totale de sucre qui a été notifiée au Conseil comme pouvant être importée de pays non-participants en vertu des dispositions du paragraphe 4 de l'article 7.

2. Au moins 30 jours avant le début de chaque année contingentaire, le Conseil examine l'estimation des besoins d'importations nettes du marché libre préparée conformément au paragraphe 1 du présent article. Si le Conseil adopte cette estimation, il attribue immédiatement pour ladite année un contingent initial d'exportation sur le marché libre à chacun des pays exportateurs énumérés au paragraphe 1 de l'article 14 en répartissant le tonnage faisant l'objet de l'estimation entre les pays exportateurs proportionnellement à leurs tonnages de base d'exportation, sous réserve des dispositions de l'article 14 B, des sanctions qui peuvent être appliquées conformément aux dispositions de l'article 12 et des réductions qui peuvent être faites en vertu du paragraphe 3 de l'article 21.

sechzig Tage vor Beginn eines jeden Quotenjahres eine Schätzung der gesamten Nettoexporte der durch das Commonwealth-Zuckerabkommen erfaßten Exportgebiete für das betreffende Jahr vorzulegen und den Rat von etwaigen Änderungen dieser Schätzung während dieses Jahres sofort zu unterrichten. Durch die dem Rat vom Vereinigten Königreich gemäß dieser Verpflichtung abgegebene Meldung gelten die Verpflichtungen der vorerwähnten Gebiete gemäß Artikel 11 und 12 als voll erfüllt.

(4) Die Bestimmungen der Absätze (3) und (4) von Artikel 13 gelten nicht für die vom Commonwealth-Zuckerabkommen erfaßten Exportgebiete.

(5) Keine Bestimmung dieses Artikels darf so ausgelegt werden, als hindere sie ein beteiligtes Land, das Zucker nach dem freien Markt exportiert, daran, Zucker nach einem Land des britischen Commonwealth zu exportieren, oder als hindere sie ein Land des Commonwealth daran, innerhalb der oben festgelegten mengenmäßigen Beschränkungen Zucker nach dem freien Markt zu exportieren.

Artikel 17

Zuckerexporte nach den Vereinigten Staaten von Amerika, die zum dortigen Konsum bestimmt sind, werden nicht als Ausfuhren auf den freien Markt betrachtet und nicht auf die in diesem Abkommen festgelegten Exportquoten angerechnet.

Artikel 18

(1) Vor Beginn eines jeden Quotenjahres veranlaßt der Rat einen Voranschlag über den Netto-Importbedarf des freien Marktes an Zucker während des betreffenden Jahres aus den in Artikel 14 (1) aufgeführten Exportländern. Bei Ausarbeitung dieses Voranschlages ist unter anderem die Gesamt-Zuckermenge zu berücksichtigen, die dem Rat gemäß den Bestimmungen des Artikels 7 (4) als für den Import aus nichtbeteiligten Ländern verfügbar gemeldet wurde.

(2) Spätestens 30 Tage vor Beginn eines jeden Quotenjahres prüft der Rat den gemäß Absatz (1) dieses Artikels ausgearbeiteten Voranschlag des Netto-Importbedarfs des freien Marktes. Genehmigt der Rat diesen Voranschlag, so hat er unverzüglich für das betreffende Jahr für jedes der in Artikel 14 (1) aufgeführten Exportländer eine Export-Ausgangsquote für den freien Markt festzusetzen. Hierbei teilt er die in dem Voranschlag enthaltene Menge auf die Exportländer anteilmäßig zu ihren Export-Grundmengen auf, jedoch unter Berücksichtigung der Bestimmungen von Artikel 14 B, der Bußen auf Grund der Bestimmungen von Artikel 12 und der Kürzungen gemäß Artikel 21 (3).

(3) If there is disagreement in the Council upon the estimate of the net import requirements of the free market prepared in accordance with paragraph (1) of this Article, the question shall be put to a Special Vote. If as a result of that vote, an estimate is adopted, the Council shall thereupon assign initial export quotas in accordance with paragraph (2) of this Article; but if an estimate is not so adopted, then the initial export quotas for the new quota year shall be fixed by distributing the total of the export quotas in effect at the end of the current quota year on the same basis and in the same manner as is provided in paragraph (2) of this Article.

(4) The Council shall have power by Special Vote to set aside in any quota year up to 20,000 tons of the net import requirements of the free market as a reserve from which it may allot additional export quotas to meet proved cases of special hardship.

Article 19

(1) The Council shall cause export quotas in effect for participating countries listed in Article 14 (1) to be adjusted, subject to the provisions of Article 14B, as follows:—

(i) Within 10 days after the Government of any exporting country has given notice pursuant to Article 11 that a part of the initial export quota or export quota in effect will not be used, to reduce accordingly the export quota in effect of such country and to increase the export quotas in effect of other exporting countries by redistributing an amount of sugar equal to the part of the quota so renounced *pro rata* to their basic export tonnages. The Secretary of the Council shall forthwith notify Governments of exporting countries of such increases, and those Governments shall, within 10 days of receipt of such notification, inform the Secretary of the Council whether or not they are in a position to use the increase in quota allotted to them, and on receipt of such information, a subsequent redistribution of the quantity involved shall be made, and Governments of exporting countries concerned shall be notified forthwith by the Secretary of the Council of the increases made in their countries' export quotas in effect.

(ii) From time to time to take into account variations in the estimates of the quantities of sugar which the Council is notified will be import-

3. S'il y a désaccord au sein du Conseil sur l'estimation des besoins d'importations nettes du marché libre préparée conformément au paragraphe 1 du présent article, la question fait l'objet d'un Vote Spécial. Si, à la suite de ce vote, une estimation est adoptée, le Conseil attribue alors les contingents initiaux d'exportation conformément au paragraphe 2 du présent article; mais, si aucune estimation n'est adoptée, les contingents initiaux d'exportation pour la nouvelle année contingentaire sont fixés en répartissant une quantité égale au total des contingents effectifs d'exportation en vigueur à la fin de l'année contingentaire en cours sur la base et de la manière prévues au paragraphe 2 du présent article.

4. Le Conseil est autorisé à décider par un Vote Spécial de déduire, au cours de toute année contingentaire, sur les besoins d'importations nettes du marché libre une quantité maximum de 20.000 tonnes qui est tenue en réserve et sur laquelle il peut attribuer des contingents additionnels d'exportation afin de faire face à des situations dont la gravité exceptionnelle est dûment établie.

Article 19

1. Le Conseil fait procéder comme indiqué ci-dessous à l'ajustement des contingents effectifs d'exportation des pays participants énumérés au paragraphe 1 de l'article 14, sous réserve des dispositions de l'article 14B:

(i) Dans les dix jours qui suivent la notification par laquelle le Gouvernement d'un pays exportateur indique, conformément à l'article 11, qu'il n'utilisera pas une fraction de son contingent initial d'exportation ou de son contingent effectif d'exportation, il est procédé à la réduction du contingent effectif d'exportation de ce pays et à l'augmentation des contingents effectifs d'exportation des autres pays exportateurs, en redistribuant une quantité de sucre égale à la fraction du contingent ainsi abandonnée, proportionnellement aux tonnages de base d'exportation desdits pays. Le Secrétaire du Conseil notifie sans délai aux Gouvernements des pays exportateurs lesdites augmentations; ces Gouvernements, dans les dix jours de la réception de cette notification, indiquent au Secrétaire du Conseil s'ils sont ou non en mesure d'utiliser la quantité supplémentaire qui leur est ainsi attribuée. Au reçu de ces informations, il est procédé à une nouvelle redistribution des quantités non acceptées, et le Secrétaire du Conseil notifie aussitôt aux Gouvernements des pays exportateurs intéressés les augmentations effectuées sur leurs contingents effectifs d'exportation.

(ii) De temps en temps, il est tenu compte des variations dans les estimations des quantités de sucre notifiées au Conseil en vertu de

(3) Besteht Meinungsverschiedenheit im Rat über den in Übereinstimmung mit Absatz (1) dieses Artikels ausgearbeiteten Voranschlag des Netto-Importbedarfs des freien Marktes, so findet über diese Frage eine Sonderabstimmung statt. Wird als Ergebnis dieser Abstimmung ein Voranschlag angenommen, so setzt der Rat auf dieser Grundlage die Export-Ausgangsquoten in Übereinstimmung mit Absatz (2) dieses Artikels fest; wird jedoch kein Voranschlag angenommen, so werden die Export-Ausgangsquoten für das neue Quotenjahr durch Aufteilung der Gesamtmenge der am Ende des laufenden Quotenjahres in Kraft befindlichen effektiven Exportquoten in der in Absatz (2) dieses Artikels vorgesehenen Art und Weise festgesetzt.

(4) Der Rat hat Vollmacht, in jedem Quotenjahr durch Sonderabstimmung bis zu 20 000 t des Netto-Importbedarfs des freien Marktes als Reserve abzuzweigen, um nachgewiesenen besonderen Härtefällen durch Zuweisung zusätzlicher Exportquoten zu entsprechen.

Artikel 19

(1) Der Rat veranlaßt, daß die für die in Artikel 14 (1) aufgeführten beteiligten Länder festgesetzten effektiven Exportquoten, unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Artikels 14B, wie folgt revidiert werden:

(i) Innerhalb von zehn Tagen, nachdem die Regierung eines Exportlandes gemäß Artikel 11 Meldung erstattet hat, daß sie einen Teil der Export-Ausgangsquote oder der effektiven Exportquote nicht ausnutzen wird, setzt der Rat die effektive Exportquote dieses Landes entsprechend herab und erhöht die effektiven Exportquoten anderer Exportländer durch Weiterverteilung der Zuckermenge, die dem Teil der Quote entspricht, auf den verzichtet wurde, und zwar anteilmäßig zu ihren Export-Grundmengen. Der Sekretär des Rates setzt die Regierungen der Exportländer unverzüglich von derartigen Erhöhungen in Kenntnis; diese Regierungen benachrichtigen innerhalb von zehn Tagen nach Empfang einer solchen Mitteilung den Sekretär des Rates, ob sie in der Lage sind, die ihnen zugewiesene Quotenerhöhung auszunutzen oder nicht. Nach Empfang einer solchen Mitteilung erfolgt anschließend eine Weiterverteilung der fraglichen Menge. Die Regierungen der betreffenden Exportländer werden unverzüglich vom Sekretär des Rates über die vorgenommenen Erhöhungen der effektiven Exportquoten ihrer Länder in Kenntnis gesetzt.

(ii) Der Rat berücksichtigt von Zeit zu Zeit Veränderungen in den Voranschlägen über die Zuckermengen, die nach Mitteilung an

ed from non-participating countries under Article 7; provided, however, that such quantities need not to be redistributed until they reach a total of 5,000 tons. Redistributions under this sub-paragraph shall be made on the same basis and in the same manner as is provided in paragraph (1) (i) of this Article.

(2) Notwithstanding the provisions of Article 11, if the Council, after consultation with the Government of any participating exporting country, determines that such country will be unable to use all or part of its export quota in effect, the Council may increase *pro rata* the export quotas of other participating exporting countries on the same basis and in the same manner as is provided for in paragraph (1) (i) of this Article; provided, however, that such action by the Council shall not deprive the country concerned of its right to fill its export quota which was in effect before the Council made its determination.

CHAPTER VIII

Stabilisation of Prices

Article 20

(1) For the purposes of this Agreement the price of sugar shall be considered equitable both to consumers and producers if it is maintained within a zone of stabilised prices between a minimum of 3·25 cents and a maximum of 4·35 cents United States currency per pound avoirdupois, free alongside steamer Cuban port; the price of sugar shall be the spot price established by the New York Coffee and Sugar Exchange in relation to sugar covered by Contract No. 4, or any other price which may be established under paragraph (2) of this Article.

(2) In the event of the price referred to in paragraph (1) of this Article not being available at a material period, the Council shall use such other criteria as it sees fit.

(3) The minimum and maximum limits of the zone of stabilised prices referred to in paragraph (1) of this Article may be modified by the Council by a Special Vote.

Article 21

(1)—(i) If at any time the Council decides that market conditions make it advisable to reduce the export quotas in effect with a view to preventing the price of sugar from falling below the minimum price established under Article 20, it may make such reduction in the export quotas in effect as it deems necessary *pro rata* to the basic export tonnages, subject to the provisions of Article 14 B.

l'article 7 comme pouvant être importées de pays non participants; étant entendu, toutefois, qu'il n'est pas nécessaire de redistribuer ces quantités tant qu'elles n'atteignent pas un total de 5.000 tonnes. Les redistributions aux termes du présent alinéa sont effectuées sur la base et de la manière prévues à l'alinéa (i) ci-dessus.

2. Nonobstant les dispositions de l'article 11, si le Conseil détermine, après consultation avec le Gouvernement d'un pays exportateur participant, que ce pays ne sera pas en mesure d'utiliser tout ou partie de son contingent effectif d'exportation, le Conseil peut augmenter proportionnellement les contingents d'exportation des autres pays exportateurs participants, sur la base et de la manière prévues au paragraphe 1 (i) du présent article; étant entendu, toutefois, que cette action du Conseil ne prive pas le pays en cause de son droit d'utiliser le contingent d'exportation dont il disposait auparavant.

CHAPITRE VIII

Stabilisation des Prix

Article 20

1. Aux fins du présent Accord, le prix du sucre est considéré comme équitable à la fois pour les consommateurs et pour les producteurs s'il est maintenu dans une zone de prix stabilisés entre un minimum de 3,25 cents et un maximum de 4,35 cents, en monnaie des Etats-Unis, par livre avoir du poids, f.a.s. port cubain. Le prix du sucre est le prix du disponible fixé par la Bourse du café et du sucre de New-York en fonction du contrat No. 4, ou tout autre prix qui peut être fixé conformément au paragraphe 2 du présent article.

2. S'il ne peut disposer du prix visé au paragraphe 1 du présent article pour une période essentielle, le Conseil choisit tout autre critère qu'il juge bon.

3. Le Conseil peut modifier, par un Vote Spécial, les limites inférieure et supérieure de la zone de prix stabilisés qui est visée au paragraphe 1 du présent article.

Article 21

1.—(i) Si, à un moment donné, le Conseil décide que les conditions du marché rendent souhaitable une réduction des contingents effectifs d'exportation, destinée à empêcher le prix du sucre de descendre au-dessous du prix minimum établi aux termes de l'article 20, il peut effectuer toute réduction des contingents effectifs d'exportation qu'il juge nécessaire, proportionnellement aux tonnages de base d'exportation, sous réserve des dispositions de l'article 14 B.

den Rat aus nichtbeteiligten Ländern gemäß Artikel 7 importiert werden sollen, jedoch mit der Maßgabe, daß derartige Mengen nicht weiterverteilt zu werden brauchen, bis sie eine Höhe von insgesamt 5000 t erreichen. Weiterverteilungen gemäß diesem Unterabsatz erfolgen in der in Absatz (1) (i) dieses Artikels vorgesehenen Art und Weise.

(2) Ungeachtet der Bestimmungen des Artikels 11 kann der Rat, sofern er nach Fühlungnahme mit der Regierung eines beteiligten Exportlandes zu der Entscheidung gelangt, daß dieses Land nicht in der Lage ist, seine effektive Exportquote ganz oder teilweise auszunutzen, die Exportquoten anderer beteiligter Exportländer in der in Absatz (1) (i) dieses Artikels vorgesehenen Art und Weise anteilmäßig erhöhen; hierbei ist jedoch Voraussetzung, daß eine solche Maßnahme des Rates das betreffende Land nicht seines Rechtes beraubt, seine Exportquote zu erfüllen, die in Kraft war, bevor der Rat seine Entscheidung traf.

KAPITEL VIII

Stabilisierung der Preise

Artikel 20

(1) Im Sinne dieses Abkommens gilt der Zuckerpreis sowohl für Verbraucher als auch für Erzeuger als angemessen, wenn er innerhalb eines stabilisierten Preisbereichs von mindestens 3,25 cents und höchstens 4,35 cents US-Währung je lb (Handelsgewicht) f. a. s. kubanischer Hafen gehalten wird. Als Preis des Zuckers gilt der von der New-Yorker Kaffee- und Zuckerbörse in bezug auf den unter Weltkontrakt Nr. 4 fallenden Zucker gebildete Platzpreis oder gegebenenfalls irgendein anderer nach Absatz (2) dieses Artikels festgesetzter Preis.

(2) Für den Fall, daß der in Absatz (1) dieses Artikels erwähnte Preis für einen wesentlichen Zeitraum nicht zu ermitteln ist, wendet der Rat andere ihm zweckmäßig erscheinende Kriterien an.

(3) Die Mindest- und Höchstgrenzen des in Absatz (1) dieses Artikels angeführten stabilisierten Preisbereichs können vom Rat durch Sonderabstimmung geändert werden.

Artikel 21

(1) (i) Gelangt der Rat irgendwann zu der Entscheidung, daß die Marktverhältnisse eine Kürzung der effektiven Exportquoten ratsam erscheinen lassen, um das Absinken des Zuckerpreises unter die in Artikel 20 festgelegte Mindestgrenze zu verhindern, so kann er die von ihm für erforderlich gehaltene Kürzung der effektiven Exportquoten anteilmäßig zu den Export-Grundmengen, unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Artikels 14 B, vornehmen.

(ii) Notwithstanding the provisions of paragraph (1) (i) of this Article, whenever the average daily spot price of sugar for any one period of fifteen consecutive market days, has averaged less than the minimum price established under Article 20, the Council shall, within ten days of the end of such fifteen-day period, make such reduction as it deems necessary in the export quotas in effect, *pro rata* to the basic export tonnages and subject to the provisions of Article 14 B; provided that no further alteration in the export quotas in effect shall be made under this sub-paragraph within a period of fifteen consecutive market days from the date of any adjustment in quotas in effect, pursuant to the provisions of this sub-paragraph and of Article 22.

(iii) If the Council cannot agree within the said period of ten days upon the amount of the reduction under paragraph (1) (ii) of this Article, the export quotas in effect shall be reduced each time by 5 per cent. of the basic export tonnages, subject to the provisions of Article 14 B.

(iv) Notwithstanding the provisions of paragraphs (1) (i), (1) (ii) and (1) (iii) of this Article, if any country's export quota in effect has been reduced under Article 19 (1) (i), such reduction shall be deemed to form part of reductions made in the same quota year under the terms of the aforesaid sub-paragraphs.

(2) The Secretary of the Council shall notify the Governments of participating countries of each reduction made under this Article in the export quotas in effect.

(3) If any of the reductions provided for in the preceding paragraphs of this Article cannot be fully applied to the export quota in effect of an exporting country because, at the time the reduction is made, that country has already exported all or part of the amount of such reduction, a corresponding amount shall be deducted from the initial export quota of that country for the following quota year.

(ii) Nonobstant les dispositions de l'alinéa (i) ci-dessus, chaque fois que la moyenne des prix du sucre, établie pour une période de 15 jours de bourse consécutifs d'après les prix moyens quotidiens du disponible, est inférieure au prix minimum établi aux termes de l'article 20, le Conseil procède, dans les 10 jours qui suivent la fin de cette période de 15 jours de bourse, à la réduction des contingents effectifs d'exportation qu'il juge nécessaire, proportionnellement aux tonnages de base d'exportation et sous réserve des dispositions de l'article 14 B; étant entendu qu'il n'interviendra aucune autre modification des contingents effectifs d'exportation en vertu du présent alinéa pendant une période de 15 jours de bourse consécutifs suivant la date d'un ajustement des contingents effectifs réalisé conformément aux dispositions du présent alinéa ou de l'article 22.

(iii) Si le Conseil ne peut se mettre d'accord avant la fin de la période de 10 jours précitée sur le montant de la réduction à effectuer par application de l'alinéa (ii) ci-dessus, les contingents effectifs d'exportation sont réduits chaque fois d'une quantité égale à 5 % des tonnages de base d'exportation, sous réserve des dispositions de l'article 14 B.

(iv) Nonobstant les dispositions des alinéas (i), (ii) et (iii) ci-dessus, si le contingent effectif d'exportation d'un pays a été réduit conformément au paragraphe 1 (i) de l'article 19, cette réduction est considérée comme faisant partie des réductions effectuées au cours de la même année contingentaire aux termes des alinéas mentionnés ci-dessus.

2. Le Secrétaire du Conseil notifie aux Gouvernements des pays participants toute réduction des contingents effectifs d'exportation faite en application du présent article.

3. Si l'une des réductions prévues aux paragraphes précédents du présent article ne peut être entièrement appliquée au contingent effectif d'exportation d'un pays exportateur, du fait qu'au moment de cette réduction ce pays a déjà exporté tout ou partie de la quantité représentant cette réduction, une quantité correspondante est déduite du contingent initial d'exportation de ce pays pour l'année contingentaire suivante.

(ii) Liegt der durchschnittliche Tages-Platzpreis des Zuckers in einem Zeitraum von fünfzehn aufeinanderfolgenden Markttagen im Durchschnitt unter dem in Artikel 20 festgesetzten Mindestpreis, so nimmt der Rat ungeachtet der Bestimmungen des Absatzes (1) (i) dieses Artikels innerhalb von zehn Tagen nach Ablauf eines solchen Zeitraumes von fünfzehn Tagen die von ihm für erforderlich gehaltene Kürzung der effektiven Exportquoten anteilmäßig zu den Export-Grundmengen, unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Artikels 14 B mit der Maßgabe vor, daß keine weitere Abänderung der effektiven Exportquoten gemäß diesem Unterabsatz innerhalb eines Zeitraumes von fünfzehn aufeinanderfolgenden Markttagen, vom Datum der Revision der effektiven Exportquoten an gerechnet, auf Grund der Bestimmungen dieses Unterabsatzes und des Artikels 22 erfolgen darf.

(iii) Kann der Rat innerhalb der genannten Frist von zehn Tagen keine Übereinstimmung über den Umfang der Kürzung gemäß Absatz (1) (ii) dieses Artikels erzielen, so werden die effektiven Exportquoten jedesmal unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Artikels 14 B um 5 Prozent der Export-Grundmengen gekürzt.

(iv) Wird die effektive Exportquote eines Landes gemäß Artikel 19 (1) (i) gekürzt, so gilt eine derartige Kürzung ungeachtet der Bestimmungen der Absätze (1) (i), (1) (ii) und (1) (iii) dieses Artikels als Teil von Kürzungen, die im gleichen Quotenjahr gemäß den Bestimmungen der vorerwähnten Unterabsätze erfolgen.

(2) Der Sekretär des Rats unterrichtet die Regierungen der beteiligten Länder von jeder im Rahmen dieses Artikels vorgenommenen Kürzung der effektiven Exportquoten.

(3) Können die im vorhergehenden Absatz dieses Artikels vorgesehenen Kürzungen bei der effektiven Exportquote eines Exportlandes nicht in vollem Umfang vorgenommen werden, weil das betreffende Land zum Zeitpunkt der Kürzung die entsprechende Menge bereits ganz oder teilweise exportiert hat, so wird für das folgende Quotenjahr von der Export-Ausgangsquote dieses Landes die entsprechende Menge abgezogen

Article 22

(1) If, at any time, the Council decides that market conditions make it advisable to increase the export quotas in effect with a view to preventing the price of sugar from rising above the maximum price established under Article 20, it may make such increase in the export quotas in effect as it deems necessary pro rata to the basic export tonnages subject to the provisions of Article 14 B.

Article 22

1. Si, à un moment donné, le Conseil décide que les conditions du marché rendent souhaitable une augmentation des contingents effectifs d'exportation destinée à empêcher le prix du sucre de dépasser le prix maximum établi aux termes de l'article 20, il peut effectuer toute augmentation des contingents effectifs d'exportation qu'il juge nécessaire, proportionnellement aux tonnages de base d'exportation, sous réserve des dispositions de l'article 14 B.

Artikel 22

(1) Gelangt der Rat irgendwann zu der Entscheidung, daß die Marktverhältnisse eine Erhöhung der effektiven Exportquoten ratsam erscheinen lassen, um dadurch zu verhindern, daß der Zuckerpreis die in Artikel 20 festgelegte Höchstgrenze überschreitet, so kann er die von ihm für erforderlich gehaltene Erhöhung der effektiven Exportquoten anteilmäßig zu den Export-Grundmengen, unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Artikels 14 B, vornehmen.

(2)—(i) Notwithstanding the provisions of paragraph (1) of this Article, whenever the average daily spot price of sugar for any one period of fifteen consecutive market days has averaged more than the maximum price established under Article 20, the Council shall, within ten days of the end of such fifteen-day period, make such increases as it deems necessary in the export quotas in effect, *pro rata* to the basic export tonnages and subject to the provisions of Article 14 B; provided that no further alteration in the export quotas in effect shall be made under this sub-paragraph within a period of fifteen consecutive market days from the date of any adjustment in quotas in effect, pursuant to the provisions of this sub-paragraph and of Article 21.

(ii) If the Council cannot agree within the said period of ten days upon the amount of the increase under paragraph (2) (i) of this Article, the export quotas in effect shall be increased each time by 7½ per cent. of the basic export tonnages, subject to the provisions of Article 14 B.

(3) The Secretary of the Council shall notify the Governments of participating countries of each increase made under this Article in the export quotas in effect

2.—(i) Nonobstant les dispositions du paragraphe 1 du présent article, chaque fois que la moyenne des prix du sucre, établie pour une période de 15 jours de bourse consécutifs d'après les prix moyens quotidiens du disponible, est supérieure au prix maximum établi aux termes de l'article 20, le Conseil procède, dans les 10 jours qui suivent la fin de cette période de 15 jours de bourse, à l'augmentation des contingents effectifs d'exportation qu'il juge nécessaire, proportionnellement aux tonnages de base d'exportation et sous réserve des dispositions de l'article 14 B; étant entendu qu'il n'interviendra aucune autre modification des contingents effectifs d'exportation en vertu du présent alinéa, pendant une période de 15 jours de bourse consécutifs suivant la date d'un ajustement des contingents effectifs réalisé conformément aux dispositions du présent alinéa ou de l'article 21.

(ii) Si le Conseil ne peut se mettre d'accord avant la fin de la période de 10 jours précitée sur le montant de l'augmentation à effectuer par application de l'alinéa (i) ci-dessus, les contingents effectifs d'exportation sont augmentés chaque fois d'une quantité égale à 7,5 % des tonnages de base d'exportation, sous réserve des dispositions de l'article 14 B.

3. Le Secrétaire du Conseil notifie aux Gouvernements des pays participants toute augmentation des contingents effectifs d'exportation faite en application du présent article.

(2) (i) Liegt der durchschnittliche Tages-Platzpreis des Zuckers in einem Zeitraum von fünfzehn aufeinanderfolgenden Markttagen im Durchschnitt über dem in Artikel 20 festgesetzten Höchstpreis, so nimmt der Rat ungeachtet der Bestimmungen des Absatzes (1) dieses Artikels innerhalb von zehn Tagen nach Ablauf eines solchen Zeitraums von fünfzehn Tagen die von ihm für erforderlich gehaltene Erhöhung der effektiven Exportquoten anteilmäßig zu den Export-Grundmengen, und unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Artikels 14 B mit der Maßgabe vor, daß keine weitere Abänderung der effektiven Exportquoten gemäß diesem Unterabsatz innerhalb eines Zeitraumes von fünfzehn aufeinanderfolgenden Markttagen, vom Datum der Revision der effektiven Exportquoten an gerechnet, auf Grund der Bestimmungen dieses Unterabsatzes und des Artikels 21 erfolgen darf.

(ii) Kann der Rat innerhalb der genannten Frist von zehn Tagen keine Übereinstimmung über den Umfang der Erhöhung gemäß Absatz (2) (i) dieses Artikels erzielen, so werden die effektiven Exportquoten jedesmal um 7½ Prozent der Export-Grundmengen, unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Artikels 14 B, erhöht.

(3) Der Sekretär des Rates unterrichtet die Regierungen der beteiligten Länder von jeder im Rahmen dieses Artikels vorgenommenen Erhöhung der effektiven Exportquoten.

CHAPTER IX

General Limitation of Reductions in Export Quotas

Article 23

(1) Except in respect of penalties imposed under Article 12 and reductions made under Article 19 (1) (i), the export quota in effect of any participating exporting country listed in Article 14 (1) shall not be reduced below 80 per cent. of its basic export tonnage and all other provisions of this Agreement shall be construed accordingly; provided, however, that the export quota in effect of any participating exporting country having a basic export tonnage under Article 14 (1) of less than 50,000 tons shall not be reduced below 90 per cent. of its basic export tonnage.

(2) A reduction of quotas under Article 21 shall not be made within the last forty-five calendar days of the quota year.

CHAPITRE IX

Limitation générale des Réductions des Contingents d'Exportation

Article 23

1. Sans préjudice des sanctions imposées en vertu de l'article 12 et des réductions faites en vertu du paragraphe 1 (i) de l'article 19, les contingents effectifs d'exportation des pays exportateurs participants énumérés au paragraphe 1 de l'article 14 ne seront pas réduits au-dessous de 80 % des tonnages de base d'exportation, et toutes autres dispositions du présent Accord seront interprétées en conséquence; étant entendu toutefois que le contingent effectif d'exportation d'un pays exportateur participant qui dispose, aux termes du paragraphe 1 de l'article 14, d'un tonnage de base d'exportation inférieur à 50.000 tonnes ne sera pas réduit au-dessous de 90 % du tonnage de base d'exportation de ce pays.

2. Aucune réduction des contingents n'est effectuée par application de l'article 21 dans les 45 derniers jours de l'année contingentaire.

KAPITEL IX

Allgemeine Begrenzung von Kürzungen der Exportquoten

Artikel 23

(1) Mit Ausnahme der Bußen gemäß Artikel 12 und der Kürzungen gemäß Artikel 19 (1) (i) darf die effektive Exportquote eines der in Artikel 14 (1) aufgeführten beteiligten Exportländer nicht unter 80 Prozent seiner Export-Grundmenge gekürzt werden. Alle anderen Bestimmungen dieses Abkommens sind dementsprechend auszulegen. Hierbei ist jedoch Voraussetzung, daß die effektive Exportquote eines beteiligten Exportlandes, das nach Artikel 14 (1) eine Export-Grundmenge von weniger als 50 000 t hat, nicht unter 90 Prozent seiner Export-Grundmenge gekürzt wird.

(2) Eine Quotenkürzung gemäß Artikel 21 darf während der letzten fünfundvierzig Kalendertage des Quotenjahres nicht erfolgen.

CHAPTER X

Sugar Mixtures

Article 24

Should the Council at any time be satisfied that as the result of a material increase in the exportation or use of sugar mixtures, those products are taking the place of sugar to such an extent as to prevent full effect being given to the purpose of this Agreement it may resolve that such products or any of them shall be deemed to be sugar, in respect of their sugar content, for the purposes of the Agreement; provided that the Council shall, for the purpose of calculating the amount of sugar to be charged to the export quota of any participating country, exclude the sugar equivalent of any quantity of such products which has normally been exported from that country prior to the coming into force of this Agreement.

CHAPITRE X

Mélanges contenant du Sucre

Article 24

Si le Conseil vient à acquérir la conviction que, par suite d'un accroissement notable des exportations ou de l'utilisation de mélanges contenant du sucre, ces mélanges tendent à se substituer au sucre au point d'empêcher le présent Accord de produire son plein effet, il peut décider que ces produits ou certains d'entre eux sont considérés comme sucre aux fins du présent Accord à concurrence de leur teneur en sucre; étant entendu que, pour le calcul de la quantité de sucre à imputer sur le contingent d'exportation d'un pays participant, le Conseil ne tient pas compte de l équivalent en sucre des quantités de ces produits correspondant à celle que le pays en question exportait normalement avant l'entrée en vigueur du présent Accord.

KAPITEL X

Zuckerhaltige Mischungen

Artikel 24

Gelangt der Rat zu irgendeinem Zeitpunkt zu der Überzeugung, daß als Ergebnis einer wesentlichen Steigerung des Exports oder der Verwendung von zuckerhaltigen Mischungen derartige Erzeugnisse den Zucker so weitgehend ersetzen, daß dadurch die volle Wirksamkeit dieses Abkommens unterbunden wird, so kann er beschließen, daß derartige Erzeugnisse oder einige von ihnen hinsichtlich ihres Zuckergehalts als Zucker im Sinne dieses Abkommens gelten. Dabei ist Voraussetzung, daß der Rat bei der Ermittlung der auf die Exportquote eines beteiligten Landes anzurechnenden Zuckermenge diejenige Zuckermenge unberücksichtigt läßt, die normalerweise von dem betreffenden Land vor Inkrafttreten dieses Abkommens in Form solcher Erzeugnisse exportiert wurde.

CHAPTER XI

Monetary Difficulties

Article 25

(1) If, during the term of this Agreement the Government of a participating importing country considers that it is necessary for it to forestall the imminent threat of, or to stop or to correct a serious decline in its monetary reserves, it may request the Council to modify particular obligations of this Agreement.

(2) The Council shall consult fully with the International Monetary Fund on questions raised by such request and shall accept all findings of statistical and other facts made by the Fund relating to foreign exchanges, monetary reserves and balance of payments, and shall accept the determination of the Fund as to whether the country involved has experienced or is imminently threatened with a serious deterioration in its monetary reserves. If the country in question is not a member of the International Monetary Fund and requests that the Council should not consult the Fund, the issues involved shall be examined by the Council without such consultation.

(3) In either event, the Council shall discuss the matter with the Government of the importing country. If the Council decides that the representations are well founded and that the country is being prevented from obtaining a sufficient amount of sugar to meet its consumption requirements consistently with the terms of this Agreement, the Council may modify the obligations of such Government or of the Government of any exporting

CHAPITRE XI

Difficultés monétaires

Article 25

1. Si, pendant la durée du présent Accord, le Gouvernement d'un pays importateur participant considère qu'il lui est nécessaire soit de prévenir la menace imminente d'une importante diminution de ses réserves monétaires, soit d'enrayer ou de corriger une telle diminution, ce Gouvernement peut demander au Conseil de modifier certaines obligations particulières qui lui incombent en vertu du présent Accord.

2. Le Conseil étudie d'une manière approfondie, en consultation avec le Fonds Monétaire International, les questions soulevées par de telles demandes et accepte toutes les constatations, émanant du Fonds, de faits de caractère statistique ou autre relatifs aux changes, aux réserves monétaires et à la balance des paiements; il accepte également la décision du Fonds sur le point de savoir si le pays en cause a subi une détérioration appréciable de ses réserves monétaires ou en est menacé dans l'immédiat. Si le pays en cause n'est pas membre du Fonds Monétaire International et demande que le Conseil ne consulte pas le Fonds, le Conseil examine l'affaire sans procéder à cette consultation.

3. Dans l'un et l'autre cas, le Conseil examine la question avec le Gouvernement du pays importateur. Si le Conseil décide que la requête est fondée et que le pays en cause ne peut obtenir une quantité de sucre suffisante pour répondre aux besoins de sa consommation en respectant les dispositions du présent Accord, le Conseil peut modifier les obligations incombant en vertu du présent Accord audit Gouvernement ou au Gouvernement de

KAPITEL XI

Währungsschwierigkeiten

Artikel 25

(1) Glaubt die Regierung eines beteiligten Importlandes während der Dauer dieses Abkommens, der drohenden Gefahr einer ernsthaften Verringerung ihrer Reserven an Zahlungsmitteln zuvorkommen, eine solche aufhalten oder beheben zu müssen, so kann sie den Rat um eine Revision bestimmter Verpflichtungen aus diesem Abkommen bitten.

(2) Über die durch einen solchen Antrag aufgeworfenen Fragen nimmt der Rat enge Fühlung mit dem Internationalen Währungsfonds auf. Er erkennt alle statistischen und sonstigen Feststellungen des Währungsfonds bezüglich Devisen, Reserven an Zahlungsmitteln und Zahlungsbilanzen an und macht sich die Entscheidung des Währungsfonds darüber zu eigen, ob das betreffende Land eine ernsthafte Verschlechterung seiner Reserven an Zahlungsmitteln erlitten hat oder ob eine solche unmittelbar bevorsteht. Ist das betreffende Land nicht Mitglied des Internationalen Währungsfonds und stellt es den Antrag, daß dieser nicht zu Rate gezogen werden soll, so werden die diesbezüglichen Probleme vom Rat ohne eine solche Fühlungnahme geprüft.

(3) In jedem Falle erörtert der Rat die Angelegenheit mit der Regierung des Importlandes. Gelangt der Rat zu der Entscheidung, daß die Vorstellungen begründet sind und das Land daran gehindert wird, sich eine ausreichende Zuckermenge zu beschaffen, um seinen Konsumbedarf im Rahmen der Bestimmungen dieses Abkommens zu befriedigen, so kann er die Verpflichtung der betreffenden Regierung oder der Regierung eines Exportlandes

country under this Agreement in such manner and for such time as the Council deems necessary to permit such importing country to secure a more adequate supply of sugar with its available resources.

tout pays exportateur, dans telle mesure et pour tel délai que le Conseil estime nécessaires pour permettre audit pays importateur de s'assurer un approvisionnement plus satisfaisant de sucre au moyen des ressources dont il dispose.

im Rahmen dieses Abkommens in der Weise und für den Zeitraum revidieren, die er für erforderlich hält, um dem betreffenden Importland eine angemessenere Zuckerversorgung mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu ermöglichen.

CHAPTER XII

Studies by the Council

Article 26

(1) The Council shall consider and make recommendations to the Governments of participating countries concerning ways and means of securing appropriate expansion in the consumption of sugar, and may undertake studies of such matters as:—

(i) The effects of

a) taxation and restrictive measures and

b) economic, climatic and other conditions on the consumption of sugar in the various countries;

(ii) Means of promoting consumption, particularly in countries where consumption *per caput* is low;

(iii) The possibility of co-operative publicity programmes with similar agencies concerned with the expansion of consumption of other foodstuffs;

(iv) Progress of research into new uses of sugar, its by-products, and the plants from which it is derived.

(2) Furthermore, the Council is authorised to make and arrange for other studies, including studies of the various forms of special assistance to the sugar industry, for the purpose of assembling comprehensive information and for the formulation of proposals which the Council deems relevant to the attainment of the general objectives set forth in Article 1 or relevant to the solution of the commodity problem involved. Any such studies shall relate to as wide a range of countries as practicable and shall take into consideration the general social and economic conditions of the countries concerned.

(3) The studies undertaken pursuant to paragraphs (1) and (2) of this Article shall be carried out in accordance with such terms as may be laid down by the Council, and in consultation with the Participating Governments.

(4) The Governments concerned agree to inform the Council of the results of their consideration of the recommendations and proposals referred to in this Article.

CHAPITRE XII

Etudes par le Conseil

Article 26

1. Le Conseil examine les moyens d'assurer une augmentation convenable de la consommation du sucre, et fait des recommandations à ce sujet aux Gouvernements des pays participants; il peut entreprendre des études sur des questions telles que:

(i) les effets sur la consommation du sucre dans les divers pays

a) de la fiscalité et des mesures restrictives et

b) des conditions économiques, climatiques et autres;

(ii) les moyens d'augmenter la consommation, surtout dans les pays où la consommation par tête est basse;

(iii) la possibilité d'établir des programmes de publicité en coopération avec des organismes similaires intéressés à l'accroissement de la consommation d'autres produits alimentaires;

(iv) le progrès des recherches sur de nouvelles utilisations du sucre, de ses sous-produits et des plantes dont il provient.

2. En outre, le Conseil est autorisé à entreprendre ou à faire entreprendre d'autres travaux, notamment la recherche de renseignements détaillés se rapportant à une aide spéciale sous différentes formes à l'industrie sucrière afin de pouvoir formuler toutes suggestions qu'il estime appropriées quant aux objectifs d'ensemble énumérés à l'article 1 et aux problèmes concernant le produit de base en cause. Toutes ces études doivent se rapporter à un nombre de pays aussi étendu que possible, et tenir compte des conditions générales sociales et économiques des pays intéressés.

3. Les études entreprises en vertu des paragraphes 1 et 2 du présent article sont effectuées conformément aux directives éventuelles du Conseil et en consultation aves les Gouvernements participants

4 Les Gouvernements intéressés conviennent de faire part au Conseil des conclusions auxquelles les conduit l'examen des recommandations et des propositions mentionnées au présent article.

KAPITEL XII

Untersuchungen des Rates

Artikel 26

(1) Der Rat untersucht Mittel und Wege zur Sicherung einer angemessenen Steigerung des Zuckerverbrauchs und unterbreitet den Regierungen der beteiligten Länder diesbezügliche Empfehlungen; er kann Untersuchungen durchführen über Angelegenheiten wie

(i) Auswirkungen von

a) Steuern und beschränkenden Maßnahmen und

b) wirtschaftlichen, klimatischen und sonstigen Bedingungen auf den Zuckerverbrauch in den verschiedenen Ländern;

(ii) Maßnahmen zur Konsumförderung, insbesondere in Ländern mit niedrigem Verbrauch je Kopf der Bevölkerung;

(iii) Möglichkeiten gemeinschaftlicher Werbeprogramme mit ähnlichen Stellen, die sich mit der Konsumsteigerung anderer Nahrungsmittel befassen;

(iv) Fortschritte in der Erforschung neuer Verwertungsmöglichkeiten für Zucker, seine Nebenerzeugnisse und die Pflanzen, aus denen er gewonnen wird.

(2) Darüber hinaus ist der Rat befugt, andere Untersuchungen durchzuführen oder einzuleiten. Hierzu gehören Untersuchungen über die verschiedenen Formen besonderer Unterstützung der Zuckerindustrie. Dies soll der Zusammenstellung umfassenden Unterlagenmaterials und der Formulierung von Vorschlägen dienen, die der Rat für die Erreichung der in Artikel 1 festgelegten allgemeinen Ziele oder für die Lösung des Zuckerproblems für wichtig hält. Alle derartigen Untersuchungen haben sich auf möglichst zahlreiche Länder zu erstrecken und die allgemeinen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der betreffenden Länder zu berücksichtigen.

(3) Die gemäß den Absätzen (1) und (2) dieses Artikels eingeleiteten Untersuchungen werden in Übereinstimmung mit den vom Rat festgelegten Richtlinien und in Fühlungnahme mit den beteiligten Regierungen durchgeführt.

(4) Die betreffenden Regierungen sind einverstanden, den Rat über die Ergebnisse ihrer Prüfung der in diesem Artikel erwähnten Empfehlungen und Vorschläge zu unterrichten.

CHAPTER XIII

Administration

Article 27

(1) An International Sugar Council ist hereby established to administer this Agreement.

(2) Each Participating Government shall be a voting member of the Council and shall have the right to be represented on the Council by one delegate and may designate alternate delegates. A delegate or alternate delegates may be accompanied at meetings of the Council by such advisers as each Participating Government deems necessary.

(3) The Council shall elect a non-voting Chairman who shall hold office for one quota year and shall serve without pay. He shall be selected alternately from among the delegations of the importing and exporting participating countries.

(4) The Council shall elect a Vice-Chairman who shall hold office for one quota year and shall serve without pay. He shall be selected alternately from among the delegations of the exporting and importing participating countries.

(5) The Council is authorized, after consultation with the International Sugar Council established under the International Agreement regarding the Regulation of Production and Marketing of Sugar signed in London, May 6, 1937, to accept the records, assets and liabilities of that body.

(6) The Council shall have in the territory of each Participating Government and to the extent consistent with its laws, such legal capacity as may be necessary in discharging its functions under this Agreement.

Article 28

(1) The Council shall adopt rules of procedure which shall be consistent with the terms of this Agreement, and shall keep such records as are required to enable it to discharge its functions under this Agreement and such other records as it considers desirable. In the case of inconsistency between the rules of procedure so adopted and the terms of this Agreement, the Agreement shall prevail.

(2) The Council shall publish at least once a year a report of its activities and of the operation of this Agreement.

(3) The Council shall develop, prepare and publish such reports, studies, charts, analyses and other data as it may deem desirable and helpful.

(4) The Participating Governments undertake to make available and supply all such statistics and information as are necessary to the Council or

CHAPITRE XIII

Administration

Article 27

1. Il est institué un Conseil international du sucre en vue d'administrer le présent Accord.

2. Chaque Gouvernement participant est membre du Conseil avec droit de vote; il a le droit de se faire représenter au Conseil par un délégué, et il peut désigner des suppléants. Le délégué et les suppléants peuvent être accompagnés aux réunions du Conseil par des conseillers dans la mesure où chaque Gouvernement participant l'estime nécessaire.

3. Le Conseil élit un Président qui n'a pas le droit de vote et qui demeure en fonctions pendant une année contingentaire. Le Président n'est pas rétribué; il est choisi alternativement parmi les délégations des pays importateurs et des pays exportateurs participants.

4. Le Conseil élit un Vice-Président qui demeure en fonctions pendant une année contingentaire. Le Vice-Président n'est pas rétribué; il est choisi alternativement parmi les délégations des pays exportateurs et des pays importateurs participants.

5. Le Conseil est autorisé, après consultation avec le Conseil international du sucre institué en vertu de l'Accord international pour la réglementation de la production et de l'écoulement du sucre sur le marché, signé à Londres le 6 mai 1937, à prendre en charge les archives, les avoirs et les dettes de cet organisme.

6. Le Conseil a, sur le territoire de chaque pays participant, et pour autant que le permet la législation de celui-ci, la capacité juridique nécessaire à l'exercice des fonctions que lui confère le présent Accord.

Article 28

1. Le Conseil établit un règlement intérieur conforme aux dispositions du présent Accord. Il tient la documentation qui lui est nécessaire pour remplir les fonctions qui lui sont dévolues par le présent Accord, ainsi que toute autre documentation qu'il juge souhaitable. En cas de conflit entre le règlement intérieur ainsi adopté et les dispositions du présent Accord, l'Accord prévaut.

2. Le Conseil publie, au moins une fois par an, un rapport sur ses activités et sur le fonctionnement du présent Accord.

3. Le Conseil établit, prépare et publie tous rapports, études, graphiques, analyses et autres documents qu'il peut juger désirables et utiles.

4. Les Gouvernements participants s'engagent à rendre disponibles et à fournir toutes les statistiques et informations nécessaires au Conseil et au

KAPITEL XIII

Verwaltung

Artikel 27

(1) Hiermit wird ein Internationaler Zuckerrat errichtet, der dieses Abkommen verwaltungstechnisch durchführt.

(2) Jede beteiligte Regierung ist stimmberechtigtes Mitglied des Rates und hat das Recht, im Rat durch einen Delegierten vertreten zu sein. Sie kann stellvertretende Delegierte bestimmen. Delegierte oder stellvertretende Delegierte können bei Tagungen des Rates von Beratern begleitet werden, soweit die beteiligte Regierung dies für notwendig erachtet.

(3) Der Rat wählt einen nichtstimmberechtigten Vorsitzenden; dieser bleibt ein Quotenjahr lang im Amt und versieht seinen Dienst ehrenamtlich. Er wird abwechselnd aus den Delegationen der beteiligten Import- und Exportländer gewählt.

(4) Der Rat wählt einen stellvertretenden Vorsitzenden; dieser bleibt ein Quotenjahr lang im Amt und versieht seinen Dienst ehrenamtlich. Er wird abwechselnd aus den Delegationen der beteiligten Import- und Exportländer gewählt.

(5) Der Rat ist befugt, nach Beratung mit dem Internationalen Zuckerrat, der auf Grund des am 6. Mai 1937 in London unterzeichneten Internationalen Abkommens zur Regelung der Zuckererzeugung und des Zuckerabsatzes errichtet wurde, dessen Akten, Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zu übernehmen.

(6) Der Rat besitzt im Gebiet einer jeden beteiligten Regierung, soweit dies mit ihren Gesetzen vereinbar ist, die Rechtsfähigkeit, die zur Erfüllung der ihm aus diesem Abkommen erwachsenden Aufgaben erforderlich ist.

Artikel 28

(1) Der Rat beschließt eine Geschäftsordnung, die mit den Bestimmungen dieses Abkommens im Einklang stehen muß; er führt die Akten, die erforderlich sind, um die ihm aus diesem Abkommen erwachsenden Aufgaben erfüllen zu können, und ferner alle Akten, die er für zweckmäßig hält. Sollte sich zwischen der Geschäftsordnung und den Bestimmungen dieses Abkommens ein Widerspruch ergeben, so ist das Abkommen maßgebend.

(2) Der Rat veröffentlicht mindestens einmal jährlich einen Bericht über seine Tätigkeit und die Durchführung dieses Abkommens.

(3) Berichte, Untersuchungen, Tabellen, Auswertungen und andere Unterlagen, die der Rat für erwünscht und zweckdienlich hält, werden von ihm in die Wege geleitet, ausgearbeitet und veröffentlicht.

(4) Die beteiligten Regierungen verpflichten sich, dem Rat oder dem Exekutiv-Ausschuß alle statistischen Unterlagen und Angaben zugänglich zu

the Executive Committee to enable it to discharge its functions under this Agreement.

(5) The Council may appoint such permanent or temporary Committees as it considers advisable in order to assist it in performing its functions unter this Agreement.

(6) The Council may, by a Special Vote, delegate to the Executive Committee set up under Article 37 the exercise of any of its powers and functions other than those requiring a decision by Special Vote under this Agreement. The Council may, at any time, revoke such a delegation by a majority of the votes cast.

(7) The Council shall perform such other functions as are necessary to carry out the terms of this Agreement.

Article 29

The Council shall appoint an Executive Director, who shall be its senior full-time paid officer, a Secretary and such staff as may be required for the work of the Council and its Committees. It shall be a condition of employment of these officers and of the staff they do not hold or shall cease to hold financial interest in the sugar industry or in the trade in sugar and that they shall not seek or receive instructions regarding their duties under this Agreement from any Government or from any other Authority external to the Council.

Article 30

(1) The Council shall select its seat. Its meeting shall be held at its seat, unless the Council decides to hold a particular meeting elsewhere.

(2) The Council shall meet at least once a year. It may be convened at any other time by its Chairman.

(3) The Chairman shall convene a session of the Council if so requested by: —

(i) Five Participating Governments, or

(ii) Any Participating Government or Governments holding not less than 10 per cent. of the total votes, or

(iii) The Executive Committee.

Article 31

The presence of delegates holding 75 per cent. of the total votes of the Participating Governments shall be necessary to constitute a quorum at any meeting of the Council, but if no such quorum is present on the day fixed for a meeting of the Council which has been called pursuant to

Comité exécutif pour permettre à ceux-ci de remplir les fonctions qui leur sont dévolues par le présent Accord.

5. Le Conseil peut nommer les comités permanents ou temporaires qu'il juge désirables en vue de l'assister dans l'exercice des fonctions qui lui sont dévolues par le présent Accord.

6. Le Conseil peut, par un Vote Spécial, déléguer au Comité exécutif établi par l'article 37 l'exercice de n'importe lesquels de ses pouvoirs et fonctions autres que ceux exigeant une décision par Vote Spécial aux termes du présent Accord. Le Conseil peut, à tout moment, révoquer une telle délégation à la majorité des suffrages exprimés.

7. Le Conseil exerce toutes autres fonctions nécessaires à l'exécution des dispositions du présent Accord.

Article 29

Le Conseil nomme un Directeur exécutif qui est son plus haut fonctionnaire rétribué à temps complet, un Secrétaire, et le personnel estimé nécessaire aux travaux du Conseil et de ses Comités. Il est imposé comme condition d'emploi à ces fonctionnaires et au personnel de ne pas détenir d'intérêt financier, ou de renoncer à tout intérêt financier dans l'industrie sucrière ou dans le commerce du sucre, et de ne solliciter ni recevoir d'un Gouvernement ou d'une autorité extérieure au Conseil d'instructions relatives aux fonctions qu'ils exercent aux termes du présent Accord.

Article 30

1. Le Conseil détermine le lieu de son siège. Il y tient ses réunions, à moins qu'il ne décide de tenir une réunion particulière en un autre lieu.

2. Le Conseil se réunit au moins une fois par an. Il peut être convoqué à tout autre moment par son Président.

3. Le Président convoque une session du Conseil si demande en est faite par:

(i) cinq Gouvernements participants; ou,

(ii) un ou plusieurs Gouvernements participants détenant au moins 10 % du total des voix; ou,

(iii) le Comité exécutif.

Article 31

La présence de représentants détenant 75 % du total des voix des Gouvernements participants est nécessaire pour constituer le quorum à toute réunion du Conseil. Cependant, si ce quorum n'est pas atteint le jour fixé pour une réunion du Conseil convoquée conformément à l'article 30, ladite

machen und zu liefern, die er benötigt, um die ihm auf Grund dieses Abkommens erwachsenden Aufgaben zu erfüllen.

(5) Der Rat kann die ständigen oder zeitweiligen Ausschüsse einsetzen, die er für zweckmäßig hält, um ihn bei der Erfüllung der ihm aus diesem Abkommen erwachsenden Aufgaben zu unterstützen.

(6) Durch Sonderabstimmung kann der Rat dem auf Grund des Artikels 37 errichteten Exekutiv-Ausschuß die Ausübung irgendeiner seiner Vollmachten oder Aufgaben übertragen, mit Ausnahme derjenigen, die gemäß diesem Abkommen eines Beschlusses durch Sonderabstimmung bedürfen. Der Rat kann eine solche Übertragung jederzeit durch die Mehrheit der abgegebenen Stimmen widerrufen.

(7) Der Rat übt darüber hinaus alle sonstigen Funktionen aus, die zur Erfüllung der Bestimmungen dieses Abkommens erforderlich sind.

Artikel 29

Der Rat bestellt einen geschäftsführenden Direktor, der sein höchster, hauptamtlicher, bezahlter Beamter ist, einen Sekretär und das für die Durchführung der Arbeit des Rates und seiner Ausschüsse erforderliche Personal. Vorbedingung für die Einstellung dieser Beamten und des Personals ist, daß sie an Zuckerindustrie oder Zuckerhandel nicht finanziell beteiligt sind oder derartige Beteiligungen aufgeben, und daß sie keinerlei Instruktionen bezüglich ihrer dienstlichen Aufgaben auf Grund dieses Abkommens von irgendeiner Regierung oder irgendeiner anderen Behörde außerhalb des Rates erbitten oder entgegennehmen.

Artikel 30

(1) Der Rat wählt seinen Dienstsitz. Er tritt an seinem Sitz zusammen, es sei denn, daß er in einzelnen Fällen beschließt, anderswo zusammenzutreten.

(2) Der Rat tritt mindestens einmal jährlich zusammen. Er kann darüber hinaus jederzeit von seinem Vorsitzenden einberufen werden.

(3) Der Vorsitzende beruft eine Tagung des Rates ein, wenn dies gewünscht wird

(i) von fünf beteiligten Regierungen oder

(ii) von einer oder mehreren beteiligten Regierungen, die mindestens 10 Prozent der Gesamtstimmenzahl besitzen, oder

(iii) vom Exekutiv-Ausschuß.

Artikel 31

Zur Beschlußfähigkeit einer Tagung des Rates ist die Anwesenheit von Delegierten mit 75 Prozent der Gesamtstimmen der beteiligten Regierungen erforderlich. Wird an dem Tage, zu dem gemäß Artikel 30 eine Tagung des Rates einberufen wurde, die Beschlußfähigkeit nicht erreicht, so wird diese

Article 30, such meeting shall be held seven days later and the presence of delegates holding 50 per cent. of the total votes of the Participating Governments shall then constitute a quorum.

réunion se tiendra sept jours plus tard et la présence de représentants détenant 50 % du total des voix des Gouvernements participants constituera alors le quorum.

Tagung sieben Tage später abgehalten. Diese ist dann beschlußfähig, wenn die anwesenden Delegierten 50 Prozent der Gesamtstimmen der beteiligten Regierungen besitzen.

Article 32

The Council may make decisions, without holding a meeting, by correspondence between the Chairman and the Participating Governments provided that no Participating Government makes objection to this procedure. Any decision so taken shall be communicated to all the Participating Governments as soon as possible and shall be set forth in the minutes of the next meeting of the Council.

Article 32

Le Conseil peut prendre des décisions sans tenir de réunion, par un échange de correspondance entre le Président et les Gouvernements participants, sous réserve qu'aucun Gouvernement participant ne fasse objection à cette procédure. Toute décision ainsi prise est communiquée le plus rapidement possible à tous les Gouvernements participants, et elle est consignée au procès-verbal de la réunion suivante du Conseil.

Artikel 32

Ohne eine Tagung abzuhalten, kann der Rat durch Schriftverkehr zwischen dem Vorsitzenden und den beteiligten Regierungen Beschlüsse fassen, vorausgesetzt, daß keine beteiligte Regierung gegen dieses Verfahren Einspruch erhebt. Jeder auf diese Weise gefaßte Beschluß ist allen beteiligten Regierungen so bald wie möglich mitzuteilen und im Protokoll der nächsten Tagung des Rates festzuhalten.

Article 33

The votes to be exercised by the respective delegations of importing countries on the Council shall be as follows:—

Austria	20
Canada	80
Ceylon	30
Federal Republic of Germany	60
Greece	25
Israel	20
Japan	100
Jordan	15
Lebanon	20
Norway	30
Portugal	30
Saudi Arabia	15
Spain	20
Switzerland	45
United Kingdom	245
United States	245
Total	1,000

Article 33

Les voix dont disposent les délégations des pays importateurs au Conseil sont réparties comme suit:

Autriche	20
Canada	80
Ceylan	30
République Fédérale d'Allemagne	60
Grèce	25
Israël	20
Japon	100
Jordanie	15
Liban	20
Norvège	30
Portugal	30
Arabie Saoudite	15
Espagne	20
Suisse	45
Royaume-Uni	245
Etats-Unis d'Amérique	245
Total	1.000

Artikel 33

Die Stimmen der Delegationen der im Rat vertretenen Importländer verteilen sich wie folgt:

Österreich	20
Kanada	80
Ceylon	30
Bundesrepublik Deutschland	60
Griechenland	25
Israel	20
Japan	100
Jordanien	15
Libanon	20
Norwegen	30
Portugal	30
Saudi-Arabien	15
Spanien	20
Schweiz	45
Vereinigtes Königreich	245
U.S.A.	245
Insgesamt	1000

Article 34

The votes to be exercised by the respective delegations of exporting countries on the Council shall be as follows:—

Australia	45
Belgium	20
Brazil	50
China	65
Cuba	245
Czechoslovakia	45
Denmark	20
Dominican Republic	65
France (and the countries which France represents internationally)	35
Haiti	20
Hungary	20
India	30
Indonesia	40
Mexico	25
Netherlands	20
Nicaragua	15
Peru	40
Philippines	25
Poland	40
South Africa	20
U.S.S.R.	100
Yugoslavia	15
Total	1,000

Article 34

Les voix dont disposent les délégations des pays exportateurs au Conseil sont réparties comme suit:

Australie	45
Belgique	20
Brésil	50
Chine	65
Cuba	245
Tchécoslovaquie	45
Danemark	20
République dominicaine	65
France (et les pays dont la France assure la représentation internationale)	35
Haïti	20
Hongrie	20
Inde	30
Indonésie	40
Mexique	25
Pays-Bas	20
Nicaragua	15
Pérou	40
Philippines	25
Pologne	40
Union Sud-Africaine	20
Union des Républiques Socialistes Soviétiques	100
Yougoslavie	15
Total	1.000

Artikel 34

Die Stimmen der Delegationen der im Rat vertretenen Exportländer verteilen sich wie folgt:

Australien	45
Belgien	20
Brasilien	50
China	65
Kuba	245
Tschechoslowakei	45
Dänemark	20
Dominikanische Republik	65
Frankreich (und die Länder, die Frankreich international vertritt)	35
Haiti	20
Ungarn	20
Indien	30
Indonesien	40
Mexiko	25
Niederlande	20
Nicaragua	15
Peru	40
Philippinen	25
Polen	40
Südafrika	20
U.d.S.S.R.	100
Jugoslawien	15
Insgesamt	1000

Article 35

Whenever the membership of this Agreement changes or when any country is suspended from voting or recovers its votes under any provision of this Agreement, the Council shall redistribute the votes within each group (importing countries and exporting countries; having regard in respect of importing countries to their average imports over the two preceding years, and in respect of exporting countries having regard to the ratio 40 to 60 to their average production over the two preceding years and to the basic export tonnages allotted to them; provided that in no case shall any country have less than 15 or more than 245 votes and that there shall be no fractional votes.

Article 35

Chaque fois qu'intervient un changement dans la participation au présent Accord ou qu'un pays est suspendu de son droit de vote ou est rétabli dans ce droit en vertu d'une disposition du présent Accord, le Conseil redistribue les voix au sein de chaque groupe (pays importateurs et pays exportateurs), en tenant compte, pour les pays importateurs, du montant moyen de leurs importations pour les deux années précédentes, et, pour les pays exportateurs, dans la proportion respective de 40 et de 60, de leur production moyenne des deux années précédentes et du tonnage de base d'exportation qui leur est attribué; sous réserve que, dans aucun cas, un pays ne puisse disposer de moins de 15 voix et de plus de 245 voix et qu'il n'y ait pas de fractions de voix.

Artikel 35

Jedesmal, wenn sich die Zusammensetzung der Mitgliedschaft dieses Abkommens ändert oder wenn ein Land auf Grund einer Bestimmung dieses Abkommens von der Stimmabgabe zeitweilig ausgeschlossen wird oder aber seine Stimmen zurückerhält, verteilt der Rat die Stimmen innerhalb einer jeden Gruppe (Importländer und Exportländer) von neuem. Dies geschieht, indem er bei den Importländern ihre durchschnittlichen Einfuhren der zwei vorhergehenden Jahre und bei den Exportländern ihre Durchschnittserzeugung der zwei vorhergehenden Jahre sowie die ihnen zugeteilten Export-Grundmengen im Verhältnis 40 zu 60 berücksichtigt. In keinem Fall darf ein Land weniger als 15 oder mehr als 245 Stimmen haben; auch darf es keine Bruchteile von Stimmen geben.

Article 36

(1) Except where otherwise specifically provided for in this Agreement, decisions of the Council shall be by a majority of the votes cast by the exporting countries and a majority of the votes cast by the importing countries provided that the latter majority shall consist of votes cast by not less than one-third in number of the importing countries present and voting.

(2) When a Special Vote is required, decisions of the Council shall be by at least two-thirds of the votes cast, which shall include a majority of the votes cast by the exporting countries and a majority of the votes cast by the importing countries; provided that the latter majority shall consist of votes cast by not less than one-third in number of the importing countries present and voting.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraphs (1) and (2) of this Article, at any session of the Council convened in accordance with Article 30 (3) (i) or Article 30 (3) (ii) to deal with any question relating to Articles 21 and 22, decisions of the Council on action taken by the Executive Committee under the said Articles shall be by a simple majority of the votes cast by the participating countries present and voting taken as a whole.

(4) The Government of any participating exporting country may authorize the voting delegate of any other exporting country and the Government of any participating importing country may authorize the voting delegate of any other importing country to represent its interests and to exercise its votes at any meeting or meetings of the Council. Evidence of such authorization satisfactory to the Council shall be submitted to the Council.

Article 36

1. A l'exception de cas où le présent Accord prévoit expressément une autre procédure, les décisions du Conseil sont prises à la majorité des suffrages exprimés par les pays exportateurs et à la majorité des suffrages exprimés par les pays importateurs, à condition que cette dernière majorité soit l'expression des suffrages d'un tiers au moins du nombre des pays importateurs présents et votants.

2. Lorsqu'un Vote Spécial est exigé, les décisions du Conseil sont prises à la majorité des deux tiers au moins des suffrages exprimés, comprenant une majorité simple des suffrages exprimés par les pays exportateurs et une majorité simple des suffrages exprimés par les pays importateurs, à condition que cette dernière majorité soit l'expression des suffrages d'un tiers au moins du nombre des pays importateurs présents et votants.

3. Nonobstant les dispositions des paragraphes 1 et 2 du présent article, à toute session du Conseil convoquée conformément au paragraphe 3 (i) de l'article 30 ou au paragraphe 3 (ii) de l'article 30 pour traiter de l'une des questions relatives aux articles 21 et 22, les décisions du Conseil relatives à l'action du Comité exécutif pour l'application desdits articles sont prises à la majorité simple des suffrages exprimés par les pays participants présents et votants pris dans leur ensemble.

4. Le Gouvernement d'un pays exportateur participant peut autoriser le délégué votant d'un autre pays exportateur, et le Gouvernement d'un pays importateur participant peut autoriser le délégué votant d'un autre pays importateur à représenter ses intérêts et à exercer son droit de vote à une ou à plusieurs réunions du Conseil. Une attestation de cette autorisation doit être soumise au Conseil sous une forme considérée par celui-ci comme satisfaisante.

Artikel 36

(1) Außer in den Fällen, für die in diesem Abkommen ausdrücklich etwas anderes vorgesehen ist, werden die Beschlüsse des Rates mit der Mehrheit der von den Exportländern und der Mehrheit der von den Importländern abgegebenen Stimmen gefaßt; Voraussetzung dabei ist, daß letztere Stimmenmehrheit aus mindestens einem Drittel der anwesenden abstimmenden Importländer besteht.

(2) Ist eine Sonderabstimmung erforderlich, so werden die Beschlüsse des Rates mit mindestens zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen gefaßt, die eine Mehrheit der von den Exportländern und eine Mehrheit der von den Importländern abgegebenen Stimmen enthalten müssen. Voraussetzung dabei ist, daß letztere Stimmenmehrheit aus mindestens einem Drittel der anwesenden abstimmenden Importländer besteht.

(3) Ungeachtet der Bestimmungen der Absätze (1) und (2) dieses Artikels können auf einer Tagung des Rates, die gemäß Artikel 30 (3) (i) oder (30) (3) (ii) zur Behandlung einer sich auf Artikel 21 oder 22 beziehenden Frage einberufen wurde, Beschlüsse des Rates zu Maßnahmen, die der Exekutiv-Ausschuß auf Grund der genannten Artikel getroffen hat, mit einfacher Mehrheit der von den anwesenden abstimmenden beteiligten Ländern insgesamt abgegebenen Stimmen gefaßt werden.

(4) Die Regierung eines beteiligten Exportlandes kann den stimmberechtigten Delegierten eines anderen Exportlandes, und die Regierung eines beteiligten Importlandes kann den stimmberechtigten Delegierten eines anderen Importlandes ermächtigen, auf einer Tagung oder auf Tagungen des Rates ihre Interessen zu vertreten und ihr Stimmrecht auszuüben. Ein den Rat befriedigender Nachweis einer solchen Ermächtigung muß diesem vorgelegt werden.

(5) Each Participating Government undertakes to accept as binding all decisions of the Council under the provisions of this Agreement.

Article 37

(1) The Council shall establish an Executive Committee, which shall be composed of representatives of the Governments of five participating exporting countries which shall be selected for a quota year by a majority of the votes held by the exporting countries and of representatives of the Governments of five participating importing countries which shall be selected for a quota year by a majority of the votes held by the importing countries.

(2) The Executive Committee shall exercise such powers and functions of the Council as are delegated to it by the Council.

(3) The Executive Director of the Council shall be *ex-officio* Chairman of the Executive Committee but shall have no vote. The Committee may elect a Vice-Chairman and shall establish its Rules of Procedure subject to the approval of the Council.

(4) Each member of the Committee shall have one vote. In the Executive Committee, decisions shall be by a majority of the votes cast by the exporting countries and a majority of the votes cast by the importing countries.

(5) Any Participating Government shall have the right of appeal to the Council under such conditions as may be prescribed by the Council, against any decision of the Executive Committee. In so far as the decision of the Council does not accord with the decision of the Executive Committee the latter shall be modified as of the date on which the Council makes its decision.

CHAPTER XIV

Finance

Article 38

(1) Expenses of delegations to the Council and members of the Executive Committee shall be met by their respective Governments. The other expenses necessary for the administration of this Agreement, including remuneration which the Council pays, shall be met by annual contributions by the Participating Governments. The contribution of each Participating Government for each quota year shall be proportionate to the number of votes held by it when the budget for that quota year is adopted.

5. Chaque Gouvernement participant s'engage à se considérer comme lié par toutes les décisions prises par le Conseil en vertu des dispositions du présent Accord.

Article 37

1. Le Conseil établit un Comité exécutif, composé de représentants des Gouvernements de cinq pays exportateurs participants, ces pays étant choisis pour une année contingentaire à la majorité des voix détenues par les pays exportateurs, et de représentants des Gouvernements de cinq pays importateurs participants, ces pays étant choisis pour une année contingentaire à la majorité des voix détenues par les pays importateurs.

2. Le Comité exécutif exerce tels pouvoirs et telles fonctions du Conseil que celui-ci lui a délégués.

3. Le Directeur exécutif du Conseil est d'office Président du Comité exécutif mais n'a pas droit de vote; ce Comité peut élire un Vice-Président. Le Comité établit son règlement intérieur sous réserve de l'approbation du Conseil.

4. Chaque membre du Comité exécutif dispose d'une voix. Au Comité exécutif, les décisions sont prises à la majorité des suffrages exprimés par les pays exportateurs et à la majorité des suffrages exprimés par les pays importateurs.

5. Tout Gouvernement participant a le droit de faire appel au Conseil, dans les conditions que celui-ci peut déterminer, de toute décision du Comité exécutif. Dans la mesure où la décision du Conseil ne concorde pas avec la décision du Comité exécutif, cette dernière est modifiée à compter de la date à laquelle intervient la décision du Conseil.

CHAPITRE XIV

Dispositions financières

Article 38

1. Les dépenses des délégations au Conseil et des membres du Comité exécutif sont à la charge de leurs Gouvernements respectifs. Les autres dépenses nécessaires à l'administration du présent Accord, y compris les rémunérations versées par le Conseil, sont couvertes par voie de cotisations annuelles des Gouvernements participants. La cotisation de chaque Gouvernement participant pour chaque année contingentaire est proportionnelle au nombre de voix dont il dispose lorsque le budget pour cette année contingentaire est adopté.

(5) Jede beteiligte Regierung verpflichtet sich, alle auf Grund der Bestimmungen dieses Abkommens gefaßten Beschlüsse des Rates als bindend anzuerkennen.

Artikel 37

(1) Der Rat bildet einen Exekutiv-Ausschuß. Dieser setzt sich zusammen aus Regierungsvertretern von fünf beteiligten Exportländern, die für ein Quotenjahr durch die Mehrheit der den Exportländern zustehenden Stimmen gewählt werden, und aus Regierungsvertretern von fünf beteiligten Importländern, die für ein Quotenjahr durch die Mehrheit der den Importländern zustehenden Stimmen gewählt werden.

(2) Der Exekutiv-Ausschuß übt die Vollmachten und Funktionen des Rates aus, die ihm von diesem übertragen werden.

(3) Der geschäftsführende Direktor des Rates ist von Amts wegen Vorsitzender des Exekutiv-Ausschusses, hat aber kein Stimmrecht. Der Ausschuß kann einen stellvertretenden Vorsitzenden wählen; er beschließt seine Geschäftsordnung, die der Genehmigung des Rates bedarf.

(4) Jedes Mitglied des Exekutiv-Ausschusses hat eine Stimme. Beschlüsse des Ausschusses werden mit der Mehrheit der von den Exportländern und der Mehrheit der von den Importländern abgegebenen Stimmen gefaßt.

(5) Unter Beachtung der gegebenenfalls vom Rat dafür vorgeschriebenen Bedingungen hat jede beteiligte Regierung das Recht, beim Rat Berufung gegen einen Beschluß des Exekutiv-Ausschusses einzulegen. Soweit die Entscheidung des Rates nicht mit dem Beschluß des Exekutiv-Ausschusses übereinstimmt, gilt der letztere mit Wirkung vom Tage der Entscheidung des Rates an als abgeändert.

KAPITEL XIV

Finanzielle Bestimmungen

Artikel 38

(1) Die Ausgaben der Delegationen beim Rat und der Mitglieder des Exekutiv-Ausschusses werden von ihren Regierungen getragen. Die übrigen Ausgaben, die für die verwaltungstechnische Durchführung dieses Abkommens notwendig sind, einschließlich der vom Rat gezahlten Arbeitsvergütungen, werden durch jährliche Beiträge der beteiligten Regierungen bestritten. Der Beitrag einer jeden beteiligten Regierung für jedes Quotenjahr entspricht dem Verhältnis der ihr zustehenden Stimmenzahl im Zeitpunkt der Annahme des Haushaltsplanes für das betreffende Quotenjahr.

(2) At its first session the Council shall approve its budget for the first quota year and assess the contributions to be paid by each Participating Government.

(3) The Council shall, each quota year, approve its budget for the following quota year and assess the contribution to be paid by each Participating Government for such quota year.

(4) The initial contribution of any Participating Government acceding to this Agreement under Article 41 shall be assessed by the Council on the basis of the number of votes to be held by it and the period remaining in the current quota year, but the assessments made upon other Participating Governments for the current quota year shall not be altered.

(5) Contributions shall become payable at the beginning of the quota year in respect of which the contribution is assessed and in the currency of the country where the seat of the Council is situated. Any Participating Government failing to pay its contribution by the end of the quota year in respect of which such contribution has been assessed shall be suspended of its voting rights until its contribution is paid, but, except by Special Vote of the Council, shall not be deprived of any of its other rights nor relieved of any of its obligations under this Agreement.

(6) To the extent consistent with the laws of the country where the seat of the Council is situated, the Government of that country shall grant exemption from taxation on the funds of the Council and on remuneration paid by the Council to its employees.

(7) The Council shall, each quota year, publish an audited statement of its receipts and expenditures during the previous quota year.

(8) The Council shall, prior to its dissolution, provide for the settlement of its liabilities and the disposal of its records and assets upon the termination of this Agreement.

2. Au cours de sa première session, le Conseil approuve son budget pour la première année contingentaire et fixe la cotisation à payer par chaque Gouvernement participant.

3. Au cours de chaque année contingentaire, le Conseil vote son budget pour l'année contingentaire suivante et fixe la cotisation à payer par chaque Gouvernement participant pour ladite année contingentaire.

4. La cotisation initiale de tout Gouvernement participant accédant au présent Accord en vertu de l'article 41 est fixée par le Conseil sur la base du nombre de voix attribuées audit pays et de la fraction de l'année contingentaire restant à courir; mais les cotisations fixées pour les autres Gouvernements participants pour l'année contingentaire en cours ne sont pas modifiées.

5. Les cotisations sont exigibles au commencement de l'année contingentaire pour laquelle ces cotisations ont été fixées et elles sont payables dans la monnaie du pays où se trouve le siège du Conseil. Tout Gouvernement participant qui n'a pas versé sa cotisation à la fin de l'année contingentaire pour laquelle cette cotisation a été fixée est suspendu de son droit de vote jusqu'à ce que sa cotisation ait été acquittée, mais, sauf par un Vote Spécial du Conseil, il n'est privé d'aucun de ses autres droits ni relevé d'aucune de ses obligations résultant du présent Accord.

6. Le Gouvernement du pays où se trouve le siège du Conseil doit exempter d'impôts, pour autant que le permet sa législation, les fonds du Conseil et les rémunérations versées par le Conseil à son personnel.

7. Chaque année contingentaire, le Conseil publie un état certifié de ses recettes et de ses dépenses au cours de l'année contingentaire précédente.

8. Avant sa dissolution, le Conseil prendra les mesures nécessaires au règlement de son passif et à l'affectation de ses archives et de l'actif existant à la date d'expiration du présent Accord.

(2) Auf seiner ersten Tagung nimmt der Rat seinen Haushaltsplan für das erste Quotenjahr an und setzt den von jeder beteiligten Regierung zu zahlenden Beitrag fest.

(3) In jedem Quotenjahr genehmigt der Rat seinen Haushaltsplan für das folgende Quotenjahr und setzt die Beiträge fest, die von den einzelnen beteiligten Regierungen für das betreffende Quotenjahr zu zahlen sind.

(4) Der erste Beitrag einer jeden beteiligten Regierung, die diesem Abkommen gemäß Artikel 41 beitritt, wird vom Rat auf Grund der Stimmenzahl, die diese Regierung erhält, und des verbleibenden Zeitraumes des laufenden Quotenjahres festgesetzt. Die für die übrigen beteiligten Regierungen für das laufende Quotenjahr festgesetzten Beiträge werden jedoch nicht geändert.

(5) Die Beiträge sind zum Beginn des Quotenjahres, für das sie festgesetzt sind, und in der Währung des Landes, in dem sich der Sitz des Rates befindet, zahlbar. Eine beteiligte Regierung, die es unterläßt, ihren Beitrag bis zum Ende des diesbezüglichen Quotenjahres zu zahlen, verliert bis zum Zeitpunkt der Beitragszahlung ihr Stimmrecht; außer im Falle einer anderslautenden Entscheidung durch Sonderabstimmung des Rates behält sie jedoch alle ihre übrigen Rechte und wird nicht von ihren Verpflichtungen im Rahmen dieses Abkommens entbunden.

(6) Soweit es die Gesetze des Landes, in dem sich der Sitz des Rates befindet, zulassen, gewährt die Regierung dieses Landes für die Geldmittel des Rates und die vom Rat an seine Arbeitnehmer gezahlten Bezüge Steuerfreiheit.

(7) Der Rat veröffentlicht alljährlich eine von einem vereidigten Wirtschaftsprüfer beglaubigte Bilanz über seine Einnahmen und Ausgaben während des vorhergegangenen Quotenjahres.

(8) Vor seiner Auflösung trifft der Rat Vorsorge für die Regelung seiner Verbindlichkeiten und die Verfügung über seine Akten und Vermögenswerte nach Beendigung dieses Abkommens.

CHAPTER XV

Co-operation with other Organizations

Article 39

(1) The Council, in exercising its functions under this Agreement, may make arrangements for consultation and co-operation with appropriate organizations and institutions and may also make such provisions as it deems fit for representatives of those bodies to attend meetings of the Council.

CHAPITRE XV

Coopération avec d'autres Organismes

Article 39

1. Dans l'exercice de ses fonctions aux termes du présent Accord, le Conseil peut prendre tous arrangements en vue de consulter les organismes et institutions appropriés et de coopérer avec eux; il peut aussi prendre toutes dispositions qu'il estime convenables pour permettre à des représentants de ces organisations d'assister à ses réunions.

KAPITEL XV

Zusammenarbeit mit anderen Organisationen

Artikel 39

(1) Bei Ausübung seiner Funktionen im Rahmen dieses Abkommens kann der Rat Abmachungen über Beratung und Zusammenarbeit mit zuständigen Organisationen und Stellen sowie geeignete Vorkehrungen für die Teilnahme von Vertretern derselben an seinen Tagungen treffen.

(2) If the Council finds that any terms of this Agreement are materially inconsistent with such requirements as may be laid down by the United Nations or through its appropriate organs and specialized agencies regarding intergovernmental commodity agreements, the inconsistency shall be deemed to be a circumstance affecting adversely the operation of this Agreement and the procedure prescribed in Article 43 shall be applicable.

2. Si le Conseil constate qu'une disposition du présent Accord est incompatible avec les principes posés par les Nations Unies ou par leurs organes appropriés ou par leurs institutions spécialisées en matière d'accords intergouvernementaux sur les produits de base, cette incompatibilité est considérée comme entravant le fonctionnement du présent Accord et la procédure spécifiée à l'article 43 sera applicable.

(2) Stellt der Rat fest, daß Bestimmungen dieses Abkommens mit etwaigen von den Vereinten Nationen oder deren zuständigen Organen und Spezialorganisationen festgelegten Prinzipien bezüglich zwischenstaatlicher Warenabkommen unvereinbar sind, so gilt dies als ein Umstand, der die Durchführung dieses Abkommens nachteilig beeinflußt. Es findet dann das in Artikel 43 vorgeschriebene Verfahren Anwendung.

CHAPTER XVI

Disputes and Complaints

Article 40

(1) Any dispute concerning the interpretation or application of this Agreement, which is not settled by negotiation, shall, at the request of any Participating Government party to the dispute, be referred to the Council for decision.

(2) In any case where a dispute has been referred to the Council under paragraph (1) of this Article, a majority of Participating Governments or Participating Governments holding not less than one-third of the total votes may require the Council, after full discussion, to seek the opinion of the advisory panel referred to in paragraph (3) of this Article on the issues in dispute before giving its decision.

(3)—(i) Unless the Council unanimously agrees otherwise, the panel shall consist of: —

(a) two persons, one having wide experience in matters of the kind in dispute and the other having legal standing and experience, nominated by the exporting countries;

(b) two such persons nominated by the importing countries; and

(c) a chairman selected unanimously by the four persons nominated under (a) and (b), or, if they fail to agree, by the Chairman of the Council.

(ii) Persons from countries whose Governments are parties to this Agreement, shall be eligible to serve on the advisory panel.

(iii) Persons appointed to the advisory panel shall act in their personal capacities and without instructions from any Government.

(iv) The expenses of the advisory panel shall be paid by the Council.

(4) The opinion of the advisory panel and the reasons therefor shall be submitted to the Council which, after considering all the relevant information, shall decide the dispute.

CHAPITRE XVI

Contestations et Réclamations

Article 40

1. Une contestation relative à l'interprétation ou à l'application du présent Accord qui n'est pas réglée par voie de négociation est, à la demande d'un Gouvernement participant à l'Accord et partie au différend, déférée au Conseil pour décision.

2. Lorsqu'une contestation est déférée au Conseil en vertu du paragraphe 1 du présent article, la majorité des Gouvernements participants, ou un groupe de Gouvernements participants détenant au moins le tiers du total des voix peut demander au Conseil, après complète discussion de l'affaire, de solliciter l'opinion de la commission consultative mentionnée au paragraphe 3 du présent article sur les questions en litige avant de faire connaître sa décision.

3. — (i) Sauf décision contraire du Conseil, prise à l'unanimité, cette commission est composée de:

(a) deux personnes désignées par les pays exportateurs, dont l'une possède une grande expérience des questions du genre de celle en litige et l'autre a de l'autorité et de l'expérience en matière juridique;

(b) deux personnes, de qualification analogue, désignées par les pays importateurs; et

(c) un président choisi à l'unanimité par les quatre personnes nommées selon les dispositions des alinéas (a) et (b) ci-dessus ou, en cas de désaccord, par le Président du Conseil.

(ii) Des ressortissants de pays dont les Gouvernements sont parties au présent Accord peuvent être habilités à siéger à la commission consultative.

(iii) Les membres de la commission consultative agissent à titre personnel et sans recevoir d'instructions d'aucun Gouvernement.

(iv) Les dépenses de la commission consultative sont à la charge du Conseil.

4. L'opinion motivée de la commission consultative est soumise au Conseil qui tranche le différend après avoir pris en considération tous les éléments d'information utiles.

KAPITEL XVI

Streitfälle und Beschwerden

Artikel 40

(1) Jeder die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens betreffende Streitfall, der nicht auf dem Verhandlungsweg beigelegt wird, wird auf Antrag einer beteiligten Regierung, die Partei im Streitfall ist, an den Rat zur Entscheidung überwiesen.

(2) Ist ein Streitfall auf Grund des Absatzes (1) dieses Artikels an den Rat überwiesen worden, so kann eine Mehrheit der beteiligten Regierungen oder können beteiligte Regierungen, denen mindestens ein Drittel der Gesamtstimmen zusteht, vom Rat verlangen, daß er vor seiner Entscheidung nach eingehender Beratung des Falles das Gutachten des in Absatz (3) dieses Artikels genannten beratenden Ausschusses zu den strittigen Punkten einholt.

(3) (i) Außer im Falle einer anderslautenden einstimmigen Übereinkunft des Rates setzt sich der beratende Ausschuß wie folgt zusammen:

a) zwei von den Exportländern benannte Personen, von denen die eine auf dem Gebiete des betreffenden Streitfalles eine ausgedehnte Erfahrung besitzt, und die andere ein erfahrener Jurist ist;

b) zwei entsprechende von den Importländern benannte Personen; und

c) ein Vorsitzender, der einstimmig von den vier unter (a) und (b) benannten Personen gewählt wird; erzielen diese keine Übereinstimmung, so wird er vom Vorsitzenden des Rates gewählt.

(ii) Personen aus Ländern, deren Regierungen an diesem Abkommen beteiligt sind, sind in den beratenden Ausschuß wählbar.

(iii) Personen, die in den beratenden Ausschuß bestellt werden, handeln nach eigenem Ermessen, ohne Instruktionen irgendeiner Regierung entgegenzunehmen.

(iv) Der Rat trägt die Ausgaben des beratenden Ausschusses.

(4) Das Gutachten des beratenden Ausschusses nebst Begründung wird dem Rat unterbreitet. Dieser entscheidet sodann unter Berücksichtigung aller die Sache betreffenden Angaben über den Streitfall.

(5) Any complaint that any Participating Government has failed to fulfil its obligations under this Agreement shall, at the request of the Participating Government making the complaint, be referred to the Council which shall make a decision on the matter.

(6) No Participating Government shall be found to have committed a breach of this Agreement except by a majority of the votes held by the exporting countries and a majority of the votes held by the importing countries. Any finding that a Participating Government is in breach of the Agreement shall specify the nature of the breach.

(7) If the Council finds that a Participating Government has committed a breach of this Agreement, it may by a majority of the votes held by the exporting countries and a majority of the votes held by the importing countries suspend the Government concerned of its voting rights until it fulfils its obligations or expel that Government from this Agreement.

5. Une plainte selon laquelle un Gouvernement participant n'aurait pas rempli les obligations imposées par le présent Accord est, sur la demande du Gouvernement participant auteur de la plainte, déférée au Conseil qui prend une décision en la matière.

6. Aucun Gouvernement participant ne peut être reconnu coupable d'infraction au présent Accord qu'à la mojorité des voix détenues par les pays exportateurs et à la majorité des voix détenues par les pays importateurs. Toute constatation d'une infraction au présent Accord commise par un Gouvernement participant doit préciser la nature de l'infraction.

7. Si le Conseil constate qu'un Gouvernement participant a commis une infraction au présent Accord, il peut, à la majorité des voix détenues par les pays exportateurs et à la majorité des voix détenues par les pays importateurs, suspendre le Gouvernement en question de son droit de vote jusqu'à ce que celui-ci se soit acquitté de ses obligations, ou bien exclure ce Gouvernement de l'Accord.

(5) Jede Beschwerde, eine beteiligte Regierung sei ihren durch dieses Abkommen eingegangenen Verpflichtungen nicht nachgekommen, wird auf Antrag der beschwerdeführenden beteiligten Regierung an den Rat überwiesen. Dieser entscheidet über die Angelegenheit.

(6) Eine Verletzung dieses Abkommens durch eine beteiligte Regierung kann nur durch eine Mehrheit der den Exportländern zustehenden und eine Mehrheit der den Importländern zustehenden Stimmen festgestellt werden. Die Feststellung, daß eine beteiligte Regierung das Abkommen verletzt hat, muß die Art der Verletzung genau bezeichnen.

(7) Stellt der Rat fest, daß sich eine beteiligte Regierung einer Verletzung dieses Abkommens schuldig gemacht hat, so kann er durch eine Mehrheit der den Exportländern zustehenden und eine Mehrheit der den Importländern zustehenden Stimmen der betreffenden Regierung bis zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen ihr Stimmrecht absprechen oder sie aus diesem Abkommen ausschließen.

CHAPTER XVII

Signature, Acceptance, Entry into Force and Accession

Article 41

(1) This Agreement shall be open for signature from September 15 to October 31, 1953, by the Governments represented by delegates at the Conference at which this Agreement was negotiated.

(2) This Agreement shall be subject to ratification or acceptance by the signatory Governments in accordance with their respective constitutional procedures, and the instruments of ratification or acceptance shall be deposited with the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland.

(3) This Agreement shall be open for accession by any of the Governments referred to in paragraph (1) of this Article and accession shall be effected by the deposit of an instrument of accession with the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland.

(4) The Council may approve accession to this Agreement by any Government not referred to in paragraph (1) of this Article provided that the conditions of such accession shall first be agreed upon with the Council by the Government desiring to effect it.

(5) The effective date of a Government's participation in this Agreement shall be the date on which the instrument of ratification, acceptance or accession is deposited with the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland.

CHAPITRE XVII

Signature, Acceptation, Entrée en vigueur et Adhésion

Article 41

1. Le présent Accord sera ouvert du 15 septembre au 31 octobre 1953 à la signature des Gouvernements représentés par des délégués à la Conférence au cours de laquelle il a été négocié.

2. Le présent Accord sera soumis à ratification ou acceptation par les Gouvernements signataires conformément à leur procédure constitutionnelle respective, et les instruments de ratification ou d'acceptation seront déposés auprès du Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord.

3. Le présent Accord sera ouvert à l'adhésion de tout Gouvernement visé au paragraphe 1 du présent article; l'adhésion se fera par le dépôt d'un instrument d'adhésion auprès du Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord.

4. Le Conseil pourra approuver l'adhésion au présent Accord de tout Gouvernement non visé au paragraphe 1 du présent article sous réserve que les conditions de ladite adhésion soient préalablement déterminées d'un commun accord entre le Conseil et le Gouvernement intéressé.

5. Un Gouvernement devient partie au présent Accord à compter de la date à laquelle il a déposé l'instrument de ratification, d'acceptation ou d'adhésion auprès du Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord.

KAPITEL XVII

Unterzeichnung, Annahme, Inkrafttreten und Beitritt

Artikel 41

(1) Dieses Abkommen wird vom 15. September bis zum 31. Oktober 1953 zur Unterzeichnung durch die Regierungen, die auf der Konferenz, bei der dieses Abkommen ausgearbeitet wurde, durch Delegierte vertreten waren, aufgelegt.

(2) Dieses Abkommen unterliegt der Ratifikation oder Annahme durch die Unterzeichnerregierungen je nach deren verfassungsmäßigen Verfahren. Die Ratifikations- oder Annahmeurkunden werden bei der Regierung des Vereinigten Königreiches Großbritannien und Nordirland hinterlegt.

(3) Dieses Abkommen steht allen in Absatz (1) dieses Artikels bezeichneten Regierungen zum Beitritt offen. Der Beitritt geschieht durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde bei der Regierung des Vereinigten Königreiches Großbritannien und Nordirland.

(4) Der Rat kann den Beitritt einer in Absatz (1) dieses Artikels nicht bezeichneten Regierung genehmigen, vorausgesetzt, daß die Bedingungen eines solchen Beitritts von der Regierung, die beizutreten wünscht, vorher mit dem Rat vereinbart werden.

(5) Die Beteiligung einer Regierung an diesem Abkommen wird an dem Tage wirksam, an dem die Ratifikations-, Annahme- oder Beitrittsurkunde bei der Regierung des Vereinigten Königreiches Großbritannien und Nordirland hinterlegt wird.

(6)—(i) This Agreement shall come into force on December 15, 1953, as regards Articles 1, 2, 18 and 27—46 inclusive, and on January 1, 1954, as regards Articles 3-17 and 19-26 inclusive, if on December 15, 1953, instruments of ratification, acceptance or accession have been deposited by Governments holding 60 per cent. of the votes of importing countries and 75 per cent. of the votes of exporting countries under the distribution set out in Articles 33 and 34; provided that notifications to the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland by Governments which have been unable to ratify, accept or accede to this Agreement by December 15, 1953, containing an undertaking to seek to obtain as rapidly as possible under their constitutional procedure, and during a period of four months from December 15, 1953, ratification, acceptance or accession, will be considered as equivalent to ratification, acceptance or accession. If, however, such a notification is not followed by the deposit of an instrument of ratification, acceptance or accession by May 1, 1954, the Government concerned shall then no longer be regarded as an observer. In any event the obligations under this Agreement of Governments of exporting countries which have ratified, accepted or acceded to this Agreement by May 1, 1954, for the first quota year will run as from January 1, 1954.

(ii) If at the end of the period of four months mentioned in sub-paragraph (i) the percentage of votes of importing countries or of exporting countries which have ratified, accepted or acceded to this Agreement is less than the percentage provided for in sub-paragraph (i), the Governments which have ratified, accepted or acceded to this Agreement may agree to put it into force among themselves.

(iii) The Council may determine the conditions under which the Governments which have not ratified, accepted or acceded to this Agreement by December 15, 1953, but who have made known their intention to obtain as rapidly as possible a decision on ratification, acceptance or accession may take part in the work of the Council as non-voting observers if they so wish.

(7) The Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland will notify all signatory Governments of each signature, ratification, acceptance of, or accession to this Agreement, and shall inform all signatory Governments of any reservation or condition attached thereto.

6.—(i) Le présent Accord entrera en vigueur le 15 décembre 1953 en ce qui concerne les articles 1, 2, 18 et 27 à 46 inclusivement et le 1er janvier 1954 en ce qui concerne les articles 3 à 17 et 19 à 26 inclusivement, si, le 15 décembre 1953, les instruments de ratification, d'acceptation ou d'adhésion ont été déposés par des Gouvernements détenant 60 % des voix des pays importateurs et 75 % des voix des pays exportateurs selon la répartition prévue aux articles 33 et 34. Toutefois et pendant une période de 4 mois à compter du 15 décembre 1953, sera considérée comme équivalente à une ratification, acceptation ou adhésion, la notification faite au Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, par un Gouvernement qui n'aurait pu ratifier l'Accord, l'accepter ou y adhérer avant le 15 décembre 1953, par laquelle celui-ci s'engage à poursuivre, aussi rapidement que le permet sa procédure constitutionnelle, les formalités de ratification, d'acceptation ou d'adhésion. Si toutefois une telle notification n'est pas suivie du dépôt d'un instrument de ratification, d'acceptation ou d'adhésion avant le 1er mai 1954, le Gouvernement intéressé ne sera plus considéré comme observateur. En tout état de cause les obligations découlant du présent Accord pour les Gouvernements des pays exportateurs qui auront ratifié ou accepté cet Accord ou qui y auront adhéré avant le 1er mai 1954 s'appliqueront pour la première année contingentaire à dater du 1er janvier 1954.

(ii) Si, à la fin de la période de 4 mois mentionnée à l'alinéa (i) ci-dessus, le pourcentage des voix des pays importateurs ou des pays exportateurs qui auraient ratifié ou accepté le présent Accord ou y auraient adhéré est inférieur au pourcentage prévu à l'alinéa (i) ci-dessus, les Gouvernements qui auront ratifié ou accepté le présent Accord ou qui y auront adhéré pourront convenir de le mettre en vigueur entre eux.

(iii) Le Conseil peut déterminer les conditions auxquelles les Gouvernements qui n'auront pas ratifié ou accepté le présent Accord ou qui n'y auront pas adhéré avant le 15 décembre 1953, mais qui auront fait connaître leur intention d'obtenir aussi rapidement que possible une décision de ratification, d'acceptation ou d'adhésion pourront, s'ils le souhaitent, prendre part aux travaux du Conseil en qualité d'observateur n'ayant pas droit de vote.

7. Le Gouvernement du Royaume de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord notifiera à tous les Gouvernements signataires toute signature, ratification et acceptation du présent Accord, ou toute adhésion à ce dernier et informera tous les Gouvernements signataires de toute réserve ou condition y attachées.

(6) (i) Dieses Abkommen tritt bezüglich der Artikel 1, 2, 18 und 27 bis einschließlich 46 am 15. Dezember 1953 und bezüglich der Artikel 3 bis einschließlich 17 und 19 bis einschließlich 26 am 1. Januar 1954 in Kraft, sofern am 15. Dezember 1953 die Ratifikations-, Annahme- oder Beitrittsurkunden von Regierungen mit 60 Prozent der Stimmen der Importländer und 75 Prozent der Stimmen der Exportländer — im Sinne der in den Artikeln 33 und 34 festgelegten Verteilung — hinterlegt worden sind. Dabei gelten Meldungen von Regierungen, die nicht in der Lage waren, dieses Abkommen bis zum 15. Dezember 1953 zu ratifizieren, anzunehmen oder ihm beizutreten, an die Regierung des Vereinigten Königreiches Großbritannien und Nordirland, die die Verpflichtung enthalten, daß sich diese Regierungen je nach ihren verfassungsmäßigen Verfahren bemühen werden, die Ratifikation, die Annahme oder den Beitritt so bald wie möglich, und zwar binnen vier Monaten ab 15. Dezember 1953, zu erwirken, als der Ratifikation, der Annahme oder dem Beitritt gleichwertig. Folgt einer solchen Meldung jedoch bis zum 1. Mai 1954 keine Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme- oder Beitrittsurkunde, so gilt die betreffende Regierung nicht länger als Beobachter. In jedem Falle gelten für die Regierungen von Exportländern, die dieses Abkommen vor dem 1. Mai 1954 ratifiziert oder angenommen haben oder ihm beigetreten sind, die Verpflichtungen auf Grund dieses Abkommens für das erste Quotenjahr ab 1. Januar 1954.

(ii) Ist der Prozentsatz der Stimmen der Importländer oder der Exportländer, die dieses Abkommen ratifiziert oder angenommen haben oder ihm beigetreten sind, am Ende des in Unterabsatz (i) angegebenen Zeitraumes von vier Monaten geringer als in Unterabsatz (i) vorgesehen, so können die Regierungen, die das Abkommen ratifiziert oder angenommen haben oder ihm beigetreten sind, es unter sich in Kraft setzen.

(iii) Für Regierungen, die dieses Abkommen nicht bis zum 15. Dezember 1953 ratifiziert oder angenommen haben oder ihm beigetreten sind, die aber ihre Absicht bekanntgegeben haben, einen Beschluß über die Ratifikation, die Annahme oder den Beitritt so bald wie möglich zu erwirken, kann der Rat die Bedingungen festlegen, unter denen sie sich auf Wunsch als nichtstimmberechtigte Beobachter an der Arbeit des Rates beteiligen können.

(7) Die Regierung des Vereinigten Königreiches Großbritannien und Nordirland wird alle Unterzeichnerregierungen über jede vollzogene Unterzeichnung, Ratifikation oder Annahme dieses Abkommens oder über jeden Beitritt zu ihm unterrichten. Ferner wird sie alle Unterzeichnerregierungen von allen daran geknüpften Vorbehalten oder Bedingungen in Kenntnis setzen.

CHAPTER XVIII

Duration, Amendment, Suspension, Withdrawal, Termination

Article 42

(1) The duration of this Agreement shall be five years from January 1, 1954. The Agreement shall not be subject to denunciation.

(2) Without prejudice to Articles 43 and 44, the Council shall in the third year of this Agreement examine the entire working of the Agreement, especially in regard to quotas and prices and shall take into account any amendment to the Agreement which in connection with this examination any Participating Government may propose.

(3) Not less than three months before the last day of the third quota year of this Agreement the Council shall submit a report on the results of the examination referred to in paragraph (2) of this Article to Participating Governments.

(4) Any Participating Government may within a period of not more than two months after the receipt of the Council's report referred to in paragraph (3) of this Article withdraw from this Agreement by giving notice of withdrawal to the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland. Such withdrawal shall take effect on the last day of the third quota year.

(5)—(i) If, after the two months referred to in paragraph (4) of this Article, any Government which has not withdrawn from this Agreement under that paragraph considers that the number of Governments which have withdrawn under the said paragraph, or the importance of those Governments for the purposes of this Agreement, is such as to impair the operation of this Agreement, such Government may, within thirty days following the expiration of the said period, request the Chairman of the Council to call a special meeting of the Council at which the Governments party to this Agreement shall consider whether or not they will remain party to it.

(ii) Any special meeting called pursuant to a request made under sub-paragraph (i) shall be held within one month of the receipt by the Chairman of such request and Governments represented at such meeting may withdraw from the Agreement by giving notice of withdrawal to the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland within thirty days from the date on which the meeting was held. Any such notice of withdrawal shall become effective thirty days from the date of its receipt by that Government.

(iii) Governments not represented at a special meeting held pursuant to sub-paragraphs (i) and (ii) may not withdraw from this Agreement under the provisions of those sub-paragraphs.

CHAPITRE XVIII

Durée, Amendement, Suspension, Retrait, Expiration

Article 42

1. La durée du présent Accord est de cinq ans à dater du 1er janvier 1954. Cet Accord ne peut être dénoncé.

2. Sous réserve des articles 43 et 44, le Conseil, au cours de la troisième année du présent Accord, examinera le fonctionnement complet de l'Accord, particulièrement en ce qui concerne les contingents et les prix et prendra en considération tous amendements à l'Accord que des Gouvernements participants pourraient proposer à l'occasion de cet examen.

3. Le Conseil soumettra aux Gouvernements participants, trois mois au moins avant le dernier jour de la troisième année contingentaire du présent Accord, un rapport sur les conclusions de l'examen prévu par le paragraphe 2 du présent article.

4. Tout Gouvernement participant pourra, au plus tard deux mois après réception du rapport du Conseil visé au paragraphe 3 du présent article, se retirer du présent Accord en notifiant ce retrait au Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord. Ledit retrait prendra effet le dernier jour de la troisième année contingentaire.

5.—(i) Si, après le délai de deux mois mentionné au paragraphe 4 du présent article, un Gouvernement qui ne s'est pas retiré du présent Accord en vertu de ce paragraphe estime que le nombre des Gouvernements qui se sont retirés de l'Accord en vertu dudit paragraphe, ou l'importance de ces Gouvernements dans le cadre du présent Accord, est de nature à porter préjudice au fonctionnement de l'Accord, ledit Gouvernement peut, dans les 30 jours suivant l'expiration de la période précitée, demander au Président du Conseil de convoquer une réunion spéciale du Conseil au cours de laquelle les Gouvernements participants au présent Accord examineront la question de savoir s'ils continuent ou non à y adhérer.

(ii) Toute réunion spéciale convoquée en vertu d'une demande formulée conformément à l'alinéa (i) ci-dessus est tenue dans un délai maximum d'un mois après que le Président ait reçu la demande en question et les Gouvernements représentés à ladite réunion peuvent se retirer de l'Accord en faisant parvenir une notification de retrait au Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord dans les 30 jours suivant la réunion; ladite notification de retrait prend effet trente jours après la date de sa réception par ce Gouvernement.

(iii) Les Gouvernements qui n'ont pas été représentés à la réunion spéciale tenue en vertu des alinéas (i) et (ii) ci-dessus, ne peuvent pas se retirer du présent Accord aux termes des dispositions desdits alinéas.

KAPITEL XVIII

Dauer, Abänderung, Aussetzung, Rücktritt, Beendigung

Artikel 42

(1) Die Dauer dieses Abkommens beträgt fünf Jahre, vom 1. Januar 1954 an gerechnet. Das Abkommen ist unkündbar.

(2) Unbeschadet der Artikel 43 und 44 wird der Rat im dritten Jahr der Laufzeit dieses Abkommens dessen sämtliche Auswirkungen, insbesondere in bezug auf Quoten und Preise, überprüfen und dabei jeden Abänderungsvorschlag zum Abkommen in Betracht ziehen, der von einer beteiligten Regierung im Zusammenhang mit dieser Prüfung etwa gemacht wird.

(3) Spätestens drei Monate vor dem letzten Tage des dritten Quotenjahres dieses Abkommens wird der Rat den beteiligten Regierungen einen Bericht über die Ergebnisse der in Absatz (2) dieses Artikels erwähnten Prüfung vorlegen.

(4) Jede beteiligte Regierung kann innerhalb einer Zeitspanne von höchstens zwei Monaten nach Empfang des in Absatz (3) dieses Artikels erwähnten Berichts des Rates von diesem Abkommen zurücktreten, indem sie der Regierung des Vereinigten Königreiches Großbritannien und Nordirland den Rücktritt mitteilt. Dieser Rücktritt wird am letzten Tage des dritten Quotenjahres wirksam.

(5) (i) Ist nach Ablauf der in Absatz (4) dieses Artikels erwähnten zwei Monate eine Regierung, die nicht auf Grund jenes Absatzes von diesem Abkommen zurückgetreten ist, der Auffassung, daß die Zahl oder die Bedeutung — im Sinne dieses Abkommens — der auf Grund des genannten Absatzes zurückgetretenen Regierungen die Durchführung dieses Abkommens beeinträchtigt, so kann diese Regierung innerhalb von dreißig Tagen nach Ablauf der genannten Frist den Vorsitzenden des Rates auffordern, eine Sondersitzung des Rates einzuberufen, auf der die an diesem Abkommen beteiligten Regierungen prüfen werden, ob sie am Abkommen beteiligt bleiben wollen oder nicht.

(ii) Wird auf Grund eines gemäß Unterabsatz (i) gestellten Antrages eine Sondersitzung einberufen, so hat sie innerhalb eines Monats nach Erhalt dieses Antrages durch den Vorsitzenden stattzufinden. Die bei dieser Sitzung vertretenen Regierungen können von diesem Abkommen zurücktreten, indem sie der Regierung des Vereinigten Königreiches Großbritannien und Nordirland ihren Rücktritt innerhalb von dreißig Tagen nach dem Sitzungstage mitteilen. Diese Rücktrittserklärung wird am dreißigsten Tage nach Eingang bei der genannten Regierung wirksam.

(iii) Regierungen, die bei der auf Grund der Unterabsätze (i) und (ii) stattfindenden Sondersitzung nicht vertreten sind, können nicht auf Grund der Bestimmungen dieser Unterabsätze von diesem Abkommen zurücktreten.

Article 43

(1) If circumstances arise which, in the opinion of the Council, affect or threaten to affect adversely the operation of this Agreement, the Council may, by a Special Vote, recommend an amendment of this Agreement to the Participating Governments.

(2) The Council shall fix the time within which each Participating Government shall notify the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland whether or not it accepts an amendment recommended under paragraph (1) of this Article.

(3) If, within the time fixed under paragraph (2) of this Article, all Participating Governments accept an amendment it shall take effect immediately on the receipt by the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland of the last acceptance.

(4) If, within the time fixed under paragraph (2) of this Article, an amendment is not accepted by the Governments of exporting countries which hold 75 per cent. of the votes of the exporting countries and by the Governments of importing countries which hold 75 per cent. of the votes of the importing countries it shall not take effect.

(5) If by the end of the time fixed under paragraph (2) of this Article, an amendment is accepted by the Governments of exporting countries which hold 75 per cent. of the votes of the exporting countries and by the Governments of importing countries which hold 75 per cent. of the votes of the importing countries but not by the Governments of all the exporting countries and the Governments of all the importing countries: —

(i) the amendment shall become effective for the Participating Governments which have signified their acceptance under paragraph (2) of this Article at the beginning of the quota year next following the end of the time fixed under that paragraph;

(ii) the Council shall determine forthwith whether the amendment is of such a nature that the Participating Governments which do not accept it shall be suspended from this Agreement from the date upon which it becomes effective under sub-paragraph (i) and shall inform all Participating Governments accordingly. If the Council determines that the amendment is of such a nature, Participating Governments which have not accepted that amendment shall inform the Council by the date on which the amendment is to become effective under sub-paragraph (i) whether it is still unacceptable and those Participating Governments which do so shall automatically be suspended from this Agreement; provided that if any such Participating Government satisfies the

Article 43

1. S'il se produit des circonstances qui, de l'avis du Conseil, entravent ou menacent d'entraver le fonctionnement du présent Accord, le Conseil peut, par un Vote Spécial, recommander aux Gouvernements participants un amendement au présent Accord.

2. Le Conseil fixe le délai dans lequel chaque Gouvernement participant doit notifier au Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord s'il accepte ou non un amendement recommandé en vertu du paragraphe 1 du présent article.

3. Si, avant la fin du délai fixé au paragraphe 2 du présent article, tous les Gouvernements participants acceptent un amendement, celui-ci entre en vigueur immédiatement après réception par le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord de la dernière acceptation.

4. Si, à la fin du délai fixé au paragraphe 2 du présent article, un amendement n'est pas accepté par les Gouvernements des pays exportateurs détenant 75% des voix attribuées aux pays exportateurs et par les Gouvernements des pays importateurs détenant 75% des voix attribuées aux pays importateurs, cet amendement n'entre pas en vigueur.

5. Si, à la fin du délai fixé au paragraphe 2 du présent article, un amendement est accepté par les Gouvernements des pays exportateurs détenant 75% des voix attribuées aux pays exportateurs et par les Gouvernements des pays importateurs détenant 75% des voix attribuées aux pays importateurs, mais non par les Gouvernements de tous les pays exportateurs et par les Gouvernements de tous les pays importateurs:

(i) l'amendement entre en vigueur pour les Gouvernements participants ayant notifié leur acceptation aux termes du paragraphe 2 du présent article au commencement de l'année contingentaire qui suit la fin du délai fixé aux termes de ce paragraphe;

(ii) le Conseil décide sans délai si l'amendement est d'une nature telle que les Gouvernements participants qui ne l'acceptent pas doivent être suspendus du présent Accord à dater du jour où cet amendement entre en vigueur aux termes de l'alinéa (i) ci-dessus et en informe tous les Gouvernements participants. Si le Conseil décide que l'amendement est de telle nature, les Gouvernements participants qui n'ont pas accepté l'amendement informent le Conseil avant la date à laquelle l'amendement doit entrer en vigueur aux termes de l'alinéa (i) ci-dessus s'ils continuent à considérer cet amendement comme inacceptable, et les Gouvernements participants qui en ont jugé ainsi sont automatiquement suspendus du présent Accord. Toutefois, si l'un de ces Gou-

Artikel 43

(1) Treten Umstände ein, die nach Auffassung des Rates die Durchführung dieses Abkommens nachteilig beeinflussen oder zu beeinflussen drohen, so kann der Rat durch Sonderabstimmung den beteiligten Regierungen eine Abänderung des Abkommens empfehlen.

(2) Der Rat setzt die Zeitspanne fest, innerhalb deren jede beteiligte Regierung der Regierung des Vereinigten Königreiches Großbritannien und Nordirland mitzuteilen hat, ob sie einen auf Grund des Absatzes (1) dieses Artikels gemachten Abänderungsvorschlag annimmt oder nicht.

(3) Wird innerhalb der in Absatz (2) dieses Artikels festgesetzten Frist ein Abänderungsvorschlag von allen beteiligten Regierungen angenommen, so tritt er nach Eingang der letzten Annahmeerklärung bei der Regierung des Vereinigten Königreiches Großbritannien und Nordirland unverzüglich in Kraft.

(4) Wird innerhalb der in Absatz (2) dieses Artikels festgesetzten Frist ein Abänderungsvorschlag von den Regierungen der Exportländer mit 75 Prozent der den Exportländern zustehenden Stimmen und von den Regierungen der Importländer mit 75 Prozent der den Importländern zustehenden Stimmen nicht angenommen, so tritt er nicht in Kraft.

(5) Wird bis zum Ende der in Absatz (2) dieses Artikels festgesetzten Frist ein Abänderungsvorschlag von den Regierungen der Exportländer mit 75 Prozent der den Exportländern zustehenden Stimmen und von den Regierungen der Importländer mit 75 Prozent der den Importländern zustehenden Stimmen angenommen, nicht aber von den Regierungen aller Exportländer und von den Regierungen aller Importländer, so

(i) tritt die Abänderung für die beteiligten Regierungen, die gemäß Absatz (2) dieses Artikels ihre Annahme erklärt haben, mit Beginn des Quotenjahres in Kraft, das der gemäß jenem Absatz festgelegten Zeitspanne folgt;

(ii) entscheidet der Rat sofort, ob die Abänderung derart ist, daß die beteiligten Regierungen, die sie nicht angenommen haben, von diesem Abkommen mit dem Termin, an dem die Abänderung auf Grund des Unterabsatzes (i) in Kraft tritt, suspendiert werden sollen. Alle beteiligten Regierungen sind entsprechend zu unterrichten. Entscheidet der Rat, daß die Abänderung dieser Art ist, so unterrichten die beteiligten Regierungen, die sie nicht angenommen haben, den Rat bis zum Tage des Inkrafttretens der Abänderung gemäß Unterabsatz (i) darüber, ob sie weiterhin für sie unannehmbar ist. Diejenigen beteiligten Regierungen, die dies erklären, werden automatisch von diesem Abkommen suspendiert. Überzeugt jedoch eine dieser beteiligten Regierun-

Council that it has been prevented from accepting the amendment by the time the amendment becomes effective under sub-paragraph (i) by reason of constitutional difficulties beyond its control, the Council may postpone suspension until such difficulties have been overcome and the Participating Government has notified its decision to the Council.

(6) The Council shall establish rules with respect to the reinstatement of a Participating Government suspended under paragraph (5) (ii) of this Article and any other rules required for carrying out the provisions of this Article.

Article 44

(1) If any Participating Government considers its interests to be seriously prejudiced by the failure of any signatory Government to ratify or accept this Agreement, or by conditions or reservations attached to any signature, ratification or acceptance, it shall notify the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland. Immediately on the receipt of such notification, the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland shall inform the Council, which shall, either at its first meeting, or at any subsequent meeting held not later than one month after receipt of the notification, consider the matter. If, after the Council has considered the matter, the Participating Government still considers its interests to be seriously prejudiced, it may withdraw from this Agreement by giving notice of withdrawal to the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland within thirty days after the Council has concluded its consideration of the matter.

(2) If any Participating Government demonstrates that, notwithstanding the provisions of this Agreement, its operation has resulted in an acute shortage of supplies or in prices on the free market not being stabilized within the range provided for in this Agreement, and the Council fails to take action to remedy such situation, the Government concerned may give notice of withdrawal from this Agreement.

(3) If, during the period of this Agreement, by action of a non-participating country, or by action of any participating country inconsistent with this Agreement such adverse changes occur in the relation between supply and demand on the free market as are held by any Participating Government seriously to prejudice its interests such Participating Government may state its case to the Council. If the Council declares the case to be well-

vernements participants prouve au Conseil qu'il a été empêché d'accepter l'amendement avant l'entrée en vigueur de celui-ci aux termes de l'alinéa (i) ci-dessus en raison de difficultés d'ordre constitutionnel indépendantes de sa volonté, le Conseil peut ajourner la mesure de suspension, jusqu'à ce que ces difficultés aient été surmontées et que le Gouvernement participant ait notifié sa décision au Conseil.

6. Le Conseil détermine les règles selon lesquelles est réintégré un Gouvernement participant suspendu aux termes de l'alinéa (ii) du paragraphe 5 du présent article, ainsi que les règles nécessaires à la mise en application des dispositions du présent article.

Article 44

1. Si un Gouvernement participant s'estime gravement lésé dans ses intérêts du fait qu'un Gouvernement signataire ne ratifie pas ou n'accepte pas le présent Accord, ou en raison des conditions ou réserves mises à une signature, à une ratification ou à une acceptation, il le notifie au Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord. Dès la réception de cette notification, le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord en informe le Conseil qui examine la question, soit à sa première réunion, soit à une de ses réunions ultérieures tenue dans le délai d'un mois au plus après la réception de la notification. Si après l'examen de la question par le Conseil, le Gouvernement participant continue à trouver ses intérêts, gravement lésés, il peut se retirer de l'Accord en notifiant son retrait au Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord dans un délai de 30 jours après que le Conseil ait terminé l'examen de la question.

2. Si un Gouvernement participant démontre que, nonobstant les dispositions du présent Accord, le fonctionnement de cet Accord a entraîné une grave pénurie d'approvisionnements ou n'a pas stabilisé les prix sur le marché libre entre les limites prévues au présent Accord, et si le Conseil ne prend pas de mesures pour remédier à une telle situation, le Gouvernement intéressé peut notifier son retrait de l'Accord.

3. Si, pendant la durée du présent Accord, en raison de mesures prises par un pays non-participant, ou en raison de mesures incompatibles avec le présent Accord prises par un pays participant, il se produit dans le rapport entre l'offre et la demande sur le marché libre une évolution défavorable qu'un Gouvernement participant estime gravement préjudiciable à ses intérêts, ce Gouvernement participant peut en saisir le Conseil. Si

gen den Rat davon, daß sie wegen verfassungsmäßiger Schwierigkeiten, die sich ihrem Einfluß entzogen, verhindert war, die Abänderung bis zum Zeitpunkt ihres Inkrafttretens gemäß Unterabsatz (i) anzunehmen, so kann der Rat die Suspendierung solange aufschieben, bis diese Schwierigkeiten überwunden sind und die beteiligte Regierung dem Rat ihre Entscheidung mitgeteilt hat.

(6) Der Rat stellt Vorschriften für die Wiederaufnahme einer auf Grund des Absatzes (5) (ii) dieses Artikels suspendierten beteiligten Regierung sowie alle sonstigen Vorschriften, die für die Durchführung der Bestimmungen dieses Artikels erforderlich sind, auf.

Artikel 44

(1) Ist eine beteiligte Regierung der Ansicht, daß ihre Interessen ernstlich beeinträchtigt sind, weil eine Unterzeichnerregierung es unterließ, dieses Abkommen zu ratifizieren oder anzunehmen, oder aber Bedingungen oder Vorbehalte mit der Unterzeichnung, Ratifikation oder Annahme verknüpfte, so teilt sie dies der Regierung des Vereinigten Königreiches Großbritannien und Nordirland mit. Sofort nach Empfang dieser Mitteilung unterrichtet die Regierung des Vereinigten Königreiches Großbritannien und Nordirland den Rat darüber. Dieser prüft die Angelegenheit auf seiner nächsten Tagung oder einer seiner folgenden Tagungen, die innerhalb eines Monats nach Eingang der Mitteilung stattfinden muß. Ist die beteiligte Regierung nach erfolgter Prüfung der Angelegenheit durch den Rat weiterhin der Ansicht, daß ihre Interessen ernstlich beeinträchtigt seien, so kann sie von diesem Abkommen zurücktreten, indem sie der Regierung des Vereinigten Königreiches Großbritannien und Nordirland innerhalb von dreißig Tagen nach Abschluß der Prüfung der Angelegenheit durch den Rat ihren Rücktritt mitteilt.

(2) Beweist eine beteiligte Regierung, daß die Durchführung dieses Abkommens trotz seiner Bestimmungen zu einer akuten Versorgungsknappheit oder zu Preisen auf dem freien Markt geführt hat, die nicht innerhalb des in diesem Abkommen vorgesehenen Preisbereichs stabilisiert sind, und unterläßt es der Rat, Schritte zu unternehmen, um dies abzustellen, so kann die betreffende Regierung ihren Rücktritt von diesem Abkommen erklären.

(3) Entstehen während der Dauer dieses Abkommens durch Maßnahmen eines nichtbeteiligten Landes oder durch mit diesem Abkommen unvereinbare Maßnahmen eines beteiligten Landes derart ungünstige Veränderungen im Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem freien Markt, daß eine beteiligte Regierung ihre Interessen für ernstlich beeinträchtigt hält, so kann diese beteiligte Regierung dem Rat ihren Fall unterbreiten. Erklärt der

founded the Government concerned may give notice of withdrawal from this Agreement.

(4) If any Participating Government considers that its interests will be seriously prejudiced by reason of the effects of the basic export tonnage to be allotted to a non-participating exporting country seeking to accede to this Agreement pursuant to Article 41 (4) such Government may state its case to the Council which shall take a decision upon it. If the Government concerned considers that, notwithstanding the decision by the Council, its interests continue to be seriously prejudiced, it may give notice of withdrawal from this Agreement.

(5) The Council shall take a decision within thirty days on any matters submitted to it in accordance with paragraphs (2), (3) and (4) of this Article; and if the Council fails to do so within that time the Government which has submitted the matter to the Council may give notice of withdrawal from this Agreement.

(6) Any Participating Government may, if it becomes involved in hostilities, apply to the Council for the suspension of some or all of its obligations under this Agreement. If the application is denied such Government may give notice of withdrawal from this Agreement.

(7) If any Participating Government avails itself of the provisions of Article 16 (2), so as to be released from its obligations under that Article, any other Participating Government may at any time during the ensuing three months give notice of withdrawal after explaining its reasons to the Council.

(8) In addition to the situations envisaged in the preceding paragraphs of this Agreement, when a Participating Government demonstrates that circumstances beyond its control prevent it from fulfilling its obligations under this Agreement it may give notice of withdrawal from this Agreement subject to a decision of the Council that such withdrawal is justified.

(9) If any Participating Government considers that a withdrawal from this Agreement notified in accordance with the provisions of this Article by any other Participating Government, in respect of either its metropolitan territory or all or any of the non-metropolitan territories for whose international relations it is responsible, is of such importance as to impair the operation of this Agreement, that Government may also give notice of withdrawal from this Agreement at any time during the ensuing three months.

(10) Notice of withdrawal under this Article shall be given to the Government of the United Kingdom of Great

le Conseil déclare la cause fondée, le Gouvernement intéressé peut notifier son retrait du présent Accord.

4. Si un Gouvernement participant estime que ses intérêts seront gravement lésés du fait du tonnage de base d'exportation qui va être attribué à un pays exportateur non-participant sollicitant son adhésion à l'Accord conformément au paragraphe 4 de l'article 41, ce Gouvernement peut en saisir le Conseil qui prend une décision sur cette question. Si le Gouvernement intéressé estime que malgré cette décision ses intérêts continuent à être gravement lésés, ce Gouvernement peut notifier son retrait du présent Accord.

5. Le Conseil prend dans les 30 jours une décision sur toute affaire qui lui est soumise en vertu des paragraphes 2, 3 et 4 du présent article; si le Conseil n'a pas statué dans le délai fixé, le Gouvernement qui a soumis l'affaire au Conseil a le droit de notifier son retrait du présent Accord.

6. Tout Gouvernement participant peut, s'il vient à se trouver engagé dans des hostilités, solliciter du Conseil la suspension de tout ou partie des obligations que lui impose le présent Accord. Si sa demande est rejetée, ce Gouvernement peut notifier son retrait du présent Accord.

7. Si un Gouvernement participant se réclame lui-même des dispositions du paragraphe 2 de l'article 16 pour se dégager des obligations qu'il a contractées aux termes dudit article, tout autre Gouvernement participant a le droit de notifier son propre retrait, à tout moment au cours des trois mois qui suivent, après en avoir expliqué les raisons au Conseil.

8. En plus des situations prévues aux paragraphes précédents du présent article, lorsqu'un Gouvernement participant démontre que des raisons indépendantes de sa volonté l'empêchent de remplir les obligations contractées aux termes du présent Accord, il peut notifier son retrait de l'Accord, sous réserve que le Conseil décide que ce retrait est justifié.

9. Si un Gouvernement participant estime qu'un retrait du présent Accord, notifié en application des dispositions du présent article par tout autre Gouvernement participant, et concernant soit son territoire métropolitain, soit tout ou partie des territoires non-métropolitains dont il assure la représentation internationale est d'une importance telle qu'elle entrave le fonctionnement du présent Accord, ce Gouvernement peut notifier son propre retrait du présent Accord à tout moment au cours des trois mois qui suivent.

10. Toute notification de retrait faite en application du présent article doit être adressée au Gouvernement

Rat den Fall als wohlbegründet, so kann die betreffende Regierung ihren Rücktritt von diesem Abkommen erklären.

(4) Ist eine beteiligte Regierung der Auffassung, daß die Auswirkungen der Export-Grundmengen, die einem nichtbeteiligten Exportland zugewiesen werden sollen, das gemäß Artikel 41 (4) um Beitritt zu diesem Abkommen nachsucht, ihre Interessen ernstlich beeinträchtigen werden, so kann diese Regierung dem Rat ihren Fall unterbreiten, der darüber entscheidet. Ist die betreffende Regierung der Auffassung, daß ihre Interessen ungeachtet der Entscheidung des Rates weiterhin ernstlich beeinträchtigt seien, so kann sie ihren Rücktritt von diesem Abkommen erklären.

(5) Der Rat entscheidet innerhalb von dreißig Tagen über alle Angelegenheiten, die ihm auf Grund der Absätze (2), (3) und (4) dieses Artikels unterbreitet werden. Unterläßt es der Rat, dies innerhalb der genannten Frist zu tun, so kann die Regierung, die dem Rat die Angelegenheit unterbreitet hat, ihren Rücktritt von diesem Abkommen erklären.

(6) Wird eine beteiligte Regierung in Feindseligkeiten verwickelt, so kann sie beim Rat die zeitweilige Aufhebung einiger oder aller Verpflichtungen aus diesem Abkommen beantragen. Wird der Antrag abgelehnt, so kann die betreffende Regierung ihren Rücktritt von diesem Abkommen erklären.

(7) Stützt sich eine beteiligte Regierung auf die Bestimmungen des Artikels 16 (2), um sich als von ihren Verpflichtungen gemäß jenem Artikel entbunden zu betrachten, so kann jede andere beteiligte Regierung zu beliebiger Zeit innerhalb der drei darauffolgenden Monate ihren Rücktritt erklären, nachdem sie dem Rat ihre Gründe dargelegt hat.

(8) Außer den in den vorhergehenden Absätzen vorgesehenen Fällen kann eine beteiligte Regierung ihren Rücktritt von diesem Abkommen erklären, sofern sie nachweist, daß Umstände, die sich ihrem Einfluß entziehen, sie an der Erfüllung ihrer Verpflichtungen im Rahmen dieses Abkommens hindern. Dieser Rücktritt unterliegt der Entscheidung des Rates, daß er gerechtfertigt ist.

(9) Ist eine beteiligte Regierung der Auffassung, daß eine Rücktrittserklärung einer anderen beteiligten Regierung von diesem Abkommen gemäß den Bestimmungen dieses Artikels — sei es für das Mutterland, sei es für sämtliche oder Teile der Gebiete, die nicht zum Mutterland gehören, für deren internationale Beziehungen sie aber verantwortlich ist —, so bedeutsam ist, daß sie die Durchführung des Abkommens beeinträchtigt, so kann diese Regierung ebenfalls zu beliebiger Zeit innerhalb der drei darauffolgenden Monate ihren Rücktritt erklären.

(10) Eine Rücktrittserklärung gemäß diesem Artikel ist an die Regierung des Vereinigten Königreiches Groß-

Britain and Northern Ireland and shall become effective thirty days from the date of its receipt by that Government.

Article 45

The Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland shall promptly inform all signatory and acceding Governments of each notification and notice of withdrawal received under Articles 42, 43, 44, and 46.

CHAPTER XIX

Territorial Application

Article 46

(1) Any Government may at the time of signature, ratification, acceptance of, or accession to this Agreement or at any time thereafter, declare by notification given to the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland that the Agreement shall extend to all or any of the non-metropolitan territories for whose international relations it is responsible and the Agreement shall from the date of the receipt of the notification extend to all the territories named therein.

(2) Any Participating Government may by giving notice of withdrawal to the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland in accordance with the provisions for withdrawal in Articles 42, 43 and 44 withdraw from this Agreement separately in respect of all or any of the non-metropolitan territories for whose international relations it is responsible.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned, having been duly authorized to this effect by their respective Governments, have signed this Agreement on the dates appearing opposite their signatures.

The texts of this Agreement in the Chinese, English, French, Russian and Spanish languages are all equally authentic, the originals being deposited with the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, which shall transmit certified copies thereof to each signatory and acceding Government.

DONE at London the first day of October one thousand nine hundred and fifty-three.

du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et prend effet 30 jours après la date de sa réception par ce Gouvernement.

Article 45

Le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord informe sans tarder tous les Gouvernements signataires et adhérents de toute notification et de tout préavis de retrait qui ont été portés à sa connaissance aux termes des articles 42, 43, 44 et 46.

CHAPITRE XIX

Application territoriale

Article 46

1. Tout Gouvernement peut, au moment de la signature, de la ratification, de l'acceptation du présent Accord ou de l'adhésion à celui-ci, ou à tout moment ultérieur, déclarer par notification au Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, que l'Accord s'étend à tout ou partie des territoires non-métropolitains dont il assure la représentation internationale, et l'Accord s'applique dès réception de cette notification aux territoires qui y sont mentionnés.

2. Conformément aux dispositions des articles 42, 43 et 44 relatives au retrait, tout Gouvernement participant peut notifier au Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord le retrait séparé du présent Accord de tout ou partie des territoires non-métropolitains dont il assure la représentation internationale.

EN FOI DE QUOI les soussignés, dûment autorisés à cet effet par leurs Gouvernements respectifs, ont signé le présent Accord aux dates figurant en regard de leur signature.

Les textes du présent Accord en langues anglaise, chinoise, espagnole, française et russe font tous également foi, les originaux étant déposés auprès du Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, qui en transmet des copies certifiées conformes à tous les Gouvernements signataires ou adhérents.

FAIT à Londres le 1er octobre mil neuf cent cinquante-trois.

britannien und Nordirland zu richten und wird dreißig Tage nach Eingang bei dieser Regierung wirksam.

Artikel 45

Die Regierung des Vereinigten Königreiches Großbritannien und Nordirland unterrichtet alle Unterzeichnerregierungen und beitretenden Regierungen unverzüglich von jeder Mitteilung oder Rücktrittserklärung, die sie auf Grund der Artikel 42, 43, 44 und 46 erhält.

KAPITEL XIX

Gebietliche Anwendung

Artikel 46

(1) Jede Regierung kann zum Zeitpunkt der Unterzeichnung, Ratifikation oder Annahme dieses Abkommens oder des Beitritts zu ihm und später durch Meldung an die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland erklären, daß sich das Abkommen auf alle oder einige der nicht zum Mutterland gehörenden Gebiete, für deren internationale Beziehungen sie verantwortlich ist, erstrekken soll. Das Abkommen gilt dann von dem Eingangsdatum der Meldung ab für alle darin genannten Gebiete.

(2) Jede beteiligte Regierung kann durch Rücktrittserklärung an die Regierung des Vereinigten Königreiches Großbritannien und Nordirland in Übereinstimmung mit den Rücktrittsbestimmungen in den Artikeln 42, 43 und 44 in bezug auf alle oder einige der nicht zum Mutterland gehörenden Gebiete, für deren internationale Beziehungen sie verantwortlich ist, gesondert zurücktreten.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu von ihren Regierungen gebührend bevollmächtigten Unterzeichneten dieses Abkommen an den Daten, die neben ihren Unterschriften erscheinen, unterzeichnet.

Die Texte dieses Abkommens in chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache sind in gleicher Weise maßgeblich. Die Originale werden bei der Regierung des Vereinigten Königreiches Großbritannien und Nordirland hinterlegt, die jeder Unterzeichnerregierung und jeder beitretenden Regierung beglaubigte Abschriften davon zustellt.

GESCHEHEN zu London am ersten Tage des Monats Oktober des Jahres neunzehnhundertunddreiundfünfzig.

For AUSTRALIA:
Pour l'AUSTRALIE:
Für AUSTRALIEN:

Thomas White
Oct. 20, 1953

For AUSTRIA:
Pour l'AUTRICHE:
Für ÖSTERREICH:

For the KINGDOM OF BELGIUM:
Pour le ROYAUME DE BELGIQUE:
Für das KÖNIGREICH BELGIEN:
Marquis du Parc Locmaria
October 22nd, 1953

For BOLIVIA:
Pour la BOLIVIE:
Für BOLIVIEN:

For BRAZIL:
Pour le BRÉSIL:
Für BRASILIEN:
S. de Souza Leão Gracie
October 30th, 1953

For CANADA:
Pour le CANADA:
Für KANADA:

For CEYLON:
Pour CEYLAN:
Für CEYLON:

For CHILE:
Pour le CHILI:
Für CHILE:

For CHINA:
Pour la CHINE:
Für CHINA:
Mao-Lan Tuan
Oct. 31, 1953

The Government of the Republic of China, which was represented by the Chinese Delegation throughout the United Nations Sugar Conference held in London from July 13 to August 24, 1953 is the only legitimate Government of China. The Chinese Delegation, in proceeding to sign this Agreement, declares, in the name of the Government of the Republic of China, that it considers as illegal and therefore null and void any declarations or reservations made by any Governments in connection with the Final Act of the United Nations Sugar Conference signed in London on August 24, 1953 or the present Agreement, which are

Die Regierung der Republik China, die während der vom 13. Juli bis 24. August 1953 in London abgehaltenen Zuckerkonferenz der Vereinten Nationen durch die chinesische Delegation vertreten war, ist die einzige rechtmäßige Regierung Chinas. Anläßlich der Unterzeichnung dieses Abkommens erklärt die chinesische Delegation im Namen der Regierung der Republik China, daß sie jede Erklärung oder jeden Vorbehalt, der im Zusammenhang mit der am 24. August 1953 in London unterzeichneten Schlußakte der Zuckerkonferenz der Vereinten Nationen oder dem vorliegenden Abkommen von irgendwelchen Regie-

incompatible with or derogatory to the legitimate position of the Government of the Republic of China.

rungen abgegeben oder gemacht worden ist, als unrechtmäßig und daher null und nichtig betrachtet, insofern diese Erklärungen oder Vorbehalte mit der rechtmäßigen Stellung der Regierung der Republik unvereinbar oder dieser rechtmäßigen Stellung abträglich sind.

It is further recalled that during the Conference the Chinese Delegation, when supporting the Cuban reservation that the balance of the Cuban 1953 sale to the United Kingdom should not be charged against her 1954 quota, did also declare that the balance of shipment contracted by the Republic of China with Japan for 1953 should be similarly treated. The balance is now estimated at 50,000 metric tons not to be charged against the 1954 quota of the Republic of China. It is with this reservation that the Chinese Delegation signs the present Agreement.

Es wird ferner darauf hingewiesen, daß die chinesische Delegation auf der Konferenz anläßlich der Unterstützung des kubanischen Vorbehaltes, daß die Restmenge der kubanischen Verkäufe des Jahres 1953 an das Vereinigte Königreich nicht dem Kontingent für 1954 angerechnet werden solle, ebenfalls erklärte, die Restmenge der Lieferungen, welche die Republik China für das Jahr 1953 vertraglich vereinbart hatte, sei in gleicher Weise zu behandeln. Die Restmenge wird nunmehr auf 50 000 metrische Tonnen geschätzt, die nicht auf das Kontingent der Republik China für 1954 angerechnet werden sollen. Die chinesische Delegation unterzeichnet das vorliegende Abkommen mit diesem Vorbehalt.

Mao-Lan Tuan

For COLOMBIA:
Pour la COLOMBIE:
Für KOLUMBIEN:

For COSTA RICA:
Pour le COSTA-RICA:
Für COSTA RICA:

For CUBA:
Pour CUBA:
Für KUBA:

Roberto G. de Mendoza
26 de Octubre, 1953

In affixing their signature to this Agreement, the Government of the Republic of Cuba do so subject to the condition that, in accordance with the understanding reached on the recommendation of the Steering Committee to the United Nations International Sugar Conference on August 21, 1953, and which is contained in documents Conference Room Paper Ex 7 and E/CONF./15SR17 it is understood that the shipment after January 1, 1954 of the balance of the Sugar sold by Cuba to the United Kingdom under the 1953 transaction covering 1,000,000 tons, shall not be charged against the export quotas for 1954 established for Cuba under the provisions of this Agreement.

Die Regierung der Republik Kuba unterzeichnet das vorliegende Abkommen mit dem Vorbehalt, daß es gemäß dem am 21. August 1953 erzielten Übereinkommen über die Empfehlung des Lenkungsausschusses an die Internationale Zuckerkonferenz der Vereinten Nationen (enthalten in den Dokumenten Conference Room Paper Ex 7 und E/CONF/15SR17) als vereinbart gilt, daß die nach dem 1. Januar 1954 erfolgende Versendung der Restmenge des Zuckers, den Kuba auf Grund von Geschäften des Jahres 1953 an das Vereinigte Königreich verkauft hat und der sich auf 1 Millionen Tonnen beläuft, nicht auf die Ausfuhrkontingente für 1954, die auf Grund der Bestimmungen des vorliegenden Abkommens für Kuba festgelegt werden, angerechnet wird.

Roberto G. de Mendoza
26 de Octubre, 1953

For CZECHOSLOVAKIA:
Pour la TCHÉCOSLOVAQUIE:
Für die TSCHECHOSLOWAKEI:

J. Ullrich
31. 10. 53

Signed with following reservations:

In view of the fact that Czechoslovak Economy is a full-scale planned Economy, Article 3, relating to the subsidization of exports of sugar, and Articles 10 and 13 relating to limitations of production and stocks of sugár, are not applicable to Czechoslovakia.

It is understood that Czechoslovakia will supply the Council with relevant statistics and information required under Article 28, par. 4 of the Agreement which it will deem necessary, so as to enable the Council or the Executive Committee to discharge their functions under this Agreement.

The signing of the Agreement mentioning in Articles 14 China (Taiwan) and 34 China in no way signifies recognition of the Kuomintang authorities' power over the territory of Taiwan neither recognition of the so-called "Nationalist Chinese Government" as a legal and competent Government of China.

Unterzeichnet ist mit den folgenden Vorbehalten:

Angesichts der Tatsache, daß die tschechoslowakische Wirtschaft in vollem Ausmaße eine Planwirtschaft ist, sind Artikel 3 betreffend Subventionen für Zuckerausfuhren und Artikel 10 und 13 betreffend Produktionsbeschränkungen und Zuckervorräte auf die Tschechoslowakei nicht anwendbar.

Es besteht Einvernehmen darüber, daß die Tschechoslowakei dem Rat die auf Grund des Artikels 28 Abs. 4 des Abkommens von diesem für erforderlich gehaltenen einschlägigen statistischen Unterlagen und Informationen zur Verfügung stellt, um dem Rat oder dem Exekutivausschuß die Durchführung seiner Aufgaben auf Grund des vorliegenden Abkommens zu ermöglichen.

Die Unterzeichnung des Abkommens, das in Artikel 14 China (Taiwan) und in Artikel 34 China erwähnt, stellt in keiner Weise eine Anerkennung der Herrschaft der Kuomintang-Behörden über das Gebiet von Taiwan oder eine Anerkennung der sogenannten „chinesischen Nationalregierung" als eine rechtmäßige und zuständige Regierung Chinas dar.

J. Ullrich

For DENMARK:
Pour le DANEMARK:
Für DÄNEMARK:

Anthon Vestbirk
30th October, 1953

At the time of signing the present Agreement I declare that since the Danish Government do not recognize the Nationalist Chinese authorities as the competent Government of China they cannot regard signature of the Agreement by a Nationalist Chinese representative as a valid signature on behalf of China.

Da die dänische Regierung die nationalchinesischen Behörden nicht als zuständige Regierung Chinas anerkennt, erkläre ich anläßlich der Unterzeichnung des vorliegenden Abkommens, daß die dänische Regierung die Unterzeichnung des Abkommens durch einen nationalchinesischen Vertreter nicht als gültige Unterzeichnung im Namen Chinas ansehen kann.

Anthon Vestbirk

For the DOMINICAN REPUBLIC:
Pour la RÉPUBLIQUE DOMINICAINE:
Für die DOMINIKANISCHE REPUBLIK:

Luis Logroño Cohen
26th October, 1953

For FINLAND:
Pour la FINLANDE:
Für FINNLAND:

For FRANCE
and the countries which France
represents internationally:
Pour la FRANCE
et les pays dont elle assure les relations
internationales:
Für FRANKREICH
und die Staaten, die Frankreich
international vertritt:
R. Massigli
26 Octobre 1953

For the
FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY:
Pour la
RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE:
Für die
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND:
Dr. Karl Müller
30. Okt. 1953

For GREECE:
Pour la GRÈCE:
Für GRIECHENLAND:
J. Phrantzes
31 October 1953

For HAITI:
Pour HAÏTI:
Für HAITI:
Love O. Leger
29 octobre 1953

For the
HUNGARIAN PEOPLE'S REPUBLIC:
Pour la
RÉPUBLIQUE POPULAIRE DE HONGRIE:
Für die
UNGARISCHE VOLKSREPUBLIK:

For INDIA:
Pour l'INDE:
Für INDIEN:

For the REPUBLIC OF INDONESIA:
Pour la RÉPUBLIQUE D'INDONÉSIE:
Für die REPUBLIK INDONESIEN:

For ISRAEL:
Pour ISRAËL:
Für ISRAEL:

For ITALY:
Pour l'ITALIE:
Für ITALIEN:

For JAPAN:
Pour le JAPON:
Für JAPAN:

S. Matsumoto
28th October, 1953

For the
HASHEMITE KINGDOM OF JORDAN:
Pour le
ROYAUME DE LA JORDANIE HACHÉMITE:
Für das
HACHEMITISCHE KÖNIGREICH JORDANIEN:

For LEBANON:
Pour le LIBAN:
Für LIBANON:

Victor Khouri
October 31, 1953

For MEXICO:
Pour le MEXIQUE:
Für MEXIKO:

Francisco A. de Icaza
30 Octubre 1953

For the
KINGDOM OF THE NETHERLANDS:
Pour le
ROYAUME DES PAYS-BAS:
Für das
KÖNIGREICH DER NIEDERLANDE:

Subject to the reservation that the agreement does not apply to the movement of sugar between the component parts of the Kingdom.

Mit dem Vorbehalt, daß das Abkommen nicht auf Versendung von Zucker zwischen den einzelnen Teilen des Königreichs Anwendung findet.

Stikker
30 October 1953

For NEW ZEALAND:
Pour la NOUVELLE-ZÉLANDE:
Für NEUSEELAND:

For NICARAGUA:
Pour le NICARAGUA:
Für NIKARAGUA:

For the KINGDOM OF NORWAY:
Pour le ROYAUME DE NORVÈGE:
Für das KÖNIGREICH NORWEGEN:

For PAKISTAN:
Pour le PAKISTAN:
Für PAKISTAN:

For PERU:
Pour le PÉROU:
Für PERU:

For the REPUBLIC OF THE PHILIPPINES:
Pour la RÉPUBLIQUE DES PHILIPPINES:
Für die REPUBLIK DER PHILIPPINEN:
Enrique M. Garcia
30th October, 1953

For the POLISH PEOPLE'S REPUBLIC:
Pour la RÉPUBLIQUE POPULAIRE DE POLOGNE:
Für die VOLKSREPUBLIK POLEN:
E. Milnikiel
31. 10. 1953

1. The signing of this agreement, which in articles 14 and 34 mentions China, may under no circumstances be regarded as a recognition of the authority of the Kuomintang over the territory of Taiwan nor of the so-called "Chinese nationalist government" as the legal and competent government of China.

2. Considering the fact that the Polish People's Republic is a country of a planned economy, the provisions of the present Agreement concerning production, stocks and subsidization of export, especially Articles 10, 13 and 3 do not apply to the Polish People's Republic.

1. Die Unterzeichnung dieses Abkommens, das in den Artikeln 14 und 34 China erwähnt, darf unter keinen Umständen als Anerkennung der Autorität der Kuomintang über das Gebiet von Taiwan oder als Anerkennung der sogenannten „chinesischen Nationalregierung" als rechtmäßige und zuständige Regierung Chinas angesehen werden.

2. Angesichts der Tatsache, daß die Polnische Volksrepublik eine Planwirtschaft hat, finden die Bestimmungen des vorliegenden Abkommens betreffend die Erzeugung, Vorräte und Ausfuhrsubventionierung, insbesondere die Artikel 10, 13 und 3 auf die Polnische Volksrepublik keine Anwendung.

E. Milnikiel

For PORTUGAL:
Pour le PORTUGAL:
Für PORTUGAL:

Albano Nogueira
30th October, 1953

At the time of signing the International Sugar Agreement on behalf of the Portuguese Government I desire to formulate the reservation already recorded in the Minutes of the International Sugar Conference to the effect that I do so on the understanding that the Province of Mozambique (Portuguese East Africa) will continue to export sugar to the territories of Southern Rhodesia, Northern Rhodesia, and Nyassaland, and that Portugal will be recognized as an exporting country to which, in consequence, a basic export quota will be allotted when her position shall have become that of a Net Exporter.

Anläßlich dei Unterzeichnung des Internationalen Zuckerabkommens im Namen der Portugiesischen Regierung möchte ich einen bereits im Protokoll der Internationalen Zuckerkonferenz enthaltenen Vorbehalt dahingehend formulieren, daß ich das Abkommen unter der Voraussetzung unterzeichne, daß die Provinz Moçambique (Portugiesisch Ostafrika) auch weiterhin Zucker in die Gebiete von Südrhodesien, Nordrhodesien und Nyassaland ausführt und daß Portugal als Ausfuhrland anerkannt wird, dem daher ein Ausfuhrgrundkontingent zugeteilt wird, wenn seine Stellung die eines Nettoexporteurs wird.

Albano Nogueira

For SAUDI ARABIA:
Pour l'ARABIE SAOUDITE:
Für SAUDI-ARABIEN:

For SPAIN:
Pour l'ESPAGNE:
Für SPANIEN:

For SWEDEN:
Pour la SUÈDE:
Für SCHWEDEN:

For SWITZERLAND:
Pour la SUISSE:
Für die SCHWEIZ:

For SYRIA:
Pour la SYRIE:
Für SYRIEN:

For the KINGDOM OF THAILAND:
Pour le ROYAUME DE THAÏLANDE:
Für das KÖNIGREICH THAILAND:

For TURKEY:
Pour la TURQUIE:
Für die TÜRKEI:

For the UNION OF SOUTH AFRICA:
Pour l'UNION SUD-AFRICAINE:
Für die SÜDAFRIKANISCHE UNION:

A. L. Geyer
30th October, 1953

For the
UNION OF SOVIET SOCIALIST REPUBLICS:
Pour
l'UNION DES RÉPUBLIQUES SOCIALISTES SOVIÉTIQUES:
Für die
UNION DER SOZIALISTISCHEN SOWJET-REPUBLIKEN:

N. Andrienko
29th October 1953

Подразумевается, что ввиду социально-экономического строя СССР и его планового народного хозяйства, статьи 10 и 13, касающиеся ограничений производства и запасов, а также статья 3, касающаяся субсидирования экспорта сахара, неприменимы к СССР:

Подписание от имени Союза Советских Социалистических Республик настоящего текста соглашения, упоминающего в статье 14 о Китае (Тайване) и в статье 34 о Китае, ни в какой мере не означает признания гоминдановской власти над территорией Тайвана, равно как и признания так называемого "национального правительства Китая" законным и правомочным правительством Китая.

Es wird davon ausgegangen, daß in Anbetracht der sozialökonomischen Struktur der U.d.S.S.R. und ihrer Planwirtschaft Artikel 10 und 13 betreffend Einschränkungen der Produktion und Vorräte sowie Artikel 3 betreffend Subventionen für Zuckerausfuhren auf die U.d.S.S.R. nicht anwendbar sind.

Die Unterzeichnung des vorliegenden Wortlauts des Abkommens, das in Artikel 14 China (Taiwan) und in Artikel 34 China erwähnt, im Namen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bedeutet in keiner Weise eine Anerkennung der Kuomintangherrschaft über das Gebiet von Taiwan oder eine Anerkennung der sogenannten „chinesischen Nationalregierung" als gesetzliche und rechtmäßige Regierung Chinas.

Н. Андриенко
29th October 1953

For the
UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND
NORTHERN IRELAND:
Pour le
ROYAUME-UNI DE GRANDE-BRETAGNE ET
D'IRLANDE DU NORD:
Für das
VEREINIGTE KÖNIGREICH GROSSBRITANNIEN UND
NORDIRLAND:

H. D. Hancock
16th October, 1953

At the time of signing the present Agreement I declare that since the Government of the United Kingdom do not recognize the Nationalist Chinese authorities as the competent Government of China they cannot regard signature of the Agreement by a Nationalist Chinese representative as a valid signature on behalf of China.

Da die Regierung des Vereinigten Königreichs die nationalchinesischen Behörden nicht als zuständige Regierung Chinas betrachtet, erkläre ich anläßlich der Unterzeichnung des vorliegenden Abkommens, daß die Regierung des Vereinigten Königreichs die Unterzeichnung des Abkommens durch einen nationalchinesischen Vertreter nicht als gültige Unterzeichnung im Namen Chinas ansehen kann.

The Government of the United Kingdom interpret Article 38 (6) as requiring the Government of the country where the Council is situated to exempt from taxation the funds of the Council and the remuneration paid by the Council to those of its employees who are not nationals of the country where the Council is situated.

Die Regierung des Vereinigten Königreichs legt Artikel 38 (6) so aus, daß die Regierung des Landes, in dem der Rat seinen Sitz hat, Steuerbefreiung für die Gelder des Rates und die vom Rat gezahlten Vergütungen derjenigen Angestellten des Rates gewähren muß, die nicht Staatsangehörige des Landes sind, in dem der Rat seinen Sitz hat.

H. D. Hancock

For the
UNITED STATES OF AMERICA:
Pour les
ÉTATS-UNIS D'AMÉRIQUE:
Für die
VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA:

Winthrop W. Aldrich
23rd October, 1953

For the
FEDERAL PEOPLE'S REPUBLIC OF YUGOSLAVIA:
Pour la
RÉPUBLIQUE POPULAIRE FÉDÉRATIVE DE YOUGOSLAVIE:
Für die
FÖDERATIVE VOLKSREPUBLIK JUGOSLAWIEN:

P. Tomić
30th of October 1953

Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge.

Vom 25. Mai 1954.

Gemäß Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 1. September 1953 betreffend das Abkommen vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (Bundesgesetzbl. II S. 559) wird hiermit bekanntgemacht, daß das Abkommen nach seinem Artikel 43 am 22. April 1954 zwischen der Bundesrepublik Deutschland, Australien (einschl. Insel Norfolk, Naurau, Neuguinea und Papua), Belgien, Dänemark (einschl. Grönland), Luxemburg und Norwegen in Kraft getreten ist, nachdem die Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunden zu dem Abkommen von

der Bundesrepublik Deutschland	am 1. Dezember	1953
Australien	am 22. Januar	1954
Belgien	am 22. Juli	1953
Dänemark	am 4. Dezember	1952
Luxemburg	am 23. Juli	1953
Norwegen	am 23. März	1953

bei dem Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt worden sind.

Die von Belgien, Dänemark, Luxemburg und Norwegen bei der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden abgegebenen Erklärungen und Vorbehalte sind bereits bei der Verkündung des Gesetzes vom 1. September 1953 betreffend das Abkommen vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge veröffentlicht worden (Bundesgesetzbl. 1953 II S. 577, 578, 581, 582).

Australien hat bei der Hinterlegung der Beitrittsurkunde folgende Erklärung abgegeben und folgende Vorbehalte gemacht:

(Übersetzung)

Declaration

"In accordance with Article 1, section B (1), the Government of the Commonwealth of Australia declares that, for the purpose of its obligations under this Convention, the words 'events occurring before 1 January 1951' in Article 1, section A shall be understood to mean 'events occurring in Europe before 1 January, 1951'."

Erklärung

„Gemäß Artikel 1, Abschnitt B (1) erklärt die Regierung des Australischen Commonwealth, daß im Hinblick auf ihre sich aus diesem Abkommen ergebenden Verpflichtungen die in Artikel 1 Abschnitt A enthaltenen Worte »Ereignisse, die vor dem 1. Januar 1951 eingetreten sind«, so verstanden werden, daß sie sich auf »Ereignisse« beziehen, »die vor dem 1. Januar 1951 in Europa eingetreten sind«."

Reservations

Articles 17, 18, 19 and 26

"The Government of the Commonwealth of Australia understands that none of the obligations with regard to refugees stipulated in Articles 17, 18, 19 and 26 of the Convention precludes:

(a) the imposition of conditions upon which a refugee may enter the Commonwealth of Australia or any of its Territories where the entry is made for a specific purpose; or

(b) the making of arrangements with a refugee under which he is required to undertake employment under the direction of the Government of the Commonwealth of Australia for a specified period after his entry into the Commonwealth of Australia or any of its Territories."

Vorbehalte

Artikel 17, 18, 19 und 26

„Die Regierung des Australischen Commonwealth geht davon aus, daß keine der in den Artikeln 17, 18, 19 und 26 des Abkommens bezeichneten Verpflichtungen in bezug auf Flüchtlinge die Möglichkeit ausschließt,

(a) Bedingungen festzulegen, unter denen ein Flüchtling in das Australische Commonwealth oder eines seiner Hoheitsgebiete einreisen darf, sofern die Einreise zu einem bestimmten Zweck erfolgt, oder

(b) mit einem Flüchtling Abmachungen zu treffen, auf Grund derer er verpflichtet ist, während einer bestimmten Zeitspanne nach seiner Einreise in das Australische Commonwealth oder eines seiner Hoheitsgebiete unter der Leitung der Regierung des Australischen Commonwealth ein Beschäftigungsverhältnis einzugehen."

Article 28

"The Government of the Commonwealth of Australia makes a reservation with respect to the provisions contained in paragraph 1 of Article 28 of the Convention and does not accept the obligations stipulated in this paragraph but is prepared to recognize travel documents issued by other Contracting States pursuant to this Article."

Artikel 28

„Die Regierung des Australischen Commonwealth macht einen Vorbehalt hinsichtlich der Bestimmungen der Nummer 1 des Artikels 28 des Abkommens und nimmt die in dieser Nummer bezeichneten Verpflichtungen nicht an, ist jedoch bereit, die von anderen Vertragsstaaten gemäß diesem Artikel ausgestellten Reiseausweise anzuerkennen."

Article 32

"The Government of the Commonwealth of Australia makes a reservation with respect to the provisions contained in Article 32 of the Convention and does not accept the obligations stipulated in this Article."

Artikel 32

„Die Regierung des Australischen Commonwealth macht einen Vorbehalt hinsichtlich der Bestimmungen des Artikels 32 des Abkommens und nimmt die in diesem Artikel bezeichneten Verpflichtungen nicht an."

Norwegen hat den bei der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zu Artikel 24 des Abkommens gemachten Vorbehalt mit einer bei dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 21. Januar 1954 eingegangenen Erklärung mit sofortiger Wirkung zurückgenommen.

Bonn, den 25. Mai 1954.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Hallstein

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz — Verlag: Bundesanzeiger-Verlags-GmbH., Bonn/Köln. — Druck: Bundesdruckerei, Bonn
Das Bundesgesetzblatt erscheint in zwei gesonderten Teilen, Teil I und Teil II
Laufender Bezug nur durch die Post. Bezugspreis: vierteljährlich für Teil I = DM 4,—, für Teil II = DM 3,— (zuzüglich Zustellgebühr).
Einzelstücke je angefangene 24 Seiten DM 0,40 (zuzüglich Versandgebühren DM 0,10) — Zusendung einzelner Stücke per Streifband gegen Voreinsendung des erforderlichen Betrages auf Postscheckkonto „Bundesanzeiger-Verlags-GmbH.-Bundesgesetzblatt" Köln 399